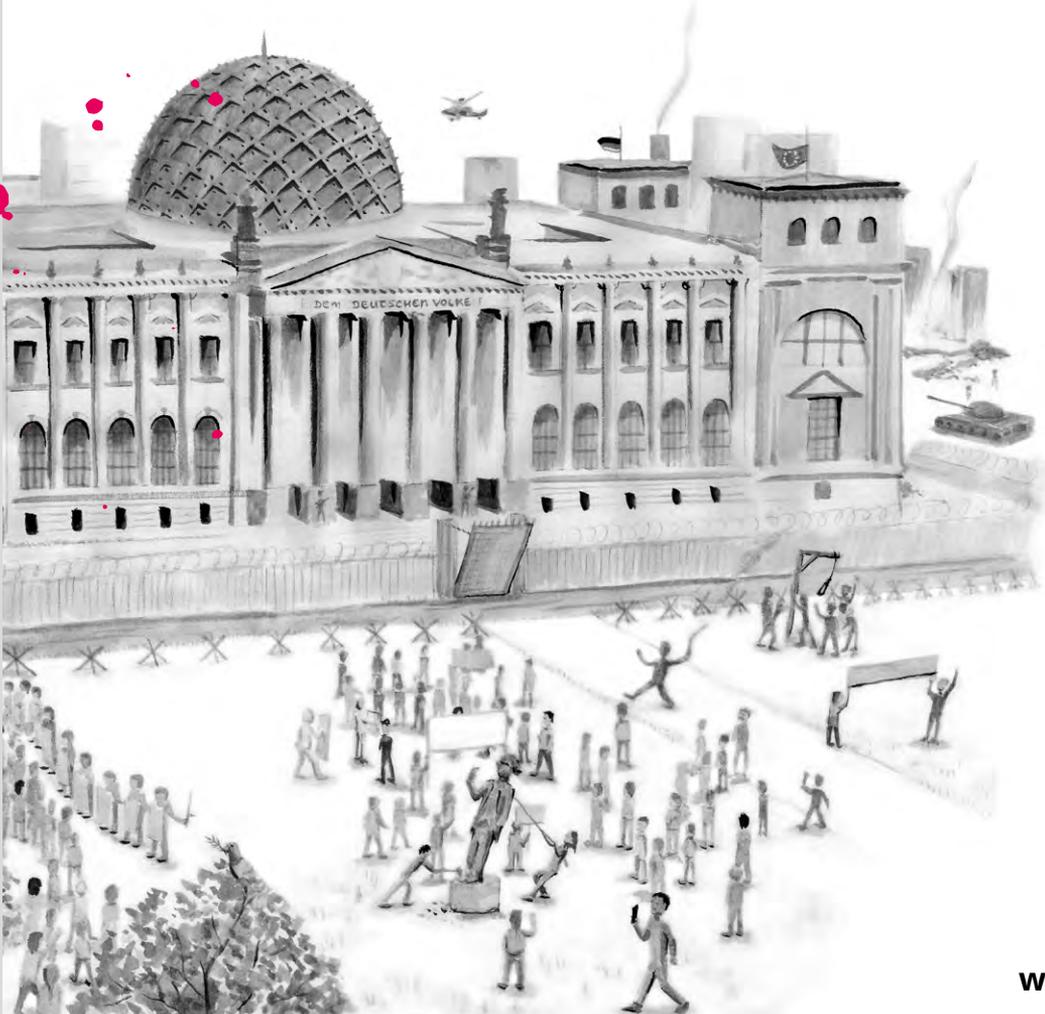


Die wehrhafte *re* Demokratie

*Russland und Zehn weitere
Gefahren für unsere Freiheit*



Die wehrhafte *re* Demokratie

Russland und Zehn weitere
Gefahren für unsere Freiheit





Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2022, Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Anprechpartner:

Sebastian Enskat

Abteilungsleiter „Demokratie, Recht und Parteien“

T +49 30 / 26 996-3383

sebastian.enskat@kas.de

Farbspritzer: © shutterstock/Carabus

Illustrationen: Karl-Michael Constien und racken GmbH, Berlin

Gestaltung und Satz: yellow too, Pasiek Horntrich GbR

Lektorat: Oliver Seifert

Die Printausgabe wurde bei der Druckerei Kern GmbH, Bexbach, klimaneutral produziert und auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.

Printed in Germany.

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-98574-070-3

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
Bewaffneter Konflikt und Krieg	
Russlands Angriff und das Ende der europäischen Friedensordnung	8
Radikalisierung und Extremismus	
Vom schwierigen Umgang mit roten Linien	20
Populismus und Elitenverachtung	
Zuhören als Haltung	34
Polarisierung und neue Kulturkämpfe	
Der Guerillakrieg der Wokeness	44
Desinformation und Hassrede	
Das hässliche Gesicht der Meinungsfreiheit	52
Selbstzufriedenheit und Erschöpfung	
Freiheit statt Fisch – oder welche Debatten wir jetzt führen müssen	66
Selbstzweifel und autoritäre Verlockungen	
Die Sehnsucht nach dem starken Mann	74
Nationalismus und Revisionismus	
Rückwärtsgewandt in die Zukunft?	82
Cyberangriffe und Trollarmeen	
Vom Computerwurm zur Gefahr für die Demokratie	96
Autoritäre Propaganda und Einflussnahme	
Glaubwürdig bleiben, Resilienz stärken	108
Wirtschaftliche und technologische Abhängigkeit	
Schattenseiten der Globalisierung	120

Vorwort

Am 24. Februar 2022 waren die Arbeiten an diesem Essayband bereits so gut wie abgeschlossen. „Die wehrhafte(re) Demokratie. Zehn Gefahren für unsere Freiheit und wie wir ihnen begegnen“ sollte er heißen. Dann kam Russlands Angriff auf die Ukraine – und von heute auf morgen gab es kaum noch ein anderes Thema als die Wehrhaftigkeit der Demokratie.

Neben dem Beleg, mit der Entscheidung für das Thema offenbar goldrichtig gelegen zu haben, brachte der 24. Februar für die Arbeiten an diesem Essayband einige zusätzliche Herausforderungen mit sich. Die zehn zu diesem Zeitpunkt so gut wie fertigen Texte widmeten sich schließlich vor allem den vermeintlich „weicheren“, zumindest nicht im klassischen Sinne militärischen Gefahren für die Demokratie, während jetzt auf einmal wieder Panzer und Raketen in den Vordergrund rückten.

In der Publikation klappte deshalb nicht nur eine erhebliche Lücke im Hinblick auf die militärische Bedrohungslage in Europa, sondern einzelne Beiträge waren überdies von einem auf den anderen Tag überholt, etwa weil sie sich kritisch mit der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auseinandersetzten und einen radikalen Kurswechsel forderten – ein Kurswechsel, der jetzt gewissermaßen über Nacht erfolgt war.

Über Wehrhaftigkeit wird seit der sogenannten Zeitenwende nicht nur häufiger, sondern auch mit einer deutlich anderen Konnotation gesprochen. Es lohnt deshalb, ein Schlaglicht auf den gerade im deutschen Kontext durchaus erklärungsbedürftigen Begriff der „wehrhaften“ oder auch „streitbaren Demokratie“ zu werfen. Das tun auch Nauel Semaan und Steven Bickel in ihrem Essay zur Bedrohung durch „Radikalisierung und Extremismus“ (Kapitel 2): ein Feld, in dem der Begriff insofern seinen Ursprung hat, als er sich traditionell gegen jene richtet, die die demokratische Ordnung von innen heraus zu bekämpfen versuchen.

Wesentlich für das Konzept der wehrhaften Demokratie ist neben zentralen Festlegungen des Grundgesetzes – in dem der Begriff selbst allerdings gar nicht vorkommt – auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Verbot der KPD aus dem Jahr 1956. Dort heißt es: Verfassungswidrig ist eine „aggressive Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung“, die darauf abzielt, „diese Ordnung selbst beseitigen [zu] wollen“.¹

Mit entsprechenden Vorkehrungen dafür zu sorgen, dass demokratische Freiheiten nicht dafür genutzt werden, die Demokratie als solche zu bekämpfen, also zu verhindern, dass sich die Demokratie gewissermaßen selbst abschafft, ist heute so aktuell wie vor 70 Jahren. „Wie Demokratien sterben – und was wir dagegen tun können“ lautet dementsprechend auch der deutsche Titel des 2018 erschienenen Bestsellers der beiden Harvard-Politologen Steven Levitsky und Daniel Ziblatt. Darin zeigen sie, wie demokratische Institutionen nach und nach ausgehöhlt und demokratische Prozesse immer

weiter unterminiert werden. Im Mittelpunkt ihrer Analyse stehen dabei zwar die Vereinigten Staaten von Amerika und die Präsidentschaft von Donald Trump, aber viele ihrer Erkenntnisse lassen sich ohne Weiteres auch auf andere liberale Demokratien, einige auch auf den deutschen Kontext übertragen. Dazu gehört die Einsicht, dass Demokratien nicht immer mit einem großen Knall zugrunde gehen. Häufig sterben sie „mit einem Wimmern“, siechen jahrelang dahin – und dass der Patient bereits unrettbar verloren ist, fällt den Betroffenen erst auf, wenn es längst zu spät ist.

Das ist nur eine von vielen Gefahren für die Demokratie, auf die wir mit dem nun vorliegenden Band reagieren wollen. Wir beschäftigen uns dabei genauso mit Gefahren, die im Innern lauern, seien es Extremismus oder Polarisierung, wie auch mit Entwicklungen, die eher von außen auf unsere Gesellschaft einwirken, seien es nationalistische Strömungen in Europa oder autoritäre Einflussnahme. Insgesamt spielt die Unterscheidung zwischen innen und außen allerdings nur eine untergeordnete Rolle, weil sich beide Ebenen schon lange nicht mehr voneinander trennen lassen und es häufig gerade das Zusammenwirken von Gefahren im Innern und deren Verstärkung durch Einflüsse von außen ist, das eine ganz neue Qualität der Bedrohung entstehen lässt. Vor diesem Hintergrund verwenden wir den Begriff der wehrhaften Demokratie auch nicht mehr im klassisch deutschen, auf die Bekämpfung von extremistischen Bestrebungen im Innern gerichteten Sinne, sondern meinen damit die Fähigkeit von Demokratien, auf das gesamte Spektrum von Gefährdungen von innen und außen angemessen und wirkungsvoll reagieren zu können.

Die nachfolgenden Essays begnügen sich deshalb auch nicht damit, die Gefahren, denen sich Demokratien heute ausgesetzt sehen, lediglich aufzuzeigen und so gewissermaßen nur den Teufel an die Wand zu malen. Sie sind dem Leitbild der wehrhaften Demokratie vielmehr auch insofern verpflichtet, als sie davon ausgehen, dass Demokratien sehr wohl in der Lage sind, allen hier aufgezeigten Gefahren etwas entgegenzusetzen und am Ende auch mit ihnen fertigzuwerden.

Dass auch diese Publikation trotz aller geschilderten Widrigkeiten irgendwann fertig geworden ist, hat vor allem mit dem unermüdlichen Einsatz aller beteiligten Kolleginnen und Kollegen zu tun. Das fängt mit der stiftungsinternen Arbeitsgruppe an, in der erste Ideen für das Projekt diskutiert und später alle Texte kritisch begutachtet wurden. Das geht mit den Autorinnen und Autoren weiter, die geduldig eine Überarbeitungsschleife nach der anderen über sich haben ergehen lassen, nur um dann kurz vor Schluss noch einmal vieles umwerfen zu müssen, was eigentlich längst fertig war – Autorinnen und Autoren übrigens, die das ganze Spektrum an vielfältiger Expertise repräsentieren, das die Konrad-Adenauer-Stiftung unter einem Dach vereint: von Auslandsarbeit über Begabtenförderung, Politikberatung und Politische Bildung bis hin zur Zeitgeschichte.

Namentlich erwähnt werden sollen in diesem Zusammenhang lediglich die Kollegen Nils Wörmer und Philipp Dienstbier, die als Sicherheitsexperten nach dem 24. Februar kaum eine freie Minute hatten und trotzdem bereit waren, die erwähnte Lücke dieser Publikation mit einem exzellenten Beitrag zu Russlands Angriffskrieg und seinen Folgen (Kapitel 1) in kürzester Zeit zu schließen. Ihnen gilt ein ganz besonderer Dank, genauso wie Nina Appenzeller, die das Projekt über ein Jahr lang intensiv begleitet, und Corrado Chirico, der es am Ende gewissermaßen über die Ziellinie getragen hat. Alle am Projekt Beteiligten haben die nun vorliegende Publikation zu dem gemacht, was sie ist: ein Plädoyer für die Wehrhaftigkeit der Demokratie, ein Plädoyer für die Freiheit.



Sebastian Enskat
Berlin, 22. Juli 2022

¹ BVerfG, Urteil v. 17.08.1956 – 1 BvB 2/51, Rn. 264.

Bewaffneter Konflikt und Krieg

Russlands Angriff und das Ende der europäischen Friedensordnung

Nils Wörmer
und Philipp Dienstbier

Russlands Angriff auf die Ukraine hat erneut deutlich gemacht, dass die Stabilität und Wehrhaftigkeit einer Demokratie nicht ohne militärische Stärke zu gewährleisten sind. Spätestens jetzt müsste jedem klar sein, dass einsatzfähige und gut ausgerüstete Streitkräfte mit einem starken Rückhalt in der Bevölkerung keineswegs ein Relikt vergangener Epochen sind, sondern eine Notwendigkeit, um den Herausforderungen unserer Zeit gerecht zu werden und die offene Gesellschaft zu schützen.



Über drei Jahrzehnte lebten die deutsche Gesellschaft und ihre gewählten politischen Vertreterinnen und Vertreter in einer mit Blick auf die jüngere Geschichte Europas historischen Ausnahme-situation, gekennzeichnet durch Frieden, Freiheit und Wohlstand. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion war die existenzielle Bedrohung einer militärischen Auseinandersetzung für Deutschland und seine Verbündeten in EU und NATO zunächst weggefallen. Das geflügelte Wort der „Friedensdividende“ machte die Runde und im Bewusstsein vieler Deutscher verankerte sich die Annahme, die Bundesrepublik sei nur noch von Freunden umgeben.

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat diese Illusion zerstört. Mit der offenen und de facto grundlosen Invasion der Ukraine hat Wladimir Putin Krieg als Mittel zwischenstaatlicher Auseinandersetzung nach Europa zurückgebracht. Der 24. Februar 2022 markiert aber insbesondere deshalb eine sicherheitspolitische Zäsur, weil der russische Angriff letztlich der Demokratie und der von ihr getragenen internationalen regelbasierten Ordnung selbst gilt.

Seit dem Ende des Kalten Krieges sind der politische Westen und die Werte des freien und demokratischen Europas nicht mehr so fundamental bedroht worden, wie durch Russlands beispiellose Aggression gegen die Ukraine. Der Krieg mag auf ukrainischem Boden ausgetragen werden – doch es ist die gesamte Gemeinschaft der Demokratien, der Putins Angriff schlussendlich gilt. Folglich ist Deutschland – ob es dies will oder nicht – bereits Konfliktpartei.

Berlin kann also die militärische Dimension internationaler Politik nicht länger verkennen und muss endlich die Konsequenzen für die eigene Sicherheits- und Verteidigungspolitik ziehen. Statt politischem Stückwerk braucht es nun einen großen Wurf, um die verlorengegangene Fähigkeit der deutschen Streitkräfte zur umfassenden Landes- und Bündnisverteidigung so schnell wie möglich wiederherzustellen.

Die fundamentale Ablehnung der regelbasierten Weltordnung

Seit den 1990er-Jahren schien es, als habe Krieg als fundamentale Bedrohung für die Demokratie in Europa an Relevanz verloren. Bewaffneter Konflikt war ein Phänomen, das vermeintlich weit entfernt am Rande der europäischen Peripherie auftrat oder im Falle der Balkankriege zwar in Europa stattfand, jedoch zu keinem Zeitpunkt tatsächlich eine Gefahr für Deutschland und seine Verbündeten darstellte. In der deutschen Öffentlichkeit kamen kriegerische Auseinandersetzungen allenfalls als *conflicts of choice* vor: Stabilisierungs-, Ausbildungs- und Beratungseinsätze sowie gegebenenfalls Aufstandsbekämpfung, an denen sich Berlin nur zurückhaltend

beteiligte. Ein Angriffskrieg in Europa, der sich gegen die territoriale Integrität eines oder mehrerer Verbündeter richtet und in den auch Deutschland hineingezogen werden könnte – ein *war of necessity* – schien hingegen vollkommen undenkbar.

Doch schon der russische Krieg gegen Georgien 2008 und spätestens die verdeckte militärische Invasion Russlands in die Ukraine ab 2014 waren Weckrufe dafür, dass die Bedrohung durch bewaffnete Konflikte nichts an Relevanz eingebüßt hat. Gewalt als politisches Mittel war längst nach Europa zurückgekehrt. In Deutschland hingegen klammerten sich Politik und Gesellschaft an das Mantra, es dürfe und könne keine militärischen Lösungen in der internationalen Politik geben. Die Berliner Politik verkannte diese neue Realität noch bis zum erneuten Aufflammen des Bergkarabach-Krieges 2020 vollkommen – obwohl gerade hier durch eine bewaffnete Auseinandersetzung Fakten geschaffen und eben doch militärische Lösungen herbeigeführt wurden. So ist es wenig verwunderlich, dass auch im Zuge des russischen Truppenaufmarsches um die Ukraine seit Herbst 2021 die unbequeme Realität, dass Putin von Anfang an einen Krieg in Europa vorbereitete, vollkommen verdrängt wurde.

Was lange Zeit undenkbar schien, muss mit dem russischen Angriff auf die Ukraine nun endlich in das kollektive Bewusstsein zurückkehren: Krieg ist heute (wieder) eine relevante, vielleicht sogar die größte Bedrohung für die Demokratie in Europa. Das liegt auch daran, dass Russlands Krieg ein Angriff eines autoritären Regimes auf einen demokratisch verfassten Staat ist, der eben nur deshalb stattfindet, weil die demokratische Verfasstheit der Ukraine vom Kreml stets als existenzielle Bedrohung wahrgenommen wurde. Dass die Invasion der Ukraine offenbar mit dem Ziel erfolgte, mittels Regimewechsel den demokratischen Weg des Landes zu beenden und dessen dauerhafte Ausrichtung am politischen Westen zu verhindern, ist mehr als ein bloßer Verstoß gegen die regelbasierte Weltordnung. Russlands Krieg ist nichts Geringeres als ein Angriff auf die Demokratie als Staatsform und Gesellschaftsmodell an sich. Er stellt die von der Gemeinschaft der Demokratien getragene internationale Ordnung, die sich nach 1990 herausgebildet hat, grundlegend infrage. Indem Russland mit seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg eindeutig die Schwelle von der Systemkonkurrenz zum Systemkonflikt überschritten hat, fordert es die Gemeinschaft der demokratischen Staaten und die zentralen Institutionen der regelbasierten Weltordnung wie zu keinem anderen Zeitpunkt seit Ende des Kalten Krieges heraus.

Die große Sprengkraft eines Krieges in Europa

Auch unter Expertinnen und Experten wurde über Jahrzehnte das Gefahrenpotenzial eines Territorialkrieges in Europa als gering eingestuft. Dies lag weniger daran, dass die gravierenden und weitreichenden Konsequenzen eines Krieges unterschätzt wurden. Im Gegenteil: Zwar ist die Demokratie in Friedenszeiten einer Vielzahl von ernsthaften Herausforderungen ausgesetzt, doch nur wenige haben so schwerwiegende Konsequenzen wie eine kriegerische Auseinandersetzung. Allerdings wurde immer davon ausgegangen, dass die Wahrscheinlichkeit eines solchen Szenarios als gering einzustufen ist. Da ein Krieg somit zwar gravierende Auswirkungen hätte, deren Eintrittswahrscheinlichkeit aber als gering angesehen wurde, stuften Expertenkreise das Gefahrenpotenzial eines Krieges stets als moderat bis gering ein. Doch mit den jüngsten Erfahrungen muss diese Beurteilung grundsätzlich überdacht werden. Die Wahrscheinlichkeit eines in ganz Europa um sich greifenden Krieges ist heute größer als zu irgendeinem Zeitpunkt seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 – und das Gefahrenpotenzial für die Demokratie durch Krieg damit deutlich gestiegen.

Das Gefahrenpotenzial wird dadurch noch vergrößert, dass die Invasion Russlands in die Ukraine eine Reihe von Ausstrahlungseffekten und Nachwirkungen haben könnte. Gerade in der Anfangsphase der Invasion stellte sich in diesem Kontext die Frage, ob Moskau im Falle eines schnellen militärischen Erfolgs in der Ukraine weitere ehemalige Sowjetrepubliken, möglicherweise und trotz NATO-Mitgliedschaft sogar die baltischen Staaten, ins Visier nehmen könnte. Da der russische Feldzug in den ersten Wochen aus verschiedenen Gründen militärisch nicht die vom Kreml geplante Wirkung entfaltet hat, ist das Szenario, dass Russland über die Ukraine hinaus weitere Staaten angreift – wenngleich nicht komplett auszuschließen – so doch zum gegenwärtigen Zeitpunkt deutlich unwahrscheinlicher geworden.

Eine Gefahr besteht aber nach wie vor darin, dass der Kreml den Krieg in der Ukraine mit der Lage in anderen sicherheitspolitischen Arenen zu verknüpfen versucht. Dies zeichnete sich im März 2022 bereits durch Russlands Verhalten bei der Neuverhandlung des Nuklearabkommens mit Iran ab. Weiterhin könnte Putin die durch gestiegene Nahrungsmittelpreise verschlimmerte Lage in Afrika sowie dem Nahen und Mittleren Osten ausnutzen, um Konflikte und Spannungen anzuheizen. So könnte Moskau an der Südflanke Europas über Krisen, Terrorismus und Migration Druck auf die südeuropäischen Verbündeten der Ukraine ausüben und damit die Kohäsion in EU und NATO unterwandern.

Der in Teilen militärisch missglückte Angriff auf die Ukraine stellt für Putin und die russische Führung eine existenzielle Gefahr dar – ein Scheitern hätte nur schwer abschätzbare Konsequenzen für den Fortbestand des Systems Putin und muss daher vom rus-

sischen Präsidenten unter allen Umständen verhindert werden. Der Einsatz einer Massenvernichtungswaffe, von biologischen und chemischen Kampfstoffen bis hin zum taktischen Atomschlag, durch einen in die Enge getriebenen Putin erscheint daher nicht völlig ausgeschlossen. Eine solche Eskalation auf dem europäischen Kontinent wäre in der jüngeren Geschichte präzedenzlos. Sie würde neben unermesslichem Leid in der Ukraine auch eine weitere Zäsur der europäischen Nachkriegsordnung mit sich bringen – und das Mantra, die NATO dürfe nicht in den Krieg eingreifen, grundlegend infrage stellen.

Es stellt sich ebenfalls die Frage, ob China die gegenwärtige Situation für sich ausnutzen und die Rückführung Taiwans in die Volksrepublik militärisch erzwingen könnte, während die USA mit einem Krieg in Europa beschäftigt sind. Dieses Szenario hätte insbesondere dann eine große Tragweite, wenn doch noch ein russischer Angriff auf einen NATO-Verbündeten stattfinden würde und Washington somit zum militärischen Beistand verpflichtet wäre.

Dass sich die Konkurrenz zwischen China und dem politischen Westen weiter verschärft, scheint mit Blick auf die Entwicklungen vergangener Jahre und die zunehmenden Spannungen zwischen Peking und Washington kaum abzuwenden. Dennoch muss unbedingt verhindert werden, dass die kommunistische Führung der Volksrepublik ebenfalls ihre schon jetzt aggressive Politik gegenüber Nachbarstaaten, allen voran Taiwan, verschärft und letztlich – nach russischem „Vorbild“ – militärisch in der Region ausgreift. Es wird darauf ankommen, dass der Westen seine geschlossene Linie gegenüber Moskau beibehält. Die ganze Welt muss erkennen, dass jeder, der so rücksichtslos auf militärische Gewalt setzt, einen Weg in den ökonomischen Untergang und die politische Isolation antritt. Putin muss es durch seinen Völkerrechtsbruch so ergehen, dass jeder Potentat weltweit – insbesondere auch in Peking – denkt: So möchte ich nicht enden!

Die unvollständige Rückkehr zur Landes- und Bündnisverteidigung

Durch Russlands Angriff auf die Ukraine müsste allen klar geworden sein, dass eine bedingungslose Appeasement-Politik, das Vertrauen auf ökonomische Interdependenz unter dem Stichwort „Wandel durch Handel“ und die Hoffnung, Russland und China so in die regelbasierte Weltordnung einbinden zu können (dass sie möglicherweise dagegen verstoßen, aber nicht versuchen, sie gänzlich zu zerstören), gescheitert ist. Die Gemeinschaft der liberalen Demokratien muss im Rahmen von EU, NATO und darüber hinaus wieder stärker auf Abschreckung und Verteidigung setzen, um der veränderten Bedrohungslage entschieden entgegenzutreten zu können.

Für Deutschland bedeutet dies, zum Schutz Europas alle für Abschreckung und Verteidigung nötigen Kräfte, Fähigkeiten und Maßnahmen wiederherzustellen, um in einem potenziellen Konflikt mit Russland bestehen zu können. Nur dies stellt sicher, dass ein Krieg zwischen der NATO und Russland nie tatsächlich geführt werden muss. Dabei kommt es vor allem auf Deutschland an – andere größere europäische Staaten wie Großbritannien oder Frankreich haben ihre Streitkräfte aufgrund ihrer strategischen Prioritäten anders aufgestellt und sind daher nicht mehr in der Lage, die für die Verteidigung der europäischen Ostflanke nötigen Landstreitkräfte zu stellen. Bisher kompensieren dies die Vereinigten Staaten mit ihrer Präsenz von mehr als 100.000 Soldatinnen und Soldaten in Europa sowie ihrer Fähigkeit, im Krisenfall schnell weitere Großverbände über den Atlantik verlegen zu können. Perspektivisch wird Washington jedoch sein Engagement in Europa zurückfahren müssen, um begrenzte Ressourcen stärker auf den indopazifischen Raum zu konzentrieren, wo die USA ein militärisch erstarkendes China ausbalancieren müssen. Die Lücke, die ein amerikanischer (Teil-)Abzug aus Europa möglicherweise schon nach Amtsübernahme einer neuen US-Regierung im Jahr 2025 hinterlässt, muss dann vor allem von Deutschland ausgefüllt werden.

Nur aus diesem Grund hat der Deutsche Bundestag den Verteidigungshaushalt innerhalb von zehn Jahren von etwas weniger als 30 Milliarden auf mehr als 50 Milliarden Euro angehoben. Landes- und Bündnisverteidigung sind zudem mit dem Weißbuch von 2016 als gleichrangiger Auftrag der Bundeswehr neben dem internationalen Krisenmanagement festgelegt worden und prägen seitdem jede politische Debatte über das Fähigkeitsprofil der deutschen Streitkräfte und deren Umfang, Struktur, Ausstattung und Bewaffnung. Mit den im Januar und Mai 2016 eingeleiteten Trendwenden Material und Personal sollten wesentliche Voraussetzungen geschaffen werden, um die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr wiederherzustellen. Allerdings konnten beide Initiativen in den vergangenen Jahren bei weitem nicht die erhoffte Wirkung entfalten.

Nachdem die Bundeswehr die mittelfristige personelle Zielgröße für 2027 bei 203.300 Dienstposten festgelegt hatte, hat sich der Personalbestand in den vergangenen Jahren zwischen 183.000 und 185.000 Frauen und Männern eingependelt. Mit Blick auf die demografische Lage konnten der resultierende Mehrbedarf an Personal von fast 20.000 Soldatinnen und Soldaten und auch der Aufbau einer Reserve mit 120.000 Posten nach Aussetzung der Wehrpflicht ohne umfassende Vorbereitung alternativer Personalgewinnungsmechanismen bisher nicht gedeckt werden. Allein im Bereich Cyber- und Informationsraum sind in manchen Einheiten gerade einmal die Hälfte aller Stellen mit den dringend benötigten, hochausgebildeten Spezialistinnen und Spezialisten besetzt.

Auch im Bereich Beschaffung und materielle Einsatzbereitschaft konnten in den vergangenen Jahren nur zum Teil Fortschritte erzielt werden. Zwar lag die materielle Einsatzbereitschaft der 71 Hauptwaffensysteme der Bundeswehr im Jahr 2021 offiziell bei 76 Prozent. Da hier jedoch der Verfügungs- statt der Buchbestand zugrunde gelegt wird, kaschiert diese Kennzahl, dass die tatsächliche

Materiallage weitaus dramatischer ist und die Einsatzbereitschaft teils deutlich niedriger – bei etwa 30 Prozent – liegt. So muss die Bundeswehr regelmäßig für die Gestellung einer mittelschweren Kampfbrigade für die NATO-Speerspitze Material und Ausrüstung aus sämtlichen anderen Großverbänden des Heeres zusammenziehen und wäre zum gleichzeitigen Einsatz einer zweiten Brigade nicht in der Lage.

Verglichen mit den durchweg hohen Einsatzbereitschaftsständen der alten Bundeswehr in den Jahrzehnten des Kalten Kriegs, ist dies ein völlig inakzeptabler Zustand, denn er hätte im Falle eines tatsächlichen Krieges schwerwiegende Konsequenzen – nämlich die rasche Niederlage zumindest in den Anfangsoperationen. Inwiefern das vom Bundeskanzler Olaf Scholz angekündigte Sondervermögen von 100 Milliarden Euro hier Abhilfe schaffen kann, bleibt abzuwarten. Mehr Geld allein löst nicht die strategische Frage, worin investiert werden muss und wie die Bundeswehr künftig aufgestellt sein sollte, um wieder ihre Kernaufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung zu erfüllen.

Überfällige Anpassungen in allen Dimensionen

Deutsche Verteidigungspolitik muss sich auf das rückbesinnen, was die deutschen Streitkräfte jahrzehntelang vorzüglich beherrscht hatten, und an dem orientieren, was die Kriegführung der Zukunft – und hier setzen neben den USA auch Russland und China die Maßstäbe – technologisch und doktrinär gebietet. Die Befähigung zur Führung hochintensiver Gefechte in allen Dimensionen der Kriegführung muss Kernauftrag, strukturbestimmendes Parameter und maßgebliches Kriterium für die Leistungsfähigkeit der Bundeswehr sein. Um die Bundeswehr angesichts der grundlegend veränderten Bedrohungslage und des rasanten waffentechnologischen Fortschritts für die kommenden zwei Jahrzehnte bestmöglich aufzustellen, müssen in allen Dimensionen der Kriegführung – Land, See, Luft sowie Cyber- und Informationsraum – längst überfällige, wegweisende Entscheidungen getroffen und dann auch umgesetzt werden.

Im deutschen Heer, der größten deutschen Teilstreitkraft, kommt es im Kern darauf an, die der NATO bis 2032 zugesagten drei personell und materiell voll ausgestatteten Divisionen mit acht bis zehn Kampfbrigaden zu stellen – ein Gesamtumfang von 50.000 bis 60.000 Soldatinnen und Soldaten. Dafür braucht es dringend die von der Bundesregierung angekündigten Investitionen in Ersatzteile, Munition und persönliche Ausrüstung. Wesentliche Herausforderungen liegen allerdings auch in der Beschaffung moderner, also digitalisierter und für *joint multinational domain operations* geeigneter Waffen- und Führungssysteme, allen voran der Nachfolge des Kampfpanzers Leopard 2 im Rahmen des mit Frankreich geplanten Main Ground Combat Systems und der Wiederaufstellung der Fähigkeit zur Flugabwehr

im Bereich des Heeres als Teil einer integrierten Luftverteidigung gegen ein breites Spektrum an Bedrohungen, von der Drohne bis hin zur taktischen ballistischen Rakete.

Außerdem bestehen strukturelle und doktrinäre Herausforderungen, die dringend angegangen werden müssen. Das Heer muss eine radikale doktrinäre Kehrtwende zurück zu seiner historischen Aufgabe vollziehen und wieder Verteidigungs-, Verzögerungs- und (Gegen-)Angriffsoperationen in der nordeuropäischen Tiefebene führen können. Dazu muss auch die zuletzt vernachlässigte Führungsfähigkeit auf Brigade- und Divisionsebene wiederhergestellt und eine angemessene Digitalisierung der Landstreitkräfte gesichert werden. Zudem wird Deutschland in einer sich zuspitzenden Krise mit Russland als Drehscheibe für die rechtzeitige Verlegung von alliierten Verstärkungsverbänden quer durch Mitteleuropa an die Ostflanke fungieren müssen. Besonders die dafür nötigen Strukturen und Prozesse müssen besser eingespielt und geübt, alle zivilen und militärischen Akteure mit ihnen vertraut gemacht und Defizite beseitigt werden. Dabei geht es auch darum, alle essenziellen Anteile der zivilen kritischen Infrastrukturen Europas fest in eigener Hand zu behalten: *Command, Control, Communications* zur Wahrung der eigenen Führungsfähigkeit; *Intelligence, Surveillance, Reconnaissance* zur Wahrung des eigenen Lagebildes und *Military Mobility* zur Wahrung der zeitgerechten Verlegung von Truppenteilen von den Häfen in Westeuropa über Schienen und Straßensysteme nach Osten.

Die Rückbesinnung auf Bündnisverteidigung zu Land wird außerdem nur funktionieren, wenn das Heer gemäß dem *joint-multi-domain*-Ansatz adäquat aus der Luft unterstützt wird. Gegenüber der NATO hat Deutschland zugesagt, im Krisenfall etwa 10 Prozent der Kampfeinsatzflüge zu leisten und dafür vier gemischte Einsatzgeschwader bereitzustellen. Diese kämen zur Herstellung von Luftüberlegenheit im rückwärtigen Mitteleuropa, den frontnahen Einsatzräumen und dem gegnerischen Luftraum zum Einsatz und müssten darüber hinaus auch Luftoperationen zur Unterstützung von NATO-Land- und Seestreitkräften fliegen. Um dies zu gewährleisten, müssen die Einsatzbereitschaft und -fähigkeit der Luftwaffe deutlich erhöht werden. Ähnlich der Situation im Heer liegt der Schlüssel darin, die für längere Durchhaltefähigkeit nötige Bevorratung mit Munition, hochwertiger Bewaffnung und Ersatzteilen, an der zu lange gespart wurde, endlich wieder auf ein angemessenes Niveau zu bringen.

Zudem müssen auch im Bereich der Luftwaffe teils seit Jahren ausstehende Beschaffungsvorhaben zügig auf den Weg gebracht werden. Nachdem die längst überfälligen Entscheidungen, bewaffnete Drohnen zu beschaffen und mit der F-35 ein neues Kampfflugzeug für die nukleare Teilhabe einzukaufen, auf den Weg gebracht wurden, muss als nächstes der taktische Lufttransport durch die Beschaffung schwerer Transporthubschrauber sichergestellt werden. Perspektivisch drängt auch die Modernisierung der drastisch verkleinerten bodengestützten Luftverteidigung zum Schutz gegen die stark gestiegene Bedrohung durch Flugkörper und Flugzeuge.

Auch in der Dimension See muss die Bundeswehr besser zur Ausbalancierung Russlands im Rahmen der NATO befähigt werden. Deutschland ist Führungsnation in der Ostsee, muss auch im Nord-

atlantik und Mittelmeer einen substanziellen Beitrag zur Präsenz des Bündnisses leisten und hat gegenüber der NATO langfristig die Bereitstellung von mindestens 25 hochseegehenden Überwassereinheiten und acht U-Booten zugesagt. Für diese Zusagen und künftigen Aufgaben fehlt es der deutschen Marine vor allem an kampfstarken Überwassereinheiten für symmetrische Gefechtsszenarien. Beim nächsten Fregattentyp F126, von dem vier Einheiten bis 2027 beschafft werden, sollte daher die bestehende nichtverbindliche Option auf zwei weitere Schiffe gezogen werden. Um einen wirklichen Schritt vorwärts zu gehen und Deutschland in die Lage zu versetzen, seinen maritimen Aufgaben und Verpflichtungen angemessen gerecht zu werden, müsste außerdem die für 2032 geplante Beschaffung von sechs Einheiten der nächsten Luftverteidigungsfregatte F127 deutlich vorgezogen werden. Auch die Beschaffung eines Nachfolgemodells der sechs U-Boote, welche die Marine momentan im Bestand hat, sollte in Kooperation mit den Niederlanden termingerecht sichergestellt und politisch aktiv begleitet werden.

In allen Dimensionen und für die Bundeswehr als Ganzes ist neben der materiellen Beschaffung und organisatorischer Reformen auch der große Personalbedarf ein drängendes Problem.

In allen Dimensionen und für die Bundeswehr als Ganzes ist neben der materiellen Beschaffung und organisatorischer Reformen aber auch der große Personalbedarf ein drängendes Problem. Auch die Finanzausgaben des Bundeskanzlers können den eklatanten Personalmangel in den Streitkräften nicht lösen. Stattdessen muss über eine moderne Form des Dienstes an der Waffe diskutiert werden, die auch zu einer besseren Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft beiträgt und über den Bereich Verteidigung hinaus eine stärkere Resilienz der deutschen Gesellschaft sicherstellt.

In diesem Kontext müssen die deutsche Politik und Öffentlichkeit auch ehrlich diskutieren, welches Bild von der deutschen Soldatin oder dem deutschen Soldaten sie künftig prägen möchten. Wenn in Europa wieder Krieg geführt wird, wenn die Bundeswehr wieder zu einer der schlagkräftigsten Streitkräfte Europas aufgebaut werden soll und wenn Mitbürgerinnen und -bürger in Uniform die freiheitlich-demokratische Grundordnung notfalls mit ihrem Leben verteidigen sollen, dann muss klar sein, dass wir auch beim Mindset eine Trend-

wende benötigen. Das durch die Auslandseinsätze geprägte Bild des „Entwicklungshelfers in Uniform“ ist dabei aus der Zeit gefallen. Daher müssen wir auch über das Verhältnis der Gesellschaft zu ihren Streitkräften diskutieren. Die Bundeswehr selbst kann diese Debatte nicht anstoßen – dies ist Aufgabe der Politik.

Autoren

Nils Wörmer leitete bis Mai 2022 die Abteilung „Internationale Politik und Sicherheit“ bei der Konrad-Adenauer-Stiftung. **Philipp Dienstbier** ist Referent für „Transatlantische Beziehungen“ bei der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Radikalisierung und Extremismus

Vom schwierigen Umgang mit roten Linien

Steven Bickel
und Nauel Semaan

Politischer und religiöser Extremismus stellen demokratische Staaten vor enorme Herausforderungen. Deshalb mag der Ruf nach der „eisernen Hand“ mitunter verlockend erscheinen. Die Bekämpfung solcher Phänomene kann sich allerdings nicht auf die repressive Komponente beschränken. Demokratische Systeme leben von der Überzeugung und dem Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Nur wenn die Verbannung extremistischer Ideologien aus der Mitte der Gesellschaft heraus erfolgt, wird sich die Demokratie langfristig behaupten können.



Wenige Bilder der vergangenen Jahre wurden so stark zu einem Ausdruck demokratischer Verunsicherung wie die von schwarz-weiß-roten Fahnen auf den Stufen des Reichstagsgebäudes in Berlin nach der Überwindung der Absperrungen durch extremistische Kräfte oder jene der Erstürmung des US-amerikanischen Kapitols in Washington DC durch eine aufgestachelte Menschenmenge. Für viele sind sie Symbole einer zunehmend aggressiven Spaltung der demokratischen Gesellschaften des politischen Westens. Sie sind Ausdruck gesellschaftlicher Veränderungen, die – nicht erst seit der Corona-Pandemie und ihren gesellschaftspolitischen Folgen – Demokratien herausfordern.

Dabei stellte sich die Ausgangslage lange Zeit überaus gut dar: Anfang der 1990er-Jahre, in der Folge des Zusammenbruchs der Sowjetunion und der osteuropäischen sozialistischen Diktaturen, verwies die These des amerikanischen Politologen Francis Fukuyama vom Ende der Geschichte auf eine goldene Zukunft der liberalen Demokratien.² Inzwischen ist jedoch klar, dass sich liberale Werte nur schwerlich weltweit durchzusetzen vermögen – und innerhalb der liberalen Demokratien zeigen sich erhebliche Verfallserscheinungen. Extremistinnen und Extremisten aus dem rechten Spektrum bis hin zum Rechtsterrorismus, linksextreme Kräfte, Islamistinnen und Islamisten und islamistischer Terrorismus sowie neue, nicht leicht in bestehende Spektren einzuordnende Extremismen auf Grundlage verschiedener Verschwörungsmymen stellen zunehmende Herausforderungen für demokratische Staaten und deren innere Sicherheit dar.

Am Anfang sollte – da die Begriffe Extremismus und Radikalismus ständiger Kritik unterliegen – eine kurze definitorische Einordnung stehen. Radikalismus ist – unabhängig davon, wie stark er in politischen und gesellschaftlichen Debatten genutzt wird – ein umstrittener und mehrdeutiger Begriff. Grundsätzlich beschreibt er Einstellungen, die (vermeintlich oder tatsächlich erkannte) Probleme von der Wurzel (lat. radix) aus angehen wollen. So kommt dem Begriff des Radikalismus „in manchen Ländern [...] sogar eine positive Konnotation zu“.³ Vor allem in Frankreich wird Radikalität im Zusammenhang mit den Errungenschaften der Französischen Revolution vielfach in einem positiven Licht gesehen. Verschiedene Autorinnen und Autoren versuchen, den Begriff des Radikalismus vom Extremismus und Terrorismus abzugrenzen und verweisen darauf, dass Radikalisierung nicht unbedingt einen Prozess beschreiben muss, der immer zur Gewaltanwendung führt.⁴ Aufgrund der Vielschichtigkeit des Radikalismusbegriffs vermeiden gerade Sicherheitsbehörden ihn seit den 1970er-Jahren weitgehend.⁵ Verschiedene Politikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler geben dem Extremismusbegriff den Vorzug, weil nur dieser Terminus „auf das Verhältnis zur Demokratie abstellt [und] damit über ein eindeutiges und vor allem über das zentrale Unterscheidungsmerkmal verfügt sowie ein ausschließlich pejoratives Begriffsverständnis besitzt [...]“.⁶

Das kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch beim Extremismus weder national noch international eine einheitliche, anerkannte und unumstrittene Definition gibt. Die Verwendung des Begriffes erscheint jedoch – insbesondere vor dem Hintergrund der umfangreichen Einordnung, Konkretisierung und kritischen Überprüfung – für die Debatte unverzichtbar.⁷ Differenzen bestehen vor allem zwischen einer positiven, hauptsächlich wissenschaftlich geprägten und genutzten sowie einer normativen Definition, deren Gebrauch in den Sicherheitsbehörden üblich ist.

Extremismus wird in diesem Sinne als verfassungswidrig begriffen – also als außerhalb der demokratisch abgesteckten politischen Grenzen angesiedelt. Die Politikwissenschaftler Uwe Backes und Eckhard Jesse schlugen als Definition speziell der deutschen Debatte zum politischen Extremismus vor: „Der Begriff [...] soll als Sammelbezeichnung für unterschiedliche Gesinnungen und Bestrebungen fungieren, die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln einig wissen.“⁸

Als „aggressivste und militanteste Form des Extremismus“ wird der Terrorismus beschrieben,⁹ der versucht, durch Gewalt- und andere Straftaten seine politischen, extremistischen Ziele zu erreichen. Das Strafgesetzbuch definiert diese Taten, die sowohl Delikte der Unterstützung terroristischer Aktivitäten (etwa Propaganda, Finanzierung) als auch der Durchführung (etwa Gewalttaten wie Mord oder Straftaten gegen die persönliche Freiheit) umfassen. Dabei richtet sich die Gesetzgebung gegen terroristische Vereinigungen – umgangssprachlich Terrororganisationen – wie auch gegen Einzelpersonen. Dies ist besonders wichtig, da in den vergangenen Jahren eine strukturelle Veränderung in den terroristischen Aktivitäten zu beobachten ist. Täterinnen und Täter operieren zunehmend als Einzelpersonen, statt „klassisch“ als Mitglieder einer Terrororganisation.

Die wachsende Gefahr

Demokratische Staaten geraten durch Extremistinnen und Extremisten unterschiedlichster Couleur in erstaunlicher Gleichzeitigkeit in Bedrängnis, wobei Wechselwirkungen und gegenseitige Verstärkungseffekte zu erkennen sind. Extremismus und Radikalisierungstendenzen bergen dabei in allen liberalen Gesellschaften ein zunehmendes Gefahrenpotenzial. Dort, wo Abwahlmöglichkeiten einer Regierung, Gewaltenteilung, Menschenrechte, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit, Säkularismus und Volkssouveränität als „für eine lebendige Demokratie [...] inhaltliche Grundlage“¹⁰ infrage gestellt oder angegriffen werden, gerät das Fundament moderner Demokratien ins Wanken.

Es sieht so aus, dass sich kein pluralistischer Staat entsprechenden Entwicklungen entziehen kann. Auch die Vereinigten Staaten von Amerika, das dauerhafteste demokratische System des politischen Westens, sind anscheinend nicht mehr in der Lage, staatsgefährdende extremistische Entwicklungen im demokratischen Diskurs einzuhegen. Die Bilder der Erstürmung des Kapitols in Washington DC nach der Wahlniederlage Donald Trumps im Januar 2021 gingen um die Welt. Mit der Aktion sollte die Bestätigung des Wahlsieges Joe Bidens durch Senat und Kongress – und damit ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Spielregeln (Abwahlmöglichkeit) – untergraben werden.

Bereits im August 2020 entstanden ähnliche Bilder in Deutschland, als Rechtsextreme sowie Verschwörungsanhängerinnen und -anhänger im Zuge von Protesten gegen die Corona-Maßnahmen Absperrungen vor dem Reichstagsgebäude in Berlin durchbrachen und erst am Eingang des Parlaments durch Polizistinnen und Polizisten aufgehalten werden konnten.

Beide Ereignisse stehen beispielhaft für Entwicklungen, die darauf verweisen, dass sich in allen freiheitlichen Demokratien extremistische Strukturen herausbilden, die Gesellschaft und Staat herausfordern, im schlimmsten Fall mit tödlichen Folgen oder einer zunehmenden Destabilisierung. Entsprechend sind die Debatten der vergangenen Jahrzehnte von einem (neuerlichen) Erstarren extremistischer Tendenzen geprägt.

Die Anschläge vom 11. September 2001, in Madrid 2004 und in London 2005 sowie die zweite dschihadistische Anschlagswelle in Europa (Paris 2015, Brüssel, Nizza und Berlin 2016) und die zahlreichen Ausreisen europäischer ausländischer Kämpfer in Richtung Syrien: All dies erschütterte die demokratische Wertegemeinschaft und führte zu einer Fokussierung auf den Phänomenbereich des Islamismus sowie zu einer umfangreichen Anpassung der Sicherheitsarchitekturen und -gesetzgebungen. Gleichzeitig verschwanden andere extremistische Phänomenbereiche nicht: Heute wird die Bedrohung durch rechtsextremistisch motivierte Gewalt von einer Reihe europäischer Sicherheitsbehörden als „außerordentlich hoch“ eingeschätzt.¹¹ Der ehemalige Bundesinnenminister Horst Seehofer und seine Nachfolgerin Nancy Faeser bezeichnen den Rechtsextremismus sogar als größte Gefahr für die Sicherheit Deutschlands.¹² So hat sich „die Zahl rechtsterroristischer Vorfälle [...] in den demokratischen Verfassungsstaaten weltweit (insbesondere USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Norwegen, Schweiz, EU-Mitgliedstaaten) zwischen 2013 und 2018 verdreifacht“.¹³ In der Summe übersteigt die Anzahl rechtsextremistisch motivierter Anschläge in Europa und den USA die Anzahl der islamistischen.¹⁴ In Deutschland brachten die Aufklärung der Taten des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU), der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke und die Anschläge von Halle und Hanau ein neues Verständnis für die ernsthafte Gefahr durch den Rechtsextremismus hervor.

Hinzu kommt, dass in den Phänomenbereichen Rechts- und Linksextremismus eine zunehmende internationale Vernetzung und Verflechtung zu beobachten ist. Während Islamistinnen und Islamisten ihr internationales Netzwerk schon seit Jahrzehnten nutzen, sind nun Extremistinnen und Extremisten aller Couleur in der Lage, sich ideologisch und logistisch auf internationaler Ebene auszutauschen. Aus diesen analogen sowie virtuellen Vernetzungen und dem globalen Transfer extremistischer Ideologien ergibt sich für die Sicherheitsbehörden die Herausforderung, der Radikalisierung einzelner Menschen außerhalb einer festen terroristischen Organisationseinheit zu begegnen. Einzeltäterinnen und -täter können sich der Beobachtung häufig entziehen.



Alle freiheitlichen Demokratien sind von einem Erstarren extremistischer Tendenzen geprägt.

Umso schmerzlicher ist, dass die Abgrenzung zu extremistischen Verhaltensweisen und Einstellungen offenbar zunehmend bröckelt. Extremistische Kräfte versuchen, gezielt in die Mitte der Gesellschaft hineinzuwirken, und wählen Themen, welche eine hohe Anschlussfähigkeit besitzen. So geben sich zum Beispiel Rechtsextreme auf einschlägigen Internetplattformen bewusst so, dass ihre extremen Einstellungen auf den ersten Blick mit einem „harmlosen Patriotismus“ verwechselt werden können. Ähnliche Entwicklungen zeigen sich im linksextremistischen und islamistischen Spektrum oder auch mit Blick auf die Aktionen der sogenannten Querdenker. Ziel extremistischer Akteure ist es, legitime gesellschaftliche Ansichten für ihre eigenen, extremistischen Absichten nutzbar zu machen.

Versucht man die Gleichzeitigkeit und Wechselseitigkeit verschiedener extremistischer Strömungen zu betrachten, zeigen sich im Wesentlichen zwei Gefahrenbilder: Zum einen ist bei einer Zunahme extremistischer Tendenzen von einer wachsenden Gefahr für das Leben von Mitmenschen auszugehen. Hierbei spielt besonders die terroristische Gewalt eine Rolle. Zum anderen besteht, wenn extremistische Einstellungen in die Mitte der Gesellschaft diffundieren oder die breite gesellschaftliche Unterstützung demokratischer Staaten erodiert, die Gefahr, dass es zu einer Destabilisierung der demokratischen Systeme kommt.

Schutzmechanismen und Abwehrmaßnahmen

Die Erkenntnis, dass Radikalisierungstendenzen und Extremismus demokratische Gesellschaften und ihre staatliche Ordnung herausfordern, ist nicht neu. Auf die Frage aber, wie mit Radikalismus und Extremismus umzugehen ist, haben die liberalen Gesellschaften höchst unterschiedliche Antworten entwickelt. Leitplanken für den Umgang mit Kräften, die sich gegen die Demokratie selbst richten, bilden dabei demokratiethoretische und staatsrechtliche Überlegungen sowie historische Erfahrungen.

Eine Darstellung der Maßnahmen gegen Radikalisierung und Extremismus erscheint daher auf den ersten Blick einfacher, als sie tatsächlich ist. Die simple Übernahme des Systems der wehrhaften Demokratie in Deutschland würde zu kurz greifen, da sie nur eine Möglichkeit – und dabei keineswegs die verbreitetste – des Umgangs mit Feinden demokratisch organisierter Staaten abbildet.

Alle modernen freiheitlichen Demokratien besitzen in ihren Prinzipien selbst Schutzmechanismen, um sich gegen die politische Gefahr des Extremismus, also gegen die Gefahren für das demokratische System insgesamt, zu immunisieren. Ausgehend von der Überzeugung der Freiheit des Individuums und der Existenz unveräußerlicher Grund- und Menschenrechte, muss sich die Demokratie selbst einschränken. In einem langen Entwicklungs- und Lernprozess entstanden Grundrechte als Abwehrrechte des Einzelnen gegen den Staat, das Rechtsstaatsprinzip, ein höherrangiges Verfassungsrecht und in vielen freiheitlichen Demokratien eine Verfassungsgerichtsbarkeit.¹⁵ Auf institutioneller Ebene bietet die Gewaltenteilung einen grundlegenden Schutz gegen eine Übernahme durch extremistische, radikale Kräfte.

Während gerade die Vereinigten Staaten seit ihrer Gründung eine kontinuierliche demokratische Entwicklung genommen haben, scheiterten demokratische Systeme in Kontinentaleuropa auch an radikalen Tendenzen. Das heißt nicht, dass es in den USA keine extremistischen Entwicklungen gab, sondern nur, dass sie nie derartigen Einfluss hatten, um das demokratische System selbst in Gefahr zu bringen. Extremistische und radikale Umtriebe werden in den USA entsprechend spät bekämpft, repressive Maßnahmen erfolgen also erst dann, wenn Extremistinnen und Extremisten gegen (Straf-)Gesetze verstoßen.

Demgegenüber steht in Deutschland mit den Verfassungsschutzbehörden ein umfassendes System, welches extremistische Bestrebungen einhegen soll, bevor sie staatsgefährdend werden. Die detaillierte verfassungsrechtliche Fixierung entspringt dabei „deutscher rechtspositivistischer Gewohnheit“.¹⁶ Rudolf van Hüllen und Thomas Grumke fassen diesen Gegensatz treffend zusammen: „In traditionsgefestigten Demokratien genügt [...] ein profundes und selbstverständliches Vertrauen in liberale und demokratische Werte. In Frankreich sind das die unantastbaren republikanischen Grund-

werte; in Großbritannien gilt jede Bestrebung, die auf Abschaffung des parlamentarischen Systems zielt, automatisch als unwertig. In beiden Fällen ist eine Befestigung durch ein spezielles gesetzliches Regelwerk offensichtlich nicht erforderlich.“¹⁷

Die Architekten des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat allerdings mussten aus dem Scheitern der Weimarer Republik Schlüsse ziehen, denn „neben Fehlern in der Verfassungskonstruktion war vor allem die Leichtigkeit, mit der die Nationalsozialisten die ungeliebte Republik scheinlegal delegitimiert und schließlich überwunden hatten, in ihrem Gedächtnis geblieben“.¹⁸ Entsprechend sollte und musste das Grundgesetz eine Ordnung schaffen, die sich selbst gegen ihre Überwindung mit legalen Mitteln schützen kann. Auf Grundlage der Theorien Karl Loewensteins und Karl Mannheims zur streitbaren Demokratie enthält das Grundgesetz ein umfangreiches System an Schutzmechanismen. Die streitbare oder wehrhafte Demokratie ruht dabei auf drei Säulen: Wertegebundenheit, Abwehrbereitschaft und Vorverlagerung des Demokratieschutzes.¹⁹

Die Wertegebundenheit drückt sich im Schutz der Unantastbarkeit der Menschenwürde (Art. 1 GG) und den Strukturprinzipien der staatlichen Ordnung in Artikel 20 des Grundgesetzes aus, die durch die sogenannte Ewigkeitsklausel (Art. 79 Abs. 3) jeglicher Änderung durch einen Mehrheitsbeschluss entzogen werden. Das Bundesverfassungsgericht präzisierte in seinen Entscheidungen zum Verbot der Sozialistischen Reichspartei (SRP) 1952 und im Verfahren um das NPD-Verbot 2017 die Vorgaben des Grundgesetzes auf die Kernelemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung: Menschenwürde, Demokratieprinzip und Rechtsstaatlichkeit.²⁰

Unter die Abwehrbereitschaft lassen sich die repressiven Mittel des Parteiverbots (Art. 21 Abs. 2 GG), das Verbot von Vereinigungen (Art. 9 Abs. 2 GG) und die Verwirkung von Grundrechten (Art. 18 GG) subsumieren. Außer dem Verbot verfassungsfeindlicher Vereinigungen wurden diese Mittel nur sehr selten oder – im Falle der Grundrechtsverwirkung – nie angewandt. Ebenso in diese Kategorie gehört die Treue der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zur Verfassung.²¹



**Für den Umgang mit Radikalismus
und Extremismus haben die liberalen
Gesellschaften höchst unterschiedliche
Strategien entwickelt.**

Wehrhaft – aber wie?

Dass der Staat nicht erst dann reagiert, wenn extremistische Akteure gegen (Straf-)Gesetze verstoßen, umfasst den Bereich der Vorverlagerung des Demokratieschutzes. Eine wichtige Rolle für den Schutz des demokratischen Verfassungsstaates gegen Bestrebungen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten, spielen das Bundesamt und die entsprechenden Landesämter für Verfassungsschutz. Die jährlich erscheinenden Verfassungsschutzberichte liefern der Öffentlichkeit Erkenntnisse zu verfassungsfeindlichen Bestrebungen und erfüllen damit einen wichtigen Aufklärungsbeitrag.

Wesentlich für den Schutz vor Radikalisierung und Extremismus ist auch die politische Bildung. Zum einen trägt sie dazu bei, extremistische Bestrebungen zu erkennen, zum anderen stärkt sie durch Vermittlung von Wissen über das politische System und Demokratiebildung die Anerkennung gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse und die Resilienz gegen Extremismen.

Inzwischen hat sich – besonders aufgrund der Erfahrungen mit dem international agierenden und vernetzten Islamismus – die Zusammenarbeit auf internationaler und europäischer Ebene verstärkt. Die Globale Anti-Terror-Strategie (2006) und der „Plan of Action to Prevent Violent Extremism“ (2016) sind hierbei wichtige Schritte auf Ebene der UN, die „Strategie zur Bekämpfung von Radikalisierung und Anwerbung für den Terrorismus“ (2009) ist ein wichtiger Schritt auf EU-Ebene.

Bei aller Fokussierung auf staatliche Maßnahmen muss allerdings betont werden, dass der wirksamste Schutz gegen Extremismus und Radikalisierung aus den jeweiligen Gesellschaften selbst entsteht. Freiheitliche Demokratien können nur dann funktionieren, wenn sie eine breite Unterstützung in der Gesellschaft haben und extremistische Tendenzen mehrheitlich abgelehnt werden. Entsprechend wichtig ist die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure, die sich gegen verschiedene Formen des Extremismus richten. Hierbei wächst auch die Erkenntnis, dass eine enge Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Initiativen und Sicherheitsbehörden auf nationaler und internationaler Ebene notwendig ist.

Das Gefahrenpotenzial ist erkannt, der Umgang mit Extremismus in seinen Unterschieden, Gegensätzen und historischen Bedingungen dargestellt. Aus allem wird deutlich: Liberale Demokratien müssen, wollen sie sich langfristig gegen extremistische Bestrebungen schützen, gesamtgesellschaftlich vorgehen. Dabei reicht es nicht, staatliche Maßnahmen einzufordern oder das deutsche Modell der wehrhaften Demokratie schlicht übertragen zu wollen.

Freiheitliche Demokratien können sich nur dann wirksam schützen, wenn sich die große Mehrheit der Bevölkerung gegen jegliche Form extremistischer Bestrebungen einig weiß. Darunter fällt die Bereitschaft, Grundwerte der Demokratie offen und mit aller nötigen Entschlossenheit zu verteidigen. Wesentliche Grundwerte freiheitlich-demokratischer Staaten müssen in der Mehrheitsbevölkerung verankert sein und gelebt werden. Eine „leise“ Mitte gegenüber „lauten“ Extremisten gefährdet die Demokratie. Extremistischen Akteuren muss klar werden, dass sie sich von einem unumstößlichen Normenkatalog entfernen und „rote Linien“ überschreiten.

Staatlicherseits muss alles unternommen werden, um ein großes Vertrauen in die Institutionen der (repräsentativen) Demokratien zu erhalten und zu stärken. Das häufig falsch wiedergegebene Böckenförde-Dilemma (das sich eigentlich auf den freiheitlich säkularen Staat bezieht) trifft in der oft zitierten Lesart, dass der demokratische Staat von Voraussetzungen lebe, die er selbst nicht garantieren könne, einen Punkt: Demokratische Staaten können ihre Bürgerinnen und Bürger nicht durch Rechtszwang und Gebote zu überzeugten Demokraten machen. Das heißt aber nicht, dass Demokratien nicht mittels politischer Bildung und Maßnahmen zur Förderung der Demokratie ein eigenes, demokratisches Ethos schaffen oder erhalten können. Dies kann allerdings nur gelingen, wenn politische Bildung auch jene Menschen erreicht, die ihrer am meisten bedürfen. Demokratie muss in der Breite der Gesellschaft und all ihren unterschiedlichen Schichten gelebt, aber auch gelernt werden. Ein grundlegendes Verständnis für die Komplexität demokratischer Aushandlungsprozesse und die Förderung von Demokratiekompetenzen, wie Akzeptanz von Pluralität, Empathie und Kompromissbereitschaft, sind wichtige Ansatzpunkte, um Menschen gegenüber extremistischen Bestrebungen zu immunisieren. Um dieses Ziel zu erreichen, muss demokratische Bildung frühzeitig (im Kinder- und Jugendalter) angesetzt und verinnerlicht werden.

In diesem Sinne steht auch eine grundsätzliche Frage: Wie sollen demokratische Gesellschaften mit Menschen umgehen, die sich in Richtung eines extremistischen Denkens bewegen? Ein Ausschluss aus Diskursen und dem gesellschaftlichen Umfeld führt selten zu einer Umkehr, sondern eher zu einer weiteren Radikalisierung (aufgrund des bei Extremismen stark ausgeprägten Freund-Feind-Denkens). Entsprechend müssen demokratische Gesellschaften „rote Linien“ ziehen, andererseits aber kommunikationsbereit bleiben. Ansichten, die gegen die Menschenwürde verstoßen, können von Demokratinnen und Demokraten niemals toleriert werden,

gleichzeitig kann es Demokratinnen und Demokraten nicht egal sein, wenn solche Ansichten vertreten werden. Ziel muss immer sein, Menschen mit solchen Ansichten im offenen Diskurs zu stellen. Gerade bei Anhängerinnen und Anhängern von Verschwörungsmaythen oder geschlossenen extremistischen Weltbildern mag das schwierig und zuweilen unmöglich sein, bei Sympathisantinnen und Sympathisanten möglicherweise aber eine Chance, sie für das demokratisch-liberale Wertesystem zurückzugewinnen.

Auch ist zu beachten, dass der Extremismusbegriff nicht inflationär verwendet und zur Diskreditierung legitimer, aber missliebiger Positionen missbraucht wird. Extremistische Kräfte müssen klar benannt werden, staatliches Vorgehen und der Umgang allerdings müssen transparenten Vorgaben folgen. Verfassungsschutzberichte, die auf Grundlage klarer Kriterien extremistische Positionen und Personen benennen, sind in diesem Zusammenhang wichtig. Die oftmals reflexartige Verwendung des Extremismusbegriffs in der öffentlichen Debatte jedoch kann kontraproduktiv sein.

Wichtig ist auch, Menschen, die extremistischen Strukturen und Ideologien folgen, eine Ausstiegsperspektive aufzuzeigen und einer Deradikalisierung Räume zu ermöglichen. Dafür ist eine enge und effektive Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen Akteuren und Sicherheitsbehörden nötig. Nur durch den gezielten Wissensaustausch zwischen Präventions- und Deradikalisierungseinrichtungen sowie Polizei und Verfassungsschutz können extremistische Straftaten verhindert werden. Das Problem dabei ist das mangelnde Vertrauensverhältnis potenzieller Täterinnen und Täter gegenüber Sicherheitsbehörden, das direkte Präventions- oder Deradikalisierungsarbeit fast unmöglich macht. Die deutschen Ämter für Verfassungsschutz verfolgen seit einiger Zeit jedoch einzelfallabhängig die direkte Ansprache (potenziell) Radikalisierter, um sie von einem Ausstieg oder der Teilnahme an Deradikalisierungsprogrammen zu überzeugen.

Zur Bekämpfung von Extremismus müssen die Kapazitäten der Sicherheitsbehörden – speziell der als „Warnsystem“ dienenden Nachrichtendienste – klug ausgenutzt und gezielt eingesetzt werden. So darf ein Bedrohungsanstieg in einem Phänomenbereich nicht dazu führen, dass personelle Kapazitäten und Kompetenzen auf Kosten vorher prioritär behandelte Gefahrenbilder ausgebaut werden. Somit ist neben dem operativen besonders der politische Fokus auf die Bekämpfung aller Extremismen elementar – schon vor einem Aufmerksamkeit erregenden Gewaltakt. Nach den rechtsextremistischen Anschlägen von Halle und Hanau kam vermehrt Kritik auf, dass Sicherheitsbehörden und Politik bei der Bekämpfung des Islamismus das Erstarken des Rechtsextremismus aus dem Blick verloren hätten. Seit die Gefahr des Rechtsextremismus verstärkt wahrgenommen wird, ist zu sehen, wie Behörden teilweise Personal von Abteilungen der Islamismus-Bekämpfung in den Bereich der Bekämpfung des Rechtsextremismus verschieben.

Entscheidend ist auch, dass das Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit immer wieder neu ausgelotet wird. Freiheit und Sicherheit bedingen sich gegenseitig und sind keine Antipoden. Demokratische Staaten müssen in der Lage und willens sein, bei der Sicherheitsgesetzgebung auf neue Bedrohungen durch extremistische Akteure zu reagieren. Sicherheitsbehörden müssen in einer zunehmend digitalisierten Welt ihre Aufgaben erfüllen und Gesellschaft und Staat wirksam vor Extremismen schützen. Darüber hinaus muss die Extremismusforschung internationaler werden und internationale Verbindungslinien erkennen. Der internationale, durch Internet und soziale Medien beschleunigte Ideologietransfer sowie bestehende und entstehende Netzwerke müssen transparent untersucht und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Dabei ist es notwendig, zu gemeinsamen und allgemeingültigen Definitionen in der staatlichen und wissenschaftlichen Analyse zu kommen. Dies würde auch die Zusammenarbeit internationaler Sicherheitsbehörden erleichtern, die stets vor bürokratischen Hürden, wie der Anpassung internationaler Statistiken aufgrund mangelnder Definitionen oder Einschränkungen durch den Datenschutz, steht.

Autorin und Autor:

Nauel Semaan ist Referentin für „Terrorismusbekämpfung“ bei der Konrad-Adenauer-Stiftung. **Steven Bickel** ist Referent für „Innere Sicherheit“ bei der Konrad-Adenauer-Stiftung.

- 2 Fukuyama, Francis 1992: The End of History and the Last Man, New York u. a. 1992.
- 3 Jesse, Eckhard 2018: Grundlagen, in: Ders./Mannewitz, Tom (Hrsg.): Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis, Dresden, S. 51.
- 4 Abay Gaspar, Hande/Daase, Christopher/Deitelhoff, Nicole/Junk, Julian/Sold, Manjana 2018: Was ist Radikalisierung? Präzisierung eines umstrittenen Begriffs, in: PRIF Report (5)2018, S. 3 f.
- 5 Thieme, Tom 2018: Extremismus und Demokratie – Begriffe und Theorien, in: Mannewitz, Tom/Ruch, Hermann/Thieme, Tom/Winkelmann, Thorsten: Was ist politischer Extremismus?, Grundlagen, Erscheinungsformen, Interventionsansätze, Frankfurt/Main, S. 26 f.
- 6 Ebd., S. 28.
- 7 Pfahl-Traughber, Armin 2020: Extremismus aus politikwissenschaftlicher Sicht. Definition, Herleitung und Kritik in Neufassung, in: Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung (1) 2019/2020, S. 8–126.
- 8 Backes, Uwe/Jesse, Eckhard 1993: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, 272), Bonn, S. 40.
- 9 Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat: Lexikon, in: https://www.bmi.bund.de/DE/service/lexikon/functions/bmi-lexikon.html?cms_lv2=9391128 [18.10.2021].
- 10 Pfahl-Traughber 2020, N. 6, S. 12.
- 11 Backes, Uwe 2020: Rechtsextremistische und rechtsterroristische Gewalt in Europa, Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), 22.12.2020, in: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/324955/rechtsterrorismus-in-europa> [18.10.2021].
- 12 Fürstenau, Marcel 2021: Horst Seehofer: „Rechtsextremismus ist die größte Bedrohung“, Deutsche Welle, 4.5.2021, in: <https://www.dw.com/de/horst-seehofer-rechtsextremismus-ist-die-gr%C3%B6%C3%9Fte-bedrohung/a-57416232> [01.11.2021].
- 13 Backes, Uwe 2020: Rechtsextremistische und rechtsterroristische Gewalt in Europa, Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), 22.12.2020, in: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/324955/rechtsterrorismus-in-europa> [18.10.2021].
- 14 Ebd.
- 15 Enzmann, Birgit 2018: Demokratischer Verfassungsstaat als Widerpart des Extremismus, in: Extremismus und Demokratie – Begriffe und Theorien, in: Mannewitz, Tom/Ruch, Hermann/Thieme, Tom/Winkelmann, Thorsten (Hrsg.): Was ist politischer Extremismus? Grundlagen, Erscheinungsformen, Interventionsansätze, Frankfurt/Main, S. 60–70.
- 16 Grumke, Thomas/van Hüllen, Rudolf 2019: Der Verfassungsschutz, Grundlagen. Gegenwart. Perspektiven?, 2. Aufl., Berlin/Toronto, S. 15.
- 17 Ebd.
- 18 Ebd., S. 13.
- 19 Thieme 2018, N. 4, S. 19.
- 20 Jesse, Eckhard 2018: Grundlagen, in: Jesse, Eckhard/Mannewitz, Tom (Hrsg.): Extremismusforschung, Handbuch für Wissenschaft und Praxis, Dresden, S. 44.
- 21 Ebd.

Populismus und Elitenverachtung

Zuhören als Haltung

Stefan Hofmann

Politikverdrossenheit und Elitenverachtung sind längst keine Randerscheinungen mehr. Das Verhältnis zwischen dem Staat und seinen Bürgerinnen und Bürgern hat sich radikal verändert und bedarf deshalb neuer Formen der Legitimation. Die repräsentative Demokratie ist mehr denn je auf einen fruchtbaren Austausch zwischen Politik und Bevölkerung angewiesen. Wer behauptet, verantwortlich für die derzeitigen Missstände seien allein die Bürgerinnen und Bürger, verkennt die Verantwortung der Politik.



Der Krieg als Bindemittel? Angesichts des russischen Überfalls auf die Ukraine und des damit verbundenen Zusammenrückens vieler demokratischer Staaten keimt bei manch einem die Hoffnung auf, Europa könne viele trennende Zwistigkeiten hinter sich lassen. Diese Hoffnung könnte aber auch verfrüht sein, denn Populismus und Elitenverachtung haben sich in den vergangenen Jahrzehnten nicht nur in Deutschland, sondern weltweit in vielen etablierten Demokratien festgefressen, erst ganz langsam, dann jedoch mit zunehmender Vehemenz.

Politikverdrossenheit, Wutbürgerinnen und Wutbürger, Querdenkerinnen und Querdenker, in vielen Facetten erleben wir Phänomene der Distanzierung wachsender Bevölkerungsgruppen von repräsentativen Entscheidungsmustern und deren Vertreterinnen und Vertretern. Die Corona-Krise wirkt als Brandbeschleuniger für einen Konflikt, der um die Legitimität von Entscheidungsverfahren und Diskursmustern entbrannt ist. Die Auseinandersetzung wird von jenen instrumentalisiert, denen der freiheitliche, demokratische Rechtsstaat ohnehin ein Dorn im Auge war. Wir erleben Momente der Eskalation bis hin zur physischen Bedrohung und Gewalt. Tabubrüche, Beleidigungen, Nötigungen im Bundestag, Ausschreitungen, Morddrohungen und leider auch mehr: Die politische Kultur steht heute spürbar unter Druck!

Zwei Risiken für die Demokratie

Für die Demokratie entstehen zwei Risiken. Zum einen wächst die Unversöhnlichkeit zwischen den jeweiligen Lagern – ob beim Umgang mit Geflüchteten, bei der Impfpflicht oder sogar innerparteilich bei der Entscheidung zwischen Kandidatinnen und Kandidaten für politische Ämter. Der vom Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel als vital erkannte „nichtkontroverse Sektor“²² über die Legitimität von Entscheidungswegen und die Eskalationsgrenze politischer Diskurse schmilzt ab. Politischer und gesellschaftlicher Zusammenhalt nehmen ab. Es kommt zu einer schleichenden Delegitimierung repräsentativer Entscheidungsverfahren.

Zum anderen sinkt für viele die Attraktivität eines aktiven politischen Engagements. Kaum eine Politikerin, kaum ein Politiker, die oder der nicht harten Anfeindungen ausgesetzt ist. Viele fragen sich bei der Überlegung über ein politisches Engagement: „Will ich mich dem aussetzen?“ Damit setzt sich potenziell eine Negativspirale in Gang. Zugespitzt: Nur die „Hartgesottene(n)“, die Konflikte gut aushalten, aber nicht zwingend gut moderieren können, streben langfristig – so die Hypothese – noch in die Politik. In der Folge könnte der politische Dialog zwischen politischer Führungselite und Bürgerschaft an Empathie (weiter) verlieren. Eine andere Vermeidungsstrategie für eskalierende Konflikte ist die Flucht vor persönlicher Exposition durch inhaltliche und öffentliche Positionierung in eine Form der (vermeintlich) rein sachbezogenen Expertenpolitik. Auch das mit absehbar pro-

blematischen Konsequenzen, da Politik am Ende immer ein Abwägen zwischen konkurrierenden Werten und Optionen ist. Diese Dilemmata können nur erklärt, selten aufgelöst werden. Das bedeutet am Ende Positionierung und damit Angreifbarkeit.

Vier Faktoren für Entfremdung und Distanzierung

Die Ursachen dieser zumindest in Teilen stattfindenden Distanzierung und Entfremdung zwischen Bürgerinnen und Bürgern und deren gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten sind diffus. Vier Faktoren scheinen relevant.

Faktor 1: Agoraphobie und Klaustrophobie

Die Phänomene von Pluralisierung der Lebensstile und Individualisierung nach einer Phase des Aufatmens in den 1980er-Jahren, in denen immer mehr Menschen das Joch vorgegebener Lebensentwürfe abwarfen, scheinen für manche in einer Art Agoraphobie, einer Angst vor der Orientierungslosigkeit des weiten Raums zu münden. Die Qual der Wahl des eigenen Lebensentwurfs geht mit der Beklommenheit einher, nicht das Optimum aus dem eigenen Leben herauszuholen. Diese Angst sucht nach einem Auslöser, einem Grund, einer Ursache. Aus diesem Gefühl von Hilflosigkeit entsteht nicht selten Wut. Diese entlädt sich an eher zufällig ausgewählten Sündenböcken: Flüchtlingen, „Ausländerinnen“ und „Ausländern“, religiösen und sexuellen Minderheiten.

Nicht für alle mündete die Pluralisierung in Angst vor der Weite. Ein anderer Teil der Bürgerschaft verschob für sich die Grenzen gesellschaftlicher Konvention immer weiter und entwickelte ein Freiheits- und Individualitätsverständnis, das sich ungern von jedweder Autorität einschränken lässt. Dies wäre eine Erklärung für die zunehmenden Angriffe auf Angehörige von Organisationen, die für das Gemeinwesen und dessen stabilen Rahmen stehen: Polizei, Feuerwehr, Rettungskräfte – und natürlich Politikerinnen und Politiker. Autorität, einst Ausdruck des Geregelteten und Geordneten, wird generell angezweifelt. Als extreme und vielleicht in den vorgenannten Kategorien hybride Form erscheinen dann auch selbsternannte Reichsbürger, die sich offenbar in eine vermeintlich geordnetere Welt zurückwünschen, die es jedoch nicht mehr gibt – und wohl auch nie gegeben hat.

Faktor 2: Angst vor Kontrollverlust

Damit verbunden ist eine in ihrer Ursache kaum konkretisierbare Angst vor Kontrollverlust, die viele Menschen womöglich beschleicht. Es sind Veränderungen, die latent, langsam und damit nicht selten – wie es der Soziologe Ulrich Beck einst treffend formulierte – „unterhalb der Aufmerksamkeitsschwelle“²³ geschehen. Einen Beigeschmack von Bedrohlichkeit und Unbeherrschbarkeit haben zum Beispiel technologische Revolutionen, der Klimawandel, die Veränderung von Rollen- und Familienbildern, ökonomische Fragen²⁴, das Ende der Souveränitätsfiktion in einer multilateralen und konkurrierenden Welt, der kulturelle Wandel und die offene Frage nach nationaler, sexueller, religiöser und kultureller Identität mit der damit einhergehenden Sorge vor dem Verlust von Zugehörigkeit, um nur die sichtbarsten Elemente zu nennen. In unserer Gesellschaft drohen sich zwei Gruppen voneinander zu distanzieren: jene Gruppe, die den Wandel (auch) als Bedrohung sieht, und jene, die ihn als Fortschritt und Ausdruck von Freiheit begrüßt.

Ein modernes Beispiel: die Dichotomie von *Somewheres* und *Anywheres* als Lebenshaltung²⁵. Für die *Somewheres* scheint die Zugehörigkeit zu einer Region, zu einem Kulturkreis, ja zu einem Dialekt oder einer Ernährungstradition essenziell zur Selbstvergewisserung der eigenen Identität. Für die *Anywheres* sind die traditionellen Zugehörigkeiten zugespitzt formuliert nichts als Fesseln, die es abzulegen gilt. Sie befriedigen ihren Wunsch nach Zugehörigkeit, der dem Menschen als *zoon politicon* innezuwohnen scheint, mit dem Aufbau von Verbindungen zu einem breiten Portfolio an möglichen Identitäten.

In unserer Gesellschaft drohen sich zwei Gruppen voneinander zu distanzieren: jene Gruppe, die den Wandel (auch) als Bedrohung sieht, und jene, die ihn als Fortschritt und Ausdruck von Freiheit begrüßt.

Faktor 3: Die Falle der Rationalität

Es ist gerade der Versuch der Politik, das Unvorhersehbare und den Wettstreit miteinander konkurrierender Werte in rationalen Bahnen zu bearbeiten. Das meist nicht sichtbare Abwägen, Austarieren und das Begründen des Unbequemen fördern ohne komplementäre, empathische Kommunikation die Distanzierung von Regierten zu Regierenden. Das Dilemma, in dem sich politisches Entscheiden oftmals befindet, findet keinen Ausdruck und bleibt damit unverständlich. Dies geschieht womöglich, weil Empathie als Führungsschwäche (fehl)interpretiert werden könnte.

Gerade in Corona-Zeiten offenbart sich, wie fatal dieses Vorgehen wirkt. Das Virus mit seiner Unberechenbarkeit hat auch hierzulande sehr viele Menschen verunsichert. Maske, Lockdown, Schulschließungen, Impfpflicht – manchmal ist es gut, wenn Politik Entschlossenheit demonstriert, um Ängste einzuhegen. Wenn der wissenschaftliche Erkenntnisgewinn aber dazu führt, dass die klaren Ansagen („Impfen schützt vor Infektion“) in atemberaubender Geschwindigkeit zu Makulatur werden („Nur per Impf-Boost verringern wir das Gefährdungspotenzial einer dennoch möglichen Ansteckung“), schwindet das Vertrauen in politische Entscheidungsträgerinnen und -träger. Wer von vornherein kommuniziert, dass angesichts der Lage auf Sicht gefahren werden muss, riskiert deutlich weniger, dass das empfindliche Vertrauen zwischen Regierenden und Regierten beschädigt wird.

Es gibt drei Strategien, die ohne begleitende Kommunikation allesamt in die Irre führen können: Handeln, Abtun, Ignorieren.

Handeln: Antwortet Politik mit Handeln – mehr Polizei, mehr Abschiebungen –, wundern sich deren Protagonisten regelmäßig, dass der beschwichtigende Effekt ausbleibt. Im Privaten ein bekanntes Phänomen: etwa bei der Begegnung zweier Menschen, von denen der eine von seinen Sorgen berichtet, der andere umgehend mit Lösungsvorschlägen kommt. Wir alle wissen aus dem privaten Leben: Das geht meistens schief. Nichtsdestotrotz kann Handeln die richtige Strategie sein, um in Krisen Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Das Handeln ist dann aber – Beispiel „Abwrackprämie“ in der Finanz- und Wirtschaftskrise – mehr ein psychologisches Instrument als eine volkswirtschaftlich kohärente Maßnahme.

Abtun: In den Wahlkreisen konfrontieren Bürgerinnen und Bürger ihre Abgeordneten regelmäßig mit eigenen Sorgen, Anliegen oder Vorschlägen. Nicht selten werden dabei ihre Sorgen als unberechtigt, ihre Anliegen als nebensächlich, ihre Lösungsvorschläge als unrealistisch abgetan. Sachlich kann dies mitunter richtig sein, verstärkt allerdings das Gefühl von Hilflosigkeit und eigenem Kontrollverlust, das sich, wie oben dargestellt, aus vielen Quellen nährt. Wertschätzung gegenüber denen, die mitdenken, die sich mitteilen und die ihren Repräsentantinnen und Repräsentanten vertrauen, ist neben der rein faktenbasierten Kommunikation ein wichtiger emotionaler Anker im Dialog. Schließlich ist die Wahl einer Volksvertretung nicht nur das zeitlich befristete Übertragen von Souveränität, sondern ist auch eng an das Vertrauen für den verantwortungsvollen Umgang mit dieser Macht geknüpft.

Ignorieren: Zugleich erlebten wir Beschwichtigungsversuche durch das kommunikative – und manchmal auch durch Nicht-Handeln unterlegte – Ignorieren anstehender Veränderungsprozesse (Energiewende, Strukturwandel gerade in der Automobilindustrie, Vielfalt der Lebensentwürfe). Schlimmer noch: Passt die sich verändernde Realität nicht ins eigene Weltbild, erfolgt das Brandmarken von Politik etwa als „Linksrutsch“, wenn sie auf gesellschaftlichen Wandel reagiert. Wäre es nicht viel besser, offene Fragen, Probleme und Zielkonflikte zu benennen, auch wenn noch keine Lösung auf der Hand liegt? Das wäre etwa 2015 im Zuge der Flüchtlingskrise ein probater Weg gewesen: Von vornherein zu benennen, dass Deutschland und Europa zwar humanitäre Hilfe leisten müssen, dabei aber auch traumatisierte, verrohte oder schlecht ausgebildete Menschen ins Land gelangen, die nicht leicht zu integrieren sind. Stattdessen lag (auch aus Sorge vor latenter Xenophobie in Teilen der Bevölkerung) der kommunikative Fokus auf den demografischen Vorteilen für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Spätestens nach der Kölner Silvesternacht schlug das Pendel dann um. „Dosierte Realität“ weckt Misstrauen. Beschwichtigung gelingt in der Regel nur kurzfristig, die Wucht der anschließenden Enttäuschung ist umso größer.

Nicht alle genannten Strategien sind per se falsch. Sie funktionieren jedoch selten ohne das Adressieren der in der Bürgerschaft vorhandenen Ängste und Gefühle.

Faktor 4: Veränderungen der Medienwelt

Letztlich tragen auch die Veränderungen der kommunikativen Kulturen in der Vielfalt der Medien mitunter zu einer problematischen Emotionalisierung bei, die in den klassischen Kommunikationsformen rational ausgerichteter Politik keine Entsprechung finden. Zu diesen Veränderungen zählt der Wegfall der *Gatekeeper*-Funktion, die einst der Journalismus in einer überschaubaren Vielfalt von Presseerzeugnissen ausübte, durch die Offenheit des Internets in der Vielfalt der sogenannten sozialen Medien. Jede und jeder kann alles schreiben und publizieren, es entstehen neben seriösen, kritischen Informationen auch Filterblasen, deren Reichweite durch emotionale Aufheizung und inhaltliche Radikalisierung wächst. Die einstigen, für die Höhe der Anzeigenpreise relevanten Mediadata nach Auflagenstärke, Verbreitungsgebiet und Einschaltquote wurden zumindest zeitweise durch Klickraten ersetzt. Durch die Veränderungen der Geschäftsmodelle in den 2010er-Jahren weg von stärker abonnementbasierten, linearen Medien hin zum werbefinanzierten Online-Medium benötigte Rentabilität entsprechenden Traffic. Der Fachbegriff: *Clickbaiting*. Und die begehrten Klicks gibt es mehr für Emotionen als für nüchterne Fakten. Das Motto „Only bad news are good news“ gilt weiter, ist aber auf der Transrapid-Strecke des Internets ohne *Gatekeeper* und Lokführer immens beschleunigt. Eine Tendenz, der sich auch private und öffentlich-rechtliche Qualitätsmedien kaum entziehen können. Selbst diejenigen, die diese Medien reflektiert produzieren oder konsumieren,

können sich der Polarisierung ihres Umfelds nicht entziehen. Unser Gehirn ist überdies darauf ausgerichtet, Informationen, die ein Risiko beinhalten könnten, prioritär zu verarbeiten. Gewissermaßen wirkt das Säbelzahn-Warnsystem in uns bis heute fort.

Kurzum: Das Zusammenspiel von werbebasierten Geschäftsmodellen, sozialen Medien und der Technologie von Algorithmen hat eine polarisierende Eskalationsspirale in Gang gesetzt, deren Tragweite trotz der vorhandenen Reflexion erst langsam in der politischen Kommunikation gesehen, der bisher aber noch nicht begegnet wird. Brauchen wir vielleicht eine Form kommunikativen Abrüstens beim Triggern von Argwohn und Misstrauen gegenüber der Politik auch auf Seiten von Qualitätsmedien?

Ein Lösungsversuch und zwei Probleme

Viele erinnern sich an die Versuche, diesen Phänomenen, die sich vor allem in der Ausbildung einer rechtspopulistischen Partei in Deutschland manifestierten, durch Übernahme von deren Themen und manchmal auch Kommunikationsformen entgegenzuwirken. „Klare Kante“, scharfe Töne in der Migrationspolitik auch aus Teilen der politischen Mitte, das Setzen auf einen (nicht selten auch wirklich notwendigen) „starken Staat“. Nicht nur innerhalb der Unionsfamilie wurde versucht, das Protestpotenzial der Wählerinnen und Wähler, die sich massiv von den etablierten Parteien abwandten, dadurch aufzufangen, dass die „Lösungsvorschläge“ der Partei AfD, die auf dieser emotionalen Welle schwamm, aufgegriffen wurden.

Daraus entstanden, so die hier zur Diskussion gestellte These, zwei Probleme.

Problem 1: Es geht den Betroffenen nicht originär um die Lösung von (gern aufgebauchten) konkreten Anliegen. Es geht vielmehr darum, durchaus berechtigte, aber nicht zwingend in toto lösbare Ängste und Sorgen überhaupt als verständlich und legitim anzuerkennen, sie zu benennen und deren Bedrohlichkeit durch die Behandlung im öffentlichen und politischen Diskurs zu reduzieren.

Problem 2: Durch das Reagieren auf Protest, also die Anerkennung eines vermeintlich sachlich begründeten Ursache-Wirkungs-Zusammenhangs, wird eine Kategorie von Emotionen getriggert, die sich sehr schwer wieder einfangen lässt. Salopp gesagt: Interessierte Gruppen deklarieren die Mücke zum Elefanten. Und die Politik reagiert, als gäbe es den Elefanten tatsächlich. Befinden sich Menschen erst einmal in der Empörung und Polarisierung, gelingt es immer weniger, sie kommunikativ und argumentativ zu erreichen.

Gelebte Authentizität, Achtsamkeit und Empathie

Die Emotion gehört zu uns Menschen viel stärker, als uns mitunter bewusst ist. Von Sigmund Freud und anderen stammt das Eisberg-Modell, das auf den überwiegenden Anteil nichtrationaler (aber deswegen nicht antirationaler) und im vernunftfixierten Diskurs übersehener Determinanten in kommunikativen Situationen hinweist. Dies aufgegriffen haben verschiedene Politikerinnen und Politiker. „Politik des Gehört-Werdens“ nannte es Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann. Aber auch Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer verdankt seine Position nicht zuletzt seinem Ruf als wertschätzender Kommunikator. Wichtig ist: Nicht das Postulieren von Authentizität, Achtsamkeit und Empathie zählt – sie wollen (vor-)gelebt werden.

Daraus entstehen drei Aufgaben mit strukturellen, persönlichen und inkludierenden Elementen. Sie eint das Motto „Statt die da oben einer von uns.“

Aufgabe 1: Die Empathiefähigkeit von Organisationen wächst durch deren personelle Heterogenität. Je vielfältiger eine Organisation in ihrem Inneren ist, desto mehr Andockstellen zu ihrem gesellschaftlichen Umfeld finden sich. Zugleich nehmen sie gesellschaftliche Differenzierung in ihre inneren Entscheidungsprozesse mit auf. Volksparteien müssen erkennen, dass ihre internen Rekrutierungsmechanismen dazu tendieren, nicht immer zeitgemäße gesellschaftliche Muster auch über den Wandel hinaus zu fixieren. Finden beispielsweise Frauen oder Migranten den Weg in Kreisvorstände und auf Wahllisten? Wie groß sind die Chancen für jene mit Potenzial, die aber noch keine „Ochsentour“ im Kreisverband absolviert haben? Achten Parteien bei der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten mehr auf lokale und intern begründete Proporze als auf das Spiegeln gesellschaftlicher Vielfalt? Handeln sie „aufsuchend“ bei der Annäherung an Religionsgruppen, Vereine, Bevölkerungsgruppen und soziale Organisationen? Sind sie bereit, Außenseitern einen Sprung von außen in die eigenen Listen zu gestatten? Nur wem es gelingt, ein vielseitig anschlussfähiges Angebot zu machen, stellt sich dauerhaft zukunftstauglich auf. Andernfalls wird der Teich, in den der Köder ausgeworfen wird, absehbar kleiner.

Aufgabe 2: Auch die beste Fachpolitikerin oder der beste Fachpolitiker kommt dauerhaft nicht ohne die echte, empathische Begegnung mit ihrer oder seiner Wählerschaft aus. Das bedeutet nicht nur Zuhören als Ritual, sondern als eine Haltung, sich den unterschiedlichsten Menschen und ihren Anliegen mit der Bereitschaft zu widmen, auch ihren Blickwinkel – so krude er auch manchmal scheinen möchte – einzunehmen und auf diese Perspektive kommunikativ zu reagieren. Dabei ist auch Abgrenzung möglich. Extremistische Thesen soll und darf niemand dulden. Aber die Erörterung der Frage, was Menschen in die Arme offensichtlich übelmeinender Demagogen

treibt, ist ein brauchbarer Kompass und hilft gegen die Flucht in eine Moral, die nicht dem Gemeinsinn, sondern als Waffe dient.

Aufgabe 3: Ambition, Durchsetzungsfähigkeit und manchmal auch Ellenbogenmentalität sind wahrscheinlich notwendige Eigenschaften, um im politischen Geschäft bestehen zu können. Noch wichtigere Selektionskriterien für das Spitzenpersonal sind jedoch Empathiefähigkeit, Nahbarkeit, Authentizität und Glaubwürdigkeit. Nur mit ihnen schließt sich die emotionale Lücke zwischen Regierenden und Regierten. Rein fachliche Kompetenz und Fähigkeiten von Management und Projektsteuerung sind wichtig. Diese werden auch erwartet. Ohne die genannten Soft Skills und Teamfähigkeit werden es aber politische Repräsentantinnen und Repräsentanten zunehmend schwer haben. Es könnte also empfehlenswert sein, Soll-Profile aufzustellen und sie mit den tatsächlichen Profilen zu vergleichen, um die Intuition der Rekrutierenden – zum Beispiel bei einem Wahlparteitag – durch ein reflektierendes Instrument anzureichern.

Fazit: Nicht jede und jeder ist in der Lage, authentisch mit der gesamten Vielfalt von Bevölkerungsgruppen zu kommunizieren. Das kann nur, wer die Vielfalt als Stärke begreift und gegen allen Widerstand der medialen Öffentlichkeit den Mut hat, auch eigene Lücken und Fehler einzugestehen.

Autor

Dr. Stefan Hofmann leitet das Bildungsforum Baden-Württemberg der Konrad-Adenauer-Stiftung.

- 22 Fraenkel, Ernst 1991: Deutschland und die Westlichen Demokratien, Berlin.
- 23 Beck, Ulrich 1983: Jenseits von Stand und Klasse? Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten, in: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten, Göttingen, S. 40.
- 24 Beispielsweise ein gefühlter Souveränitätsverlust durch den nicht mehr national kontrollierten Euro; der ungewollte Abschied vom Sparbuch als einstigem Sym-

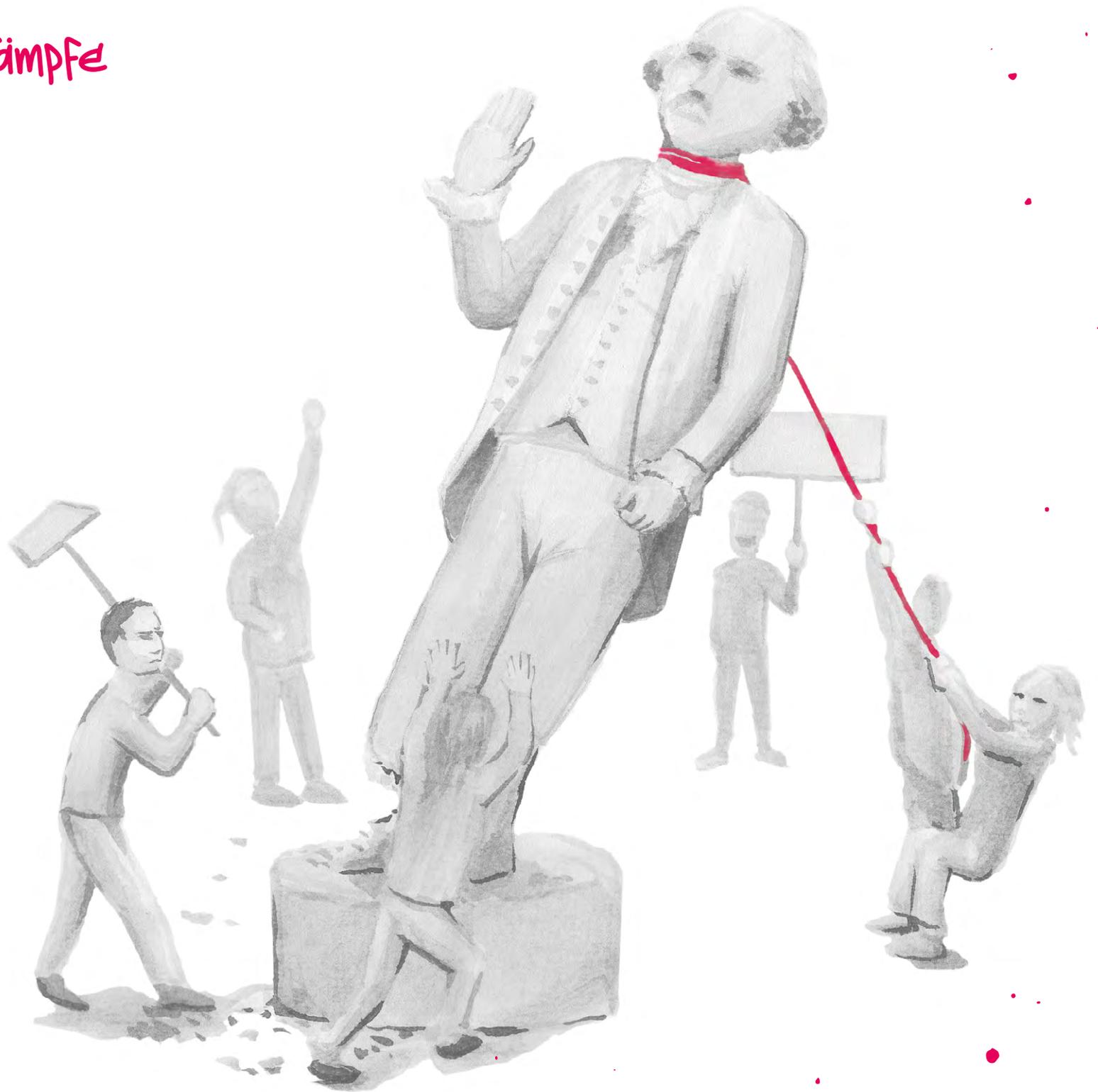
- bol finanzieller Sicherheit und Solidität; das Ende des Aufstiegsversprechens als Narrativ der Bundesrepublik bis in die 1990er-Jahre.
- 25 Zur Begriffsklärung u. a. Horx, Mathias 2018: Somewheres & Anywheres. Stadt gegen Land, Heimatverbundene gegen Kosmopoliten – Gibt es einen neuen Klassenkampf entlang der Urbanisierungsfrage? Über die Irgendwos und die Dagebliebenen, in: <https://www.zukunftsinstitut.de/artikel/wohnen/somewheres-anywheres/> [23.01.2022].

Polarisierung und neue Kulturkämpfe

Der Guerillakrieg der Wokeness

Matthias Oppermann

Wer Kulturkämpfe für aus der Zeit gefallen hält, irrt. Auch in den gegenwärtig geführten identitätspolitischen Debatten geht es längst nicht mehr um den sachlichen Austausch von Argumenten, sondern um die Verbannung unliebsamer Perspektiven aus dem politischen Diskurs. Die Gefahren der dabei entstehenden Dynamiken für den demokratischen Zusammenhalt werden jedoch systematisch unterschätzt und kleingeredet.



Niemand kann sagen, Nicolas Sarkozy habe dem Zusammenhalt der französischen Gesellschaft geschadet. Natürlich wurde und wird es trotzdem behauptet. Er habe polarisiert, indem er Probleme überzeichnet habe, heißt es dann. Oder dass er durch rhetorische Zuspitzungen die Stimmung angeheizt habe. Tatsächlich hat er sich vor allem in den Präsidentschaftswahlkämpfen von 2007 und 2012 nicht zurückgehalten, wenn es darum ging, Fehlentwicklungen anzusprechen. Aber es ist eine eingeübte Taktik der politischen Linken, „Brandstifter“ zu rufen, wenn jemand darauf hinweist, dass das Haus in Flammen steht. Dabei hat Sarkozy, als er 2007 für das Amt des Präsidenten der Französischen Republik kandidierte, einfach Themen aufgegriffen, die jene *France profonde* bewegten, gegen die kein französischer Politiker regieren kann. Den Präsidentschaftswahlkampf bestritt er mit zwei großen Themenkomplexen: mit dem Versprechen liberaler Reformen, die Frankreich wirtschaftlich wieder aufrichten sollten, und dem Bekenntnis zur Verteidigung der nationalen Identität.

Sarkozy setzte das republikanische Modell Frankreichs gegen den Zerfall der Gesellschaft in sich voneinander abgrenzende „Identitäten“. In einer Rede vom 30. März 2007 sagte er: „Ich will, dass die Identität eines jeden Einzelnen respektiert wird. Ich will, dass niemand seine Herkunft, seine Geschichte, seine Kultur vergisst, weil ich glaube, dass Unterschiede eine Bereicherung sind. Aber ich will, dass die Einwanderungspolitik an die Integrationspolitik gebunden ist. Und was ist eine gelungene Integration, wenn nicht das Gefühl, sich ganz und gar als Franzose zu fühlen? [...] Am 22. April und 6. Mai werden die Franzosen zwischen der Einheit Frankreichs, die auf dem Prinzip der Gleichheit beruht, und dem Kommunitarismus zu wählen haben. [...] Ich lehne den Kommunitarismus ab, der den Weg zum Stammesrecht und zur Gewalt öffnet.“²⁶

Mit „Kommunitarismus“ ist in Frankreich nicht die Strömung der politischen Philosophie gemeint, die die gemeinschaftliche Gebundenheit des Individuums hervorhebt, sondern der Zerfall der nationalen Gemeinschaft in Parallelgesellschaften, die ihren eigenen Regeln folgen. Sarkozys Stellungnahme gegen diesen „Kommunitarismus“ zielte darauf, einem dauerhaften Konflikt zwischen der französischen Mehrheitsgesellschaft und den Vertreterinnen und Vertretern eines radikalen Islam einen Riegel vorzuschieben. Sarkozy wollte keinen Kulturkampf zwischen der Republik und dem politischen Islam.

Ein neuer „Kommunitarismus“

Heute bedroht ein neuer „Kommunitarismus“ nicht nur Frankreich, sondern den gesamten liberalen Westen. Nur, dass die Vertreter des neuen „Kommunitarismus“ nicht in Moscheen predigen, sondern an den Universitäten und in den Medien. Gemeint ist der Kampf der aus den Vereinigten Staaten in andere Länder des

Westens importierten linken Identitätspolitik, der Woke-Kultur, gegen die als strukturell „oppressiv“, „rassistisch“ und „sexistisch“ wahrgenommenen pluralistischen Gesellschaften.

Seit einigen Jahren ist der Begriff *identity politics* auch in Europa gebräuchlich. Der Begriff wurde nachweislich erstmals im Umfeld schwarzer lesbischer Frauen in den USA verwendet, hat seine Ursprünge aber in der *New Left* der 1960er-Jahre. Es geht dabei darum, sensibel für tatsächliche oder vermeintliche Benachteiligungen von Frauen oder ethnischen beziehungsweise geschlechtlichen Minderheiten zu sein. Aus dieser Sensibilität – der Wokeness – folgen dann bestimmte politische Forderungen.

Das Wesen linker Identitätspolitik

Aus der Herstellung von Identität auf Basis einer kollektiven Diskriminierungserfahrung wird die Forderung nach einem Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse abgeleitet. Die gesellschaftlichen Verhältnisse werden mit den Begriffen von Macht und Ohnmacht beschrieben, die Zugehörigkeit zu einem Geschlecht oder zu einer Ethnie wird als entscheidend für den Status jedes Angehörigen einer bestimmten Gruppe in der Gesamtgesellschaft interpretiert.

Die Mehrheitsgesellschaft, das heißt der angeblich durch bestimmte Merkmale privilegierte Teil einer Bevölkerung, soll sich seiner Machtstellung bewusst werden und sich für die Beseitigung der Unterschiede einsetzen. Ein wirkliches Bewusstsein für die Lage der Minderheiten kann der Privilegierte aus der Sicht der Vertreterinnen und Vertreter der Identitätspolitik freilich nicht entwickeln, da er dazu selbst zu der Gruppe gehören müsste, um die es jeweils geht. Als Mittel des Abbaus von Benachteiligungen gelten zum Beispiel Förderprogramme, Quoten und Stipendien für Angehörige bestimmter Ethnien, aber auch die Vermeidung von Handlungen und Ausdrucksweisen, die die eine oder andere Minderheit als diskriminierend empfinden könnte.

Kritiker der Identitätspolitik werfen ihren Vertreterinnen und Vertretern vor, eine vollständige Transformation der Gesellschaft anzustreben, indem sie die als Unterdrückungsgeschichte eines Landes empfundene Vergangenheit im kollektiven Gedächtnis auslöschen will. Dies zeige sich zum Beispiel an der Forderung, Denkmäler zu entfernen oder Straßen umzubenennen. Es sei zudem ein massiver Angriff auf die Meinungsfreiheit, wenn Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler daran gehindert würden, an Universitäten oder in anderen Kontexten Ansichten zu äußern, die von dem abwichen, was die Vertreterinnen und Vertreter der Wokeness für korrekt und akzeptabel hielten. Kritiker sprechen daher von einer Cancel Culture.

Gefahr für die liberale Demokratie

Es ist ein Paradoxon der Identitätspolitik, dass ihre Verfechterinnen und Verfechter, ausgehend von einem eigenwillig verstandenen politischen Liberalismus, nach einem Höchstmaß an Freiheit für das Individuum streben, dieses Individuum aber gleichzeitig auf ein kollektives Identitätsmerkmal festlegen, das über dem Versprechen von Individualität steht. Armin Nassehi spricht in diesem Zusammenhang davon, dass die Bildung einzelner „Kollektivitäten“²⁷ innerhalb der politischen Gemeinschaft das Potenzial für eine Polarisierung bietet, die sich bis zu einer Art Kulturkampf verschärfen kann.

Der Begriff der „Identität“ wird nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa und vor allem in Frankreich traditionell von der radikalen Rechten besetzt. Das gilt vor allem für die verschiedenen Gruppierungen, die unter den Sammelbegriff Identitäre Bewegung gefasst werden. Die Identitäre Bewegung verfolgt das Ziel einer ethnisch homogenen Gesellschaft unter Ausschluss aller Bevölkerungsgruppen, die als „fremd“ wahrgenommen werden. Obwohl man die Identitätspolitik der Woke-Bewegung und der Identitären Bewegung keinesfalls gleichsetzen kann, lässt sich doch eine Gemeinsamkeit feststellen: nämlich der Versuch, Menschen auf eine einzige klar umrissene Identität festzulegen, und gleichzeitig allen Menschen, die nicht dieses Identitätskriterium erfüllen, das Recht abzuspriechen, dieses Identitätsmerkmal auch nur verstehen zu können.

Der Begriff der „Identität“ wird nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa und vor allem in Frankreich traditionell von der radikalen Rechten besetzt.

Auf der einen Seite steht die Verabsolutierung einer exklusiven imaginierten ethnischen Gemeinschaft, auf der anderen Seite eine Art Tribalismus, demzufolge die Gesellschaft in voneinander verschiedene Gruppierungen mit jeweils eigenen Rechten zerfällt. Beides ist mit dem Freiheitsversprechen der liberalen Demokratie unvereinbar. Der Antagonismus beider Bewegungen verstärkt außerdem das Risiko eines Kulturkampfes, der auf der einen Seite an der Mitte der Gesellschaft vorbeigeht, sie auf der anderen Seite aber erheblich beeinträchtigt.

Wo stehen wir?

Gleichwohl stehen sich in diesem Konflikt nicht zwei festgefügte monolithische Blöcke gegenüber. Die von Richard Nixon beschworene „schweigende Mehrheit“, die wirklich existiert, äußert sich nicht. Warum sollte sie auch? Wokeness und *identity politics* sind die Sache militanter Aktivistinnen und Aktivisten. Schauplätze ihres Wirkens sind in den Vereinigten Staaten in erster Linie die längst zur Domäne der Linken gewordenen Eliteuniversitäten und die Medien. Die Vertreter der Woke-Kultur agieren an geschützten Orten, an denen sie unmittelbar Einfluss ausüben und durch ein Klima der Einschüchterung einen Konformismus in ihrem Sinne herstellen können. Auf diese Weise haben sie die linksliberale Elite des Landes so stark beeinflusst, dass sich nun schon die Wirtschaft ihren aufgestellten Regeln unterwirft. Nicht aus Überzeugung, sondern um keine Kunden zu verlieren.

Insofern sind die linksidentitären Aktivistinnen und Aktivisten so etwas wie Kämpfer in einem Guerillakrieg für die vermeintlich gute Sache der Wokeness – äußerst erfolgreiche Guerilleros, muss man sagen. Wegen dieses Erfolgs – der Medienpräsenz und der Beeinflussung von Unternehmen – und aufgrund der Tatsache, dass der Konflikt mittlerweile auch die Schulen erreicht hat, geht er die gesamte Gesellschaft an. Der amerikanische Kulturkampf ist, dem demokratischen Charakter der Gesellschaft entsprechend, ein umfassendes Phänomen.

Es sollte niemanden beruhigen, dass die Revolutionärinnen und Revolutionäre der Wokeness in Europa bislang nicht denselben Erfolg hatten. Schon jetzt hat der Import des Konflikts zu ähnlichen kulturellen und gesellschaftlichen Phänomenen wie in den USA geführt: zum Aufeinanderprallen einer sich erweckt fühlenden Avantgarde in Wissenschaft, Medien und Politik, die die menschliche Natur neu erfinden will, und den Verteidigern traditioneller „Werte“. In Stadtverwaltungen kursieren Listen unliebsamer Personen, deren Namen von Straßenschildern verschwinden sollen. Wie in den USA gilt dabei weder die Unschuldsvermutung, noch werden wirklich Sachargumente gesammelt. In München-Schwabing hat es sogar Erich Kästner auf solch eine Liste geschafft.²⁸ Die zeitgenössischen Bilderstürmerinnen und Bilderstürmer verübeln ihm wohl, dass er während der Zeit der nationalsozialistischen Tyrannei nicht ins Exil, sondern in die innere Emigration ging.

Auf der Gegenseite werden – nicht immer ganz zutreffend – die Auswirkungen einer Cancel Culture in Wissenschaft und Medien beklagt oder mit Verve gegen den Genderstern gekämpft. Letzterer ist mittlerweile in Verlautbarungen von Unternehmen ebenso zu finden wie in der Berliner Senatsverwaltung, an vielen Schulen, Universitäten oder sogar auf Bekanntmachungen in Hausarztpraxen. Man kann wohl nicht voraussetzen, dass immer verstanden wird, welches ideologische Konzept hinter dem Sternchen steckt. Außerdem können seine Verfechter nicht ausschließen, dass er mitunter ironisch gesetzt wird, was tatsächlich passiert. Hier wäre deshalb Gelassenheit besser als die Pose des Kulturkämpfers. Mit Edmund Burke könnte man

sagen: „The individual is foolish; the multitude, for the moment, is foolish, when they act without deliberation; but the species is wise, and, when time is given to it, as a species it always acts right.“²⁹ Insofern besteht Hoffnung, dass der Genderstern im Laufe der Zeit durch sinnvollere, unideologische Schreibweisen verdrängt wird.

Der Auftrag der politischen Mitte

Vertreterinnen und Vertreter der liberal-demokratischen Mitte tun deshalb gut daran, sich nicht in den Kampf zwischen linken und rechten Extremistinnen und Extremisten hineinziehen zu lassen, aber dort einzuschreiten, wo sie etwas bewirken können. Dass sich die Mitte in manchen pluralistischen Ländern noch immer zu wehren weiß oder doch nach einer Zeit der Lähmung langsam ihre Wehrhaftigkeit zurückgewinnt, ist zum Beispiel in Großbritannien zu beobachten. Das Land ist nach den Vereinigten Staaten vielleicht am stärksten von den Auswirkungen der Woke-Kultur betroffen. Wer glaubt, an deutschen Universitäten gebe es eine Cancel Culture, sollte einen Blick über den Kanal werfen. Die Zustände haben ein so großes Ausmaß erreicht, dass die konservative Regierung eingegriffen hat. Am 12. Mai 2021 brachte Bildungsminister Gavin Williamson die „Higher Education (Freedom of Speech) Bill“ ins House of Commons ein.³⁰ Zwei Lesungen hat der Gesetzentwurf schon hinter sich, aber noch einen weiten Weg vor sich. Wenn er verabschiedet ist, wird allen Wissenschaftlern und Studierenden, die an einer britischen Universität aufgrund der Äußerung „kontroverser“ Ansichten Nachteile haben, eine Kompensation zustehen. Universitäten und Studierendenvereinigungen, die die Meinungsfreiheit verletzen oder nicht gewährleisten, müssen mit Geldstrafen rechnen.

Auch in Frankreich hat die rechtsliberale Regierung vor einiger Zeit den Forderungen der linken Aktivistinnen und Aktivisten etwas entgegengesetzt: Als Premierminister verfügte der heutige Bürgermeister von Le Havre, Édouard Philippe, schon im November 2017, dass das französische Äquivalent des Gendersterns, der *point milieu*, in administrativen Texten nicht benutzt werden dürfe. Das Rundschreiben stellte gleichzeitig die Gültigkeit des generischen Maskulinums fest, rief aber auch dazu auf, häufiger die maskuline und feminine Form gemeinsam zu nutzen.³¹

Beide Beispiele zeigen, dass es sinnvoll sein kann, wenn Regierungen der Mitte den Ansprüchen der Woke-Kultur vernünftige Regelungen entgegenhalten. Angesichts äußerer Bedrohungen, vor allem durch Russland, China und den islamistischen Terrorismus, kann sich der liberale Westen keinen „Kommunitarismus“ im französischen Sinne des Wortes leisten. Der russische Überfall auf die Ukraine vom 24. Februar 2022 hat auch diejenigen, die es lange nicht sehen wollten, vor Augen geführt, dass die Welt noch immer ein unsicherer Ort ist. Die liberalen Demokratien im Allgemeinen und der Westen im Besonderen werden in diesem Jahrhundert nur überleben, wenn sie willens und in der Lage sind, sich und ihre Interessen zu verteidigen.

Indem die Woke-Kultur einen Keil zwischen verschiedene gesellschaftliche Gruppen treibt, bestärkt sie Tyrannen wie Wladimir Putin in dem Glauben, dass die liberalen Demokratien schwach seien. Die Woke-Kultur untergräbt auf diese Weise das einzige Zivilisationsmodell, das Minderheiten jeder Art Anerkennung und Schutz bietet. Man darf nicht erwarten, dass die neuen Jakobiner diesen Widerspruch erkennen werden. Es ist an der politischen Mitte, es ihnen begreiflich zu machen. Wenn es ihr nicht gelingt, dann sind wir auf dem Weg zu einem ganz anderen Stammesrecht als dem, vor dem Nicolas Sarkozy im Jahr 2007 gewarnt hat. Der Westen müsste es teuer bezahlen.

Autor

PD Dr. Matthias Oppermann ist Leiter der Abteilung Zeitgeschichte und stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste bei der Konrad-Adenauer-Stiftung.

- 26 Sarkozy, Nicolas 2007: Déclaration de M. Nicolas Sarkozy, président de l'UMP et candidat à l'élection présidentielle 2007, sur l'identité nationale, les valeurs d'ordre et l'histoire de la France, le rôle des colons et des harkis en Afrique du Nord, l'école et la „faillite morale“ de la gauche, Nice le 30 mars 2007, Vie publique. Au cœur du débat public, in: <https://www.vie-publique.fr/discours/166397-declaration-de-m-nicolas-sarkozy-president-de-lump-et-candidat-lel> [17.09.2021]. (Vom Verfasser ins Deutsche übersetzt.)
- 27 Nassehi, Armin 2021: Jenseits von Sachfragen. Die Herstellung von Kollektiven als Kern der Polarisierung, Die Politische Meinung 66, 566, S. 33–37, hier passim.
- 28 Scheffler, Martina 2021: Schwabing: Wird die Erich-Kästner-Straße umbenannt?, Abendzeitung, 03.08.2021, in:

<https://www.abendzeitung-muenchen.de/muenchen/stadtviertel/schwabing-wird-die-erich-kaestner-strasse-umbenannt-art-746832> [17.09.2021].

- 29 Burke, Edmund 1857: Speech on the State of the Representation of the Commons in Parliament (07.05.1782), in: The Works of The Right Honourable Edmund Burke (Bohn's British Classics), Bd. VI, London, S. 147.
- 30 Department for Education 2021: Universities to comply with free speech duties or face sanctions, 12.05.2021, GOV.UK, in: <https://www.gov.uk/government/news/universities-to-comply-with-free-speech-duties-or-face-sanctions> [17.09.2021].
- 31 Le Monde 2021: Édouard Philippe décide de bannir l'écriture inclusive des textes officiels, 21.11.2017.

Desinformation und Hassrede

Das hässliche Gesicht der Meinungsfreiheit

Daphne Wolter

Kommunikation und Information sind Grundpfeiler unserer Demokratie. Umso gefährlicher ist allerdings auch der Missbrauch von Meinungsfreiheit. Hassrede und Desinformation haben im Zeitalter des Internets neue Dimensionen erreicht und gefährden inzwischen den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wie kann es gelingen, diese Phänomene effektiv zu bekämpfen, ohne dabei die Meinungsfreiheit selbst zu gefährden?



Das Internet ist zu *der* globalen Informationsinfrastruktur geworden und ermöglicht den Austausch von Informationen überall und zu jeder Zeit. Die sozialen Netzwerke bieten Strukturen, in denen jede Nutzerin, jeder Nutzer gleichzeitig Inhalte senden und empfangen kann (sogenannter *user generated content*). Auf diese Weise dringen Informationen und Kommentare aus den sozialen Netzwerken in die klassischen Medienformate der professionellen Contentanbieter durch und können so auch in Unternehmensentscheidungen oder in das Politikgeschehen einfließen. Auf dramatische Weise hat der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine die gesellschaftspolitische Rolle von Medien und die Bedeutung der Medienfreiheit deutlich gemacht. Viele Berichte über russische Angriffe stützen sich auf Bilder und Videos, die Menschen vor Ort mit ihren mobilen Geräten aufnehmen und über die sozialen Medien verbreiten.

Kommunikation und Information sind Kernelemente unserer demokratischen Verfassungsordnung, die kommunikative Grundversorgung gehört dazu wie auch der Schutz der Meinungsfreiheit. Umso heikler und gefährlicher ist der Missbrauch von Meinungsfreiheit: Verbale Aggressivität und Provokationen, Desinformation, Fake News und Meinungsmanipulation, die am gesellschaftlichen Grundkonsens rütteln, haben im Zeitalter der digitalen Kommunikation neue Dimensionen erreicht. Beleidigungen oder Falschinformationen sind zwar keine neuen Phänomene, aber das Internet hat das Problem verschärft: Die schiere Menge an Hate Speech und Desinformation hat deutlich zugenommen – insbesondere in Krisen- oder Kriegszeiten ist der Anstieg sehr steil.

Kommunikation und Information sind Kernelemente unserer demokratischen Verfassungsordnung.

Diese Entwicklung wirft neue Fragen zu diesem Spannungsverhältnis zwischen Meinungsfreiheit, Informationsfreiheit und Persönlichkeitsschutz auf: Wird unsere Demokratie durch die große Vielfalt und Freiheit im Netz gestärkt, da die Beteiligungsmöglichkeiten am politischen Diskurs gestiegen sind? Oder gefährden die aktuellen Phänomene wie Fake News oder Hate Speech die Meinungsfreiheit und vermindern letztlich sogar die Meinungsvielfalt?

Zwar gibt es kaum technische Barrieren für eine Beteiligung an der öffentlichen Kommunikation, jedoch wurde eine Reihe von Ursachen für eine mögliche eingeschränkte Angebotsvielfalt deutlich³²: Angesichts der Angebotsfülle können wir nur einen Bruchteil der Inhalte wahrnehmen, bei der Recherche werden oft gleiche Suchhilfen (sogenannte Googleisierung des Journalismus)³³ und Quel-

len genutzt und es gibt die Besonderheiten der Selektion und Auffindbarkeit im Netz. Denn während in den traditionellen Massenmedien die Reichweite durch den direkten Kontakt mit einem Angebot ohne Rückkanal zustande kommt, gibt es im Internet ein Diffundieren von Inhalten (etwa durch das Teilen oder Kommentieren, durch Likes oder Retweets).

Auf den Punkt gebracht: Wer die Verteilung und Weiterleitung von Inhalten im Netz kontrolliert, hat die Macht!

Verlässliche Informationen für Meinungsbildung essenziell

Mittlerweile ebenfalls ein Fakt: Die politische Meinungsbildung erfolgt zunehmend über das Internet und dort bevorzugt in den sozialen Medien. Mehr als 46 Prozent der Personen ab 14 Jahren in Deutschland informieren sich an einem Durchschnittstag, indem sie die Medienintermediäre nicht nur als Kontakthersteller nutzen, sondern auch Informationen direkt auf den Diensten wahrnehmen. Die Informationsnutzung direkt über Plattformen wie Facebook und Youtube hat stark zugenommen und diese zu Koordinatoren von Informationsströmen gemacht.³⁴ Sie haben teilweise sogar schon Funktionen übernommen, die traditionell von Medien wahrgenommen wurden: Ihre Algorithmen nehmen die Auswahl und die Gewichtung der Themen vor. Leider hat dieser Wandel außerhalb der Standards von Professionalität und Ethik des Journalismus stattgefunden. Die Gefahr besteht also, dass nicht mehr die gesellschaftliche Relevanz die Publikationswürdigkeit eines Beitrags bestimmt, sondern die größtmöglich zu erreichende Aufmerksamkeit (Details siehe auch im Kapitel zu „Populismus und Elitenverachtung“).

Verlässliche Informationsquellen, denen vertraut und auf deren Berichterstattung die Meinungsbildung gestützt werden kann, sind essenziell für die Demokratie. Zwar ist in der Corona-Krise das Vertrauen der deutschen Bevölkerung in die klassischen Medien wieder gestiegen³⁵ und der Informations- und Orientierungsbedarf in der Bevölkerung ging mit wachsendem Vertrauen in die Medien einher.³⁶ Ob es sich hierbei um ein nachhaltiges Vertrauensplus handelt, muss sich erst noch zeigen.

Dazu kommt, dass jüngere Menschen im Vergleich zu älteren schlechter über Medien und Journalismus informiert sind. Das geht aus einer Studie der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung hervor. Aus mangelndem Wissen resultiert so mehr Misstrauen gegenüber den Medien.³⁷

Desinformationskampagnen werden von verschiedenen „Täterkreisen“ und mit unterschiedlicher Motivation durchgeführt, auch bei Hate Speech gibt es bestimmte Auslöser und Ursachen. Durch die gesteigerte Sichtbarkeit und öffentliche Zugänglichkeit von Debatten haben Hate Speech und Desinformation eine fruchtbare Grundlage und der Nährboden ist überall gleich:

- Es gibt eine steigende Bedeutung von sozialen Medien als Quelle von Nachrichten.
- Die Polarisierung der politischen Landschaft nimmt zu.
- Das Misstrauen gegenüber Medien ist eher hoch.

Um Hate Speech und Desinformation erkennen und bekämpfen zu können, müssen wir lernen, die Beziehung zwischen menschlichem Verhalten und Manipulationsversuchen und deren Ursprung besser zu verstehen.

Das Internet bietet die vollkommene Freiheit – zumindest hypothetisch – über alle Informationen. Allerdings hat dies auch Grenzen:

1. Die kognitive Aufnahmefähigkeit (sogenannte Logik der Rationalität³⁸) ist, wie bereits erwähnt, endlich. So ist der grundlegende Glaube an freie Meinungsäußerung und kollektive Intelligenz („Die Welt wird automatisch besser, wenn sich alle frei äußern und ihre Informationen und Ideen austauschen können“) anfällig für Fake News und Hate Speech. Technische Filter dagegen gibt es leider noch nicht.
2. Facebook und Co. sind daran interessiert, die Nutzerinnen und Nutzer auf ihre Plattformen zu bekommen – so sind die Hürden, ein Nutzerkonto zu erstellen, sehr niedrig. Und wenn wir einmal auf einer Plattform sind, sollen wir so lange wie möglich darauf bleiben. Die Gründe sind Werbeeinnahmen, Analyse des Nutzungsverhaltens und Verkauf von Nutzerdaten. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass das Geschäftsmodell von Facebook und Twitter im Grunde einer vernünftigen Debattenkultur zuwiderläuft. Denn hier zeigt die Forschung, dass extremeren Botschaften länger gefolgt und mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird. Die Algorithmen von Facebook oder Twitter fördern mehr ein Schwarz-Weiß-, Freund-Feind-Schema als eine ausgewogene Diskussion. Je emotionaler oder schriller ein Beitrag, desto mehr Menschen sehen ihn in ihrer Timeline. Solche Polarisierungseffekte können sogar noch durch die Aufmerksamkeitssteuerung der klassischen Medien ausgebreitet werden.³⁹ Die Anfälligkeit für Social Bots und Trolle (die beide der Treibstoff von Hate Speech oder Desinformationskampagnen sein können) ist dabei sehr hoch und verstärkt den Effekt.
3. Dazu kommt: Plattformen sind – bis jetzt – nahezu nicht reguliert. Dadurch konnten sie sich zwar sehr gut entwickeln und zu der Größe heranwachsen, die sie aktuell haben. Aber sie sind immer noch relativ träge, was die Bekämpfung von Fake News, Social Bots und Hate Speech betrifft. Eine eigens von den Unternehmen auferlegte Selbstkontrolle ist nicht so wirksam wie erhofft.

Daneben gibt es aus Nutzersicht finanzielle Motive für das Verbreiten von Hate Speech oder Desinformation: Diese Kampagnen zielen darauf ab, möglichst viel Datenverkehr zu generieren. So wird versucht, durch manipulierte Inhalte zu höheren Klickzahlen für die entsprechenden Werbeanzeigen zu kommen. Hier werden politisch emotionale Themen oft als Aufhänger genutzt. Natürlich können auch „Unterhaltung“ (im negativen Sinn) und Aufmerksamkeit Motive und Ursachen für ein vermehrtes Vorkommen von Desinformation und Hate Speech sein. Bewusste Provokationen, die uns ärgern und herausfordern sollen, sind leider seit langem ein Kennzeichen der sogenannten Online-Kultur. Aufgestaute Emotionen, die man ablassen will, spiegeln sich auch oft im Kommunikationsverhalten wider. Manchmal sind es schlicht Sadismus, Psychopathie oder Nervenkitzel und Spaß am Ärgern.

Manipulationen gefährden Meinungsvielfalt und Glaubwürdigkeit von Informationen

Es darf nicht unterschätzt werden, dass breit angelegte Desinformationskampagnen zersetzend wirken können: Dadurch, dass sie das Vertrauen in Informationen ganz allgemein zu erschüttern vermögen, haben solche Kampagnen die Fähigkeit, die Glaubwürdigkeit eigentlich vertrauenswürdiger Informationsquellen zu beeinträchtigen. Somit kann Desinformation die Berufung von Journalistinnen und Journalisten untergraben, für Verlässlichkeit und Transparenz in der Gesellschaft zu sorgen.

Gerade im Umfeld von Wahlen kommen Desinformation und Hate Speech mit einem politischen Hintergrund vor. Bei der Bundestagswahl 2021 gab es ein stark vermehrtes Aufkommen von Hate Speech gegen die Kanzlerkandidaten und -kandidatin.⁴⁰ Allein gegen die drei Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten richteten sich innerhalb eines Monats mehr als 35.000 Beiträge mit hasserfüllter Sprache – und das nur auf Twitter. Sei es mit Fotos, die aus dem Kontext gerissen wurden, oder erfundenen politischen Forderungen. Selbst wenn solche Desinformationen gepaart mit Hate Speech im Nachhinein öffentlich aufgedeckt werden, bleiben oft Zweifel und Misstrauen zurück, da die Wahrheit deutlich weniger Bekanntheit erreicht als die Lüge, die zuvor verbreitet wurde. Aber auch in Krisen- oder Kriegszeiten, wie während des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine 2022, zeigt sich, dass Desinformation gezielt als Waffe eingesetzt wird. Bilder und Videos können entscheidend sein, für die Desinformation bzw. Information der Bevölkerung auf Seiten des Angreifers und für die Moral der Angegriffenen. Viele verbreitete Bilder und Filme lassen sich verifizieren, doch es tauchen – gerade von russischer Seite – häufig manipulierte Aufnahmen auf.

Ziel dieser Art Aktionen ist immer, die Diskussionen über eine bestimmte politische Führungsperson oder eine Institution zu manipulieren oder eine Person direkt zu diffamieren. Aufgrund des erheblichen finanziellen Einsatzes können die Kampagnen vielschichtig sein. In Ländern ohne stabile demokratische Verhältnisse können beispielsweise Inhalte sogar von den staatlich gelenkten Medien weiterverbreitet und so verstärkt werden. Mit gesteuerten Kampagnen versuchen ausländische Kräfte, insbesondere aus autoritären Staaten wie China oder Russland, politisch Einfluss zu nehmen, die demokratische Debatte zu untergraben, die gesellschaftliche Polarisierung zu verschärfen oder gar (Informations-)Kriege zu gewinnen. Die Macht von Bildern und Fakten gehört besonders im digitalen Zeitalter zu einem Instrument der modernen Kriegsführung. Der Propagandasender Russia Today (RT), mit Ablegern in vier europäischen Ländern von Russland aus unterstützt, wurde genau aus diesen Gründen geschaffen. Um gegen diese Art von Desinformation vorzugehen, hat der Rat der Europäischen Union⁴¹ im Zuge des russischen Krieges gegen die Ukraine und des von Russland geplanten Medienkrieges mit seinem online und über Satellit verbreiteten Sender RT im März 2022 eine Verordnung veröffentlicht, nach der jede Verbreitung der Sendungen und Inhalte von RT und Sputnik untersagt ist. Laut EU sollen die Medienregulierer der einzelnen EU-Staaten die Maßnahmen umsetzen. Das von der EU ausgesprochene Sendeverbot für RT unterstützt nach einer Umfrage eine große Mehrheit⁴². Diese staatlichen Eingriffe sind jedoch – auch wenn sie moralisch vollkommen gerechtfertigt sind – aus Sicht der Medien- und Pressefreiheit nicht ganz unproblematisch und müssen gut begründet sein. Denn ein Sendeverbot gegen RT spricht sich leicht aus und ist in Anbetracht der dramatischen Situation in der Ukraine nachvollziehbar, sollte aber immer auf rechtsstaatlichen Boden stehen. Der Grat zwischen Zensur und Schutz vor Desinformation ist jedoch schmal, wenn es in anderen Medien nicht um pure Desinformation, sondern um andere Meinungen geht.

Der Grat zwischen Zensur und Schutz vor Desinformation ist schmal.

Vor allem zwei Phänomene spielen bei Desinformationskampagnen eine Rolle: Fake News und Deep Fakes. Beide Manipulationsformen haben gemein, dass vor allem emotionale Reizthemen gutes Potenzial besitzen, viral zu gehen.

Fake News werden frei erfunden oder wahre Informationen bzw. der wahre Kern werden so manipuliert, dass eine absichtlich falsche Geschichte entsteht.

Bei Desinformationskampagnen wird häufig konzeptionell vorgegangen: Es werden verschiedene Gerüchte und Falschmeldungen mit gefälschten „Beweisen“ versehen und zu einer Nachricht zusammengefasst. Entsprechende Beiträge von anderen Userinnen und Usern fließen in die „Beweiskette“ der Fake News mit ein, so entstehen ganze Fake Plots. Oft werden verschiedene Erzählweisen für unterschiedliche Zielgruppen verwendet. Es gibt eine Handlung für das politisch linke Spektrum, eine für das rechte – und es gibt sogar Handlungsstränge, die für beide politischen Spektren passen.

Politisch prominent war zum Beispiel der „Fall Lisa“ in Deutschland: Über eine angebliche Vergewaltigung eines deutsch-russischen Mädchens durch einen Flüchtling wurde flächendeckend berichtet; diplomatisch war es bereits so weit, dass der Außenminister Russlands eingeschaltet war und es Demonstrationen der russland-deutschen Community am Kanzleramt gab. Durch den Einsatz manipulativer Politik oder mit politischer Kommunikation durch ein Land kann das politische System eines Ziellandes massiv beeinflusst und im schlimmsten Fall untergraben werden.

Deep Fakes sind eine Unterkategorie von Fake News, die die Überzeugungskraft audiovisueller Medien nutzen, um eine manipulierende Wirkung zu erzielen. Es handelt sich hierbei um elektronisch modifizierte Bewegtbilder oder Fotos, die Personen und Ereignisse verändern oder simulieren. Dabei gibt es unterschiedliche technische Methoden, die Deep Fakes kreieren, die nur noch schwer mit bloßem Auge, sondern vor allem durch Einsatz von künstlicher Intelligenz erkennbar sind. So können Journalistinnen und Journalisten „designed“ werden, die auf erfundenen Nachrichtendiensten über falsche „Wahrheiten“ berichten – auf diese Art und Weise werden unter anderem entsprechende Informationsangriffe von Russland gegen die Ukraine vollzogen. Von Deep Fakes geht im Vergleich zu anderen Formen der Desinformation eine besondere Gefahr für die Gesellschaft aus, da sie die Realität durch ihre visuelle Wirkung in einer gravierenden Weise verzerren und Medienkonsumentinnen und -konsumenten nur noch schwer zwischen echten und verfälschten Inhalten unterscheiden können.

Das Vorkommen von Hate Speech dagegen hat speziell Auswirkungen auf das gesellschaftliche Miteinander sowie auf die Meinungsfreiheit und -vielfalt: Selbst wenn man nicht persönlich betroffen ist (als Opfer), verändert sich die Sicht auf Inhalte, die durch Hassrede kommentiert werden. So gibt es wissenschaftliche Untersuchungen, die festgestellt haben, dass durch Hate Speech unter einem redaktionellen Beitrag das Vertrauen in journalistische Inhalte sinkt.⁴³

Besonders hasserfüllte Kommentare verzerren für die Leserschaft die Relevanz eines Themas oder stellen die Glaubwürdigkeit von Medien insgesamt infrage. Hate Speech erzeugt eine negativere Beurteilung einer Sachlage und beeinflusst auch das eigene Kommunikationsverhalten.

Die massivste Wirkung ist der Rückzug aus dem Diskurs, meist bei den persönlich Betroffenen. Die Kommunikationswissenschaftlerin Prof. Dr. Diana Rieger (LMU München) hat erforscht, dass Opfer von Hate Speech ähnlich wie auf ein traumatisches Erlebnis mit Angst, Wut, manchmal sogar mit Hass gegen die Täterin oder den Täter reagieren. Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Journalismus, Frauen oder verschiedene gesellschaftliche Minderheiten sind hier besonders betroffen.⁴⁴

Diese Verminderungen der Meinungsvielfalt dürfen nicht akzeptiert werden. Die Bedingungen für die Betroffenen haben sich zwar im strafrechtlichen Bereich verbessert, jedoch sind sie im zivilrechtlichen Bereich, gerade in der Rechtsdurchsetzung, noch ausbaufähig.

Neue Regelungen für mehr Verantwortung und Transparenz

Grundsätzlich brauchen wir eine neue rechtliche Ordnung für das Medien- und Informationssystem. Wichtig ist hierbei: Die Rahmenbedingungen für eine konvergente Medienordnung müssen flexibel genug sein, um sich auf zukünftige Entwicklungen im digitalen Mediensektor einstellen zu können.

In Deutschland gibt es bereits entsprechende Regulierungsansätze wie das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG)⁴⁵ und den Medienstaatsvertrag (MStV)⁴⁶. Diese Regelwerke verpflichten die Plattformbetreiber, mehr Verantwortung für rechtswidrige Inhalte auf ihren Plattformen zu übernehmen und mit mehr Transparenz vorzugehen, was die Sichtbarkeit und Auffindbarkeit von Inhalten betrifft.

Der Medienstaatsvertrag

Suchmaschinen und soziale Netzwerke sind zu *Gatekeepern* geworden und haben verstärkt Kontrolle über Medieninhalte. Wie schon erläutert, werden Anbieter wie Facebook und Google als primäre und teilweise einzige Informationsquellen genutzt. Damit kommt ihnen für die Meinungsbildung eine hohe Bedeutung zu. Konzerne wie Google und Facebook schaffen zwar keine Nachrichteninhalte selbst, machen diese jedoch zugänglich. Damit fallen sie nach den neuen Regelungen in den Anwendungsbereich des MStV und erhalten dadurch erstmals Auflagen.

Das föderal beschlossene Regelwerk verpflichtet die Plattformanbieter durch Transparenzvorgaben dazu, die Logik ihrer Selektion, Sortierung und Aggregation offenzulegen. Der MStV ersetzt somit den Rundfunkstaatsvertrag und schafft erstmals einen einheitlichen Rechtsrahmen für alle Nachrichtenmedien, also sowohl traditionelle Print- und Rundfunkmedien als auch reine Internetmedien.

Die zuständigen Landesmedienanstalten haben den MStV umgesetzt und entsprechende Satzungen erlassen.⁴⁷ Der Medienstaatsvertrag ist in diesem Teil quasi regulatorisches „Neuland“. Denn die Anbieter der großen Plattformen könnten in Schwierigkeiten geraten, wenn sie bestimmte Nachrichtenquellen im Newsfeed gezielt herunter- oder hinaufstufen müssen. Es sollte daher zeitnah evaluiert werden, ob die Regeln auch so greifen, wie sie sollen.

Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz

Das Gesetz zielt darauf, Hasskriminalität, strafbare Falschnachrichten und andere strafbare Inhalte auf den Plattformen sozialer Netzwerke wirksamer zu bekämpfen. Dazu zählen etwa Beleidigung, üble Nachrede, Verleumdung, öffentliche Aufforderung zu Straftaten, Volksverhetzung, Gewaltdarstellung und Bedrohung. Eine Evaluierung und darauffolgende Reform hat das NetzDG mit dem Gesetz zur Änderung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDGÄndG)⁴⁸ bereits hinter sich. Eventuell muss noch einmal nachgeschärft werden, damit auch Messengerdienste bezüglich ihrer offenen Kommunikationsfunktionen in den Anwendungsbereich fallen und auch dort gegen strafbare Inhalte vorgegangen werden kann. Das NetzDG war bei seiner Einführung sehr umstritten, noch heute gibt es Kritik.

Der Erfolg der Meldepflicht für bestimmte strafbare Netzinhalte nach dem NetzDG hängt von der freiwilligen Kooperation der sozialen Netzwerke ab. Die praktischen Auswirkungen des NetzDG im Inland sind bisher leider minimal, weil beispielsweise weitere Schritte zum Zugriff auf und zum Speichern von Daten notwendig sind. Zugleich werden im Ausland unerwünschte Neben-

effekte beobachtet: So berufen sich Staaten wie Russland, Belarus oder die Türkei auf das NetzDG, um fragwürdige Löschrouten zu rechtfertigen.

Auch die Strafverfolgungsbehörden haben das Thema Hate Speech erkannt. Für ein effektives Vorgehen fehlten ihnen bislang jedoch die Werkzeuge – und die neu eingeführte Meldepflicht der sozialen Netzwerke bei Hass und Hetze auf ihren Plattformen wird noch einmal zu einem Anstieg der Strafverfahren führen. Umso wichtiger ist es, dass sich die Justizministerkonferenz Mitte 2021 für die Fortsetzung und Intensivierung des Rechtsstaatspakts ausgesprochen hat.

Das Gesetz über digitale Dienste

Mit dem Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act)⁴⁹ wird es erstmals eine umfassende Regulierung aller Intermediäre auf europäischer Ebene geben – ein einheitlicher europäischer Markt für Medieninhalte wird somit ermöglicht.

Im Detail gibt es in der EU-Verordnung, die 2022 veröffentlicht wird, noch einige offene Fragen – zum Beispiel die Ausgestaltung der Aufsicht – die aber wahrscheinlich erst mit der Umsetzung in den Mitgliedstaaten gelöst werden.

Grundsätzlich soll gelten, dass die Plattformen mehr Vorgaben in Sachen Verantwortung und Transparenz erfüllen; gleichzeitig jedoch auch, dass die Pressefreiheit dabei nicht in die Hände der Plattformanbieter fällt.

Deutschland und die Mitgliedstaaten der EU sind in der Pflicht, ihre offenen Demokratien vor Einflussnahmen und Beeinträchtigungen zu schützen. Mit Regulierung direkt gegen Desinformation oder Hate Speech vorzugehen, ist ein schmaler Grat: Ein Gesetz, das explizit gegen Desinformation oder gegen Hate Speech als Schutz für die Meinungsfreiheit verfasst wird, kann zumindest in autoritären Staaten zur Unterdrückung und zur Einschränkung der Meinungsfreiheit „umfunktioniert“ werden, indem die Deutungs- und Wahrheitshoheit über wahre Fakten und manipulative Falschnachrichten ausgenutzt wird. Insofern sollten freiheitliche Demokratien auch die zukünftigen Regulierungsansätze transparent und unmissverständlich formulieren, sodass sie von ausländischen autoritären Kräften oder aber auch im Fall ungünstigster Änderungen der politischen Machtverhältnisse nicht anders ausgelegt werden und dann die Meinungs- und Medienvielfalt stark beeinträchtigen können.

Unabhängig von den entstehenden gesetzlichen Regelungen gibt es seitens der EU mehrere Projekte gegen Desinformation, etwa den EU-Aktionsplan gegen Desinformation⁵⁰, der seit 2018 besteht und vier strategische Säulen aufweist: eine bessere Erkennung und Untersuchung von Desinformation, stärker koordinierte Reaktionen darauf, das Verhindern der Kommerzialisierung, eine grundsätzlich stärkere Aufklärung. Entstanden im Zusammenhang mit der Krim-

Annexion 2014, als Unmengen falscher Informationen und sogenannte Trolle das Internet fluteten, hat sich der Anwendungsbereich mittlerweile verbreitert.

Aber auch andere staatlich gesteuerte Kräfte, etwa aus China, betreiben gezielte Desinformation. Während der Corona-Pandemie gab es sprichwörtlich eine „Infodemie“⁵¹ mit vielen Versuchen, die Menschen durch Falschinformationen zu verunsichern.

In diesem Kontext entstand im Jahr 2020 der Europäische Aktionsplan für Demokratie.⁵² Dieser soll die Bürgerinnen und Bürger zu mündigem Handeln befähigen und dazu beitragen, EU-weit krisenfestere Demokratien aufzubauen. Konkret heißt das: Förderung freier und fairer Wahlen, Ausbau der Medienfreiheit und Bekämpfung von Desinformation.

Eine wehrhafte Streitkultur zum Schutz der Demokratie

Digitale Desinformation ist eine Bedrohung, die bleibt. Sie wird sich mit dem digitalen Wandel auch weiterentwickeln. Künstliche Intelligenz (KI) kann hier zur Schlüsseltechnologie werden: wirtschaftlich, politisch und militärisch. Lernfähige Maschinen versprechen einen Produktivitätsschub, Technologien (basierend auf Big Data, Smart Data, KI und Quantentechnologie) werden zu einer Machtverschiebung führen.⁵³ Das gegenwärtige Jahrhundert wird durch den Kampf zwischen der digitalen liberalen Demokratie und dem digitalen Autoritarismus geprägt werden.

Im Kampf gegen Desinformation und Hate Speech benötigen wir aber auch Koalitionen innerhalb der bestehenden Gesellschaft: Wir müssen lernen, die Beziehung zwischen menschlichem Verhalten und Manipulationsversuchen zu verstehen. Es gilt, die Nachrichten-, Medien- und Informationskompetenz für möglichst alle Altersstufen der Bevölkerung auszubauen. Das könnte von einer angepassten Bildungspolitik, die Informationskompetenz als festen Bestandteil in allen Schulfächern zum Ziel hat, bis hin zu Schulungsprogrammen außerschulischer Bildungsorganisationen für die Bevölkerung gehen. Des Weiteren können durch systematische Aufklärung staatliche Einrichtungen, Behörden und insbesondere Journalistinnen und Journalisten bei ihrer Berichterstattung dazu beitragen, auf die Phänomene Desinformation und Hate Speech hinzuweisen. Denn nur wer versteht, wie beispielsweise die Nachrichtenvermittlung auf den Plattformen funktioniert, kann solche Störfaktoren besser erkennen und sich davor schützen. Dadurch kann die Gesellschaft wehrhaft gemacht werden, sodass alle mehr Verantwortung gegen die Weiterverbreitung von Hate Speech und Desinformation übernehmen können. Denn es liegt zu einem Teil auch an uns Nutzerinnen und Nutzern, die Demokratie zu stärken. Wir entscheiden in Social Media, was

wir schreiben, kommentieren und teilen. Und wir entscheiden auch, wie wir mit Hate Speech (wenn wir sie „nur“ wahrnehmen) umgehen.

Und natürlich könnte der überall vielzitierte Qualitätsjournalismus ein Hebel sein, der auf eine weniger polarisierte, aufgewühlte und verunsicherte Gesellschaft hinwirken kann. Hier liegt eine große Chance für Zeitungen oder Rundfunk, verlässliche Informationen sichtbar auch im Netz anzubieten. Dafür müssten natürlich auch wieder die rechtlichen Möglichkeiten bezüglich der Auffindbarkeit und Sichtbarkeit entsprechend umgesetzt werden. Was Hoffnung macht: Qualitätsjournalismus ist ein Produkt, das als Journalismus der Zukunft auch im Internet nachgefragt wird. Wir brauchen dringend einen gesellschaftlichen Diskurs, wie die kommunikative Grundversorgung auch in der digitalen Zukunft gewährleistet werden kann. Das liegt in den Händen der Anbieter selbst, aber auch beim Gesetzgeber. Die Plattformen sind eben nicht nur technische Dienstleister für die Durchleitung und Bereitstellung von Inhalten, sondern sie bestimmen durch ihre Algorithmen, wie wir uns informieren und unsere Meinung bilden.

Die Vorstellung, dass das Internet und speziell die sozialen Medien quasi ein Schonraum für den herrschaftsfreien Diskurs werden können – ganz ohne Desinformation und Hate Speech – ist mit großer Wahrscheinlichkeit nicht realisierbar. So wie es in der analogen Welt Unfreundlichkeiten, unangenehme Kommunikation und bewusst gestreute falsche Informationen gibt, werden diese Phänomene auch in der digitalen Welt ein unschöner Bestandteil bleiben. Daher brauchen wir eine funktionierende wehrhafte Streitkultur und eine sinnvolle Plattformregulierung, um die Gefahren für die Demokratie möglichst klein zu halten.

Autorin

Daphne Wolter ist Referentin für „Medienpolitik“ bei der Konrad-Adenauer-Stiftung.

- 32 Neuberger, Christoph 2018: Was erwartet die Gesellschaft vom Internet – und was erhält sie?, Ein normativer Kompass für Gestaltung und Regulierung, Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 46, 47, in: https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=1f05e3e2-29e5-6978-defd-ac8c57cb0876&groupId=252038 [02.02.2022].
- 33 Neuberger, Christoph 2005: Angebot und Nutzung von Internet-Suchmaschinen, Media Perspektiven 1/2005, S. 2–13.
- 34 Hartung, Helmut 2021: Relevanz der Intermediäre für die Meinungsbildung steigt weiter, Medienpolitik.net, 27.10.2021, in: <https://www.medienpolitik.net/2021/10/relevanz-der-intermediaere-fuer-die-meinungsbildung-steigt-weiter/> [02.02.2022].
- 35 JGU Mainz 2020: Langzeitstudie Medienvertrauen, Forschungsergebnisse der Welle 2020, in: <https://mediuvertrauen.uni-mainz.de/forschungsergebnisse-der-welle-2020-3/> [02.02.2022].
- 36 Jakobs, Ilka/Schultze, Tanjev et. al. 2021: Medienvertrauen in Krisenzeiten, Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen 2020, Media Perspektiven 3/2021, S. 153, in: https://mediuvertrauen.uni-mainz.de/files/2021/04/Medienvertrauen_Krisenzeiten.pdf [02.02.2022].
- 37 EPD 2021: Forscher: Digitalisierung schafft Misstrauen gegenüber Medien, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2021, in: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/forscher-digitalisierung-schafft-misstrauen-gegenueber-medien-17588945.html> [02.02.2022].
- 38 Hegelich, Simon/Shahrezaye, Mortesa 2017: Die Disruption der Meinungsbildung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Analysen & Argumente, S. 3, 4, in: <https://www.kas.de/de/analysen-und-argumente/detail/-/content/die-disruption-der-meinungsbildung1> [02.02.2022].
- 39 Stark, Birgit/Magin, Melanie/Jürgens, Pascal 2017: Ganz meine Meinung? Informationsintermediäre und Meinungsbildung – Eine Mehrmethodenstudie am Beispiel von Facebook, Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen, S. 188, in: https://www.medienanstalt-nrw.de/fileadmin/user_upload/lfm-nrw/Foerderung/Forschung/Dateien_Forschung/L194-Ganz-meine-Meinung_LfM-Doku55.pdf [02.02.2022].
- 40 Hoppenstedt, Max 2021: Täglich Hass, tausendfach, Spiegel online, 20.9.2021, in: <https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/hasskommentare-gegen-die-kanzlerkandidaten-schimpf-und-schande-a-ff7b6878-f9d7-46e2-b4b9-e0a78a2c4957> [02.02.2022].
- 41 Europäische Kommission 2022: Pressemitteilung vom 2. März 2022, in: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1490 [28.03.2022].
- 42 Hartung, Helmut 2022: Großes Informationsbedürfnis und Angst vor digitaler Eskalation, Medienpolitik.net, 22.03.2022, in: <https://www.medienpolitik.net/2022/03/grosses-informationsbeduerfnis-und-angst-vor-digitaler-eskalation/> [28.03.2022].
- 43 Rieger, Diana/Kümpel, Anna Sophie 2019: Wandel der Sprach- und Debattenkultur in sozialen Online-Medien, Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 21, in: <https://www.kas.de/documents/252038/4521287/Wandel+der+Sprach+und+Debattenkultur+in+sozialen+Online-Medien.pdf/6a76553c-7c30-b843-b2c8-449ba18c814e?version=1.0&t=1560751492617> [02.02.2022].
- 44 Ebd., S. 22, 23.
- 45 Bundesanzeiger 2020: NetzDG, in: [https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl&start=/*\[@attr_id=%27bgbl117s3352.pdf%27\]#__bgbl_%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl117s3352.pdf%27%5D_1657188220020](https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl&start=/*[@attr_id=%27bgbl117s3352.pdf%27]#__bgbl_%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl117s3352.pdf%27%5D_1657188220020) [02.02.2022].
- 46 Die Medienanstalten 2020: MStV, in: https://www.die-medienanstalten.de/fileadmin/user_upload/Rechtsgrundlagen/Gesetze_Staatsvertraege/Medienstaatsvertrag_MStV.pdf [02.02.2022].
- 47 Ministerium des Innern NRW 2021: „Public Value“-Satzung, in: https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_bes_text?anw_nr=2&gld_nr=2&ugl_nr=2251&bes_id=46327&aufgehoben=N&menu=1&sg= [02.02.2022].
- 48 Bundesanzeiger 2021: NetzDGÄndG, in: https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl&start=/*%5B@attr_id=%27bgbl121s1436.pdf%27%5D#__bgbl_%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl121s1436.pdf%27%5D_1657188326000 [02.02.2022].
- 49 Europäische Kommission 2020: Digital Services Act, Entwurf vom 15. Dezember 2020, in: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:52020PC0825> [02.02.2022].
- 50 Europäische Kommission 2020: Aktionsplan gegen Desinformation, in: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:52018J00036> [02.02.2022].
- 51 Europäisches Parlament 2020: Coronavirus: EU unternimmt Maßnahmen gegen Desinformation, Pressemitteilung vom 24.6.2020, in: <https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/society/20200618STO81510/coronavirus-eu-unternimmt-mehr-massnahmen-gegen-desinformation> [02.02.2022].
- 52 Europäische Kommission 2020: EU-Aktionsplan für Demokratie, Pressemitteilung vom 3.12.2020, in: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_20_2250 [02.02.2022].
- 53 Koch, Moritz 2019: „Doping für Diktaturen“: Auswärtiges Amt warnt vor Gefahren durch digitale Technologien, Handelsblatt, 7.11.2019, in: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/strategiepapier-doping-fuer-diktaturen-auswaertiges-amt-warnt-vor-gefahren-durch-digitale-technologien/25195492.html> [02.02.2022].

Selbstzufriedenheit und Erschöpfung

Freiheit statt Fisch – oder welche Debatten wir jetzt führen müssen

Sebastian Enskat,
Magdalena Jetschgo-Morcillo
und Miriam Siemes

Viele Demokratien leben heute vor allem vom Glanz vergangener Tage. Tatendrang und Innovationskraft sind einer allgemeinen Erschöpfung gewichen. Trotzdem wird die eigene Attraktivität notorisch über- und die Resilienz autokratisch verfasster Regime unterschätzt. Das ist vor allem deshalb problematisch, weil gerade Demokratien von dem Versprechen leben, die Bedürfnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger weit besser befriedigen zu können als autokratisch verfasste Regime.



Wer die Euphorie der frühen 1990er-Jahre mit heute vergleicht, könnte sich fühlen wie Washington Irvings Rip Van Winkle. Nachdem dieser für 20 Jahre in einen Zauberschlaf gefallen war, wachte er nicht als Untertan der englischen Krone, sondern als Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika wieder auf. Seine Welt und die globale Ordnung waren auf den Kopf gestellt. Eine vergleichbare Zeitspanne liegt zwischen dem vielbeschworenen Siegeszug der Demokratie nach dem Fall des Eisernen Vorhanges und heute, wo nicht nur die Zahl der demokratisch verfassten Staaten weltweit zurückgeht, sondern der Kampf zwischen Demokratie und Autokratie selbst in Europa wieder mit Waffengewalt geführt wird.⁵⁴

Ein Grund für diese Entwicklung könnte darin liegen, dass liberale Demokratien in einer sich immer schneller drehenden, immer stärker globalisierten und immer kompetitiveren Welt häufig zu langsam und zögerlich agieren beziehungsweise auf neue Herausforderungen reagieren. Diese vermeintliche Schwäche tritt besonders deutlich zutage beim Vergleich mit autokratisch verfassten Regimen, wo Entscheidungen in der Regel nicht nur schnell und ohne komplizierte Aushandlungsprozesse, sondern meist auch vor dem Hintergrund einer mittel- bis langfristigen Strategie getroffen werden. So baut China in nur vier Jahren den zweitgrößten Flughafen der Welt und sichert sich schon seit langem Rohstoffzugänge auf dem afrikanischen Kontinent, während Deutschland für einen ungleich kleineren Flughafen nicht wie geplant fünf, sondern am Ende 14 Jahre benötigt und beim Thema Afrika immer noch als erstes an Entwicklungshilfe denkt.

Nicht nur Deutschland, sondern viele der einstigen Vorzeigedemokratien weltweit leben heute mehr vom Glanz alter Tage und weniger von den Versprechungen einer noch glänzenderen Zukunft. Tatendrang und Innovationskraft sind lähmenden Umsetzungsproblemen, inneren Zwistigkeiten und einer immer stärker um sich greifenden allgemeinen Erschöpfung gewichen. An ein Leben in Freiheit und relativem Wohlstand gewöhnt, genießt man zwar die Vorzüge der Demokratie, ist aber immer weniger bereit, sich selbst aktiv an demokratischen Prozessen zu beteiligen, sich beispielsweise in einer Partei zu engagieren, geschweige denn, für den Erhalt und die Verteidigung von Demokratie und Freiheit im engeren Sinne zu kämpfen.

Dass Letztgenanntes auch in Europa wieder nötig werden könnte, haben uns Russlands skrupelloser Angriff auf die Ukraine und der verzweifelte Kampf der Menschen dort mit aller Drastik vor Augen geführt. Problematischer als das Erschöpfungssymptom selbst ist deshalb vor allem die fehlende Einsicht in den Ernst der Lage. Das gilt nicht nur im sicherheitspolitischen Bereich, wo der Krieg in der Ukraine möglicherweise als heilsamer Schock gewirkt haben könnte, sondern auch bei anderen gravierenden Problemen, seien es die hohe Staatsverschuldung, verkrustete Verwaltungsstrukturen oder perspektivisch kaum noch zu finanzierende Renten- und Sozialsysteme – Lösungen sind auch in diesen Fällen kaum in Sicht. Mehr noch: Über tiefgreifende Strukturprobleme wird häufig gar nicht oder wenn, dann nicht mit der notwendigen Dringlichkeit debattiert. Man glaubt offenbar, sich langfristig auf den Lorbeeren der Vergangenheit ausruhen und im Systemwettbewerb bestehen zu können, nur weil sich Demo-

kratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit bislang als günstige Rahmenbedingungen für eine florierende Wirtschaft und den damit verbundenen Wohlstand erwiesen haben.

Apropos Rahmenbedingungen: Vieles spricht inzwischen dafür, dass Demokratie und Freiheit weder notwendige noch hinreichende Bedingungen für wirtschaftlichen Erfolg sind. Aber selbst wer an der Überzeugung festhält, dass nachhaltiger gesellschaftlicher Frieden und damit verbundener Wohlstand auf Dauer nur unter freiheitlich-demokratischen Bedingungen gesichert werden können, sollte Anlass zur Sorge haben, denn auch im Hinblick auf die Fundamente freiheitlicher Demokratien haben Selbstzufriedenheit und Erschöpfung Einzug gehalten.

Ohne wirtschaftlichen Erfolg ist alles nichts

„It's the economy, stupid“ – mit diesem Slogan zog der demokratische Präsidentschaftskandidat Bill Clinton 1992 in den Wahlkampf und später ins Weiße Haus ein. Es könnte aber auch ein Werbeslogan für den Erfolg der liberalen Demokratie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sein, denn die wirtschaftliche Stärke eines Landes ist nicht nur die Basis seiner geostrategischen Macht nach außen, sondern ebenso Garant für den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Innern. Selbstzufriedenheit und Erschöpfung sind in diesem Zusammenhang so gefährlich, weil sich Wohlstand nicht von allein perpetuiert, sondern immer wieder aufs Neue erwirtschaftet werden muss. Erfolge von gestern sind bald vergessen und die Fundamente von *hard* und *soft power* bröckeln schneller, als das manch einer wahrhaben möchte.

Die Beziehung zwischen Demokratie und Marktwirtschaft ist häufig als symbiotisch, die Wechselwirkung von politischer Liberalisierung und wirtschaftlichem Fortschritt fast schon als Automatismus betrachtet worden. Möglicherweise hat das zu jener Arglosigkeit beigetragen, die jetzt zum Problem wird. Schließlich haben die Demokratien des Westens, allen voran Deutschland, erheblich zum rasanten Aufstieg Chinas beigetragen und sich den größten systemischen Konkurrenten damit in gewisser Weise selbst geschaffen. China hat seinerseits eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass auch nicht-demokratische Regime in der Lage sind, „Wirtschaftswunder“ hervorzubringen. Darüber hinaus hat das einst bitterarme Land der Mitte noch den Mythos entlarvt, nach dem eine fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung immer in einen Demokratisierungsprozess mündet, und stattdessen das Erfolgsmodell des „autoritären Kapitalismus“ mit Leben gefüllt.

Damit soll gar nicht in Abrede gestellt werden, dass die liberalen Demokratien des Westens lange Jahre sehr vom Aufstieg Chinas profitiert haben und das noch tun. Zu kurz gekommen ist dabei jedoch die Einsicht, was es für Folgen haben könnte, einem immer mächtiger werdenden Systemkonkurrenten wie China spätestens mit dem Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) Türen und Tore zu öffnen, ohne sich über die mittel- und langfristigen Folgen in ausreichendem Maße Gedanken zu machen.⁵⁵

Während die Bedrohung durch die Sowjetunion im Kalten Krieg in erster Linie militärischer Natur war, resultiert die Herausforderung durch China vor allem aus dessen wirtschaftlicher Stärke. Sie ist es, die Demokratien auf der ganzen Welt vor enorme Herausforderungen stellt und den Zusammenhalt innerhalb der demokratischen Familie schon jetzt gefährdet. Zwar ist das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in Demokratien bis heute höher als in Autokratien,⁵⁶ aber der Trend gibt Anlass zur Sorge: Die Weltwirtschaft verlagert sich zunehmend von West nach Ost und damit weg von etablierten Demokratien hin zu Autokratien und populistischen Herrschern.⁵⁷ Ob die auch in Zukunft bereit sein werden, nach den noch zu Glanzzeiten der liberalen Weltordnung etablierten Regeln zu spielen, wird ganz entscheidend davon abhängen, ob es dem demokratischen Block gelingt, seine relative Wirtschaftsmacht zu bewahren.

Apathie tötet Demokratie

Selbstzufriedenheit stellt sich ein, wenn Demokratien ihre eigene Attraktivität über- und die Resilienz autokratisch verfasster Regime unterschätzen. Auf die Interessen und Befindlichkeiten der Bürgerinnen und Bürger adäquat reagieren zu können, setzt schließlich voraus, dass die dafür notwendigen gesamtgesellschaftlichen Verständigungsprozesse und der Austausch zwischen Regierten und Regierenden funktionieren. In welchem Maße das noch der Fall ist, sollte in allen Demokratien immer wieder aufs Neue hinterfragt und debattiert werden.

Eine gewisse Trägheit, wenn es darum geht, sich mit den Herausforderungen von morgen auseinanderzusetzen und über die notwendigen Schritte zur Bewältigung dieser Herausforderungen zu debattieren, ist dabei gerade in Deutschland unverkennbar. Hier, wo man sich jahrzehntelang ans raushaltende Zurücklehnen gewöhnt hat, ist die Gefahr einer immer stärker um sich greifenden Apathie besonders groß. Gerade die können sich Demokratien allerdings unter keinen Umständen leisten. Mehr als jede andere politische Ordnung ist die Demokratie ein immer wieder erneuerungsbedürftiges Projekt, das aus engagierten Debatten und produktivem Streit im Innern sowie aus der Auseinandersetzung mit seinen Gegnern von außen neue Kraft bezieht. Das wehrhafte Eintreten für demokratische Grundwerte dient dabei nicht nur einer intellektuellen Selbstvergewisserung, son-

dern trägt gleichzeitig zu jener emotionalen Bindung bei, ohne die das demokratische Projekt nicht überlebensfähig ist.⁵⁸

Für das Funktionieren der Demokratie und den Austausch zwischen Regierten und Regierenden spielen insbesondere Parteien eine zentrale Rolle. Sie sind der Transmissionsriemen, der gesellschaftliche Interessen bündelt und in den politischen Prozess, sprich die Gesetzgebung, einspeist. Demokratie meint in diesem Zusammenhang deshalb stets *Parteiendemokratie*. Dass sich Parteien überall auf der Welt zunehmend schwertun, ihrer angestammten, zentralen Rolle weiterhin gerecht zu werden und immer weniger Menschen bereit sind, sich für und in Parteien zu engagieren, ist insofern nicht nur für die Parteien selbst ein Problem, sondern für die Demokratie an sich.

Noch stehen viele Demokratien im internationalen Vergleich gut da, doch auch Deutschland läuft schon jetzt Gefahr, in wichtigen Bereichen den Anschluss zu verlieren. Das hat nicht zuletzt damit zu tun, dass sich Demokratien überall auf der Welt viel zu lange auf der Input-Legitimität demokratischer Ordnung ausgeruht haben, statt sich deutlich stärker ebenfalls mit deren Output-Legitimität zu befassen, oder wie Daniel Dettling diesen Punkt in seiner Studie zur Notwendigkeit einer Staatsreform zusammenfasst: „Die normative Überzeugungskraft von Demokratie allein reicht nicht mehr aus, um auch in Zukunft Legitimität zu gewährleisten. Ein mindestens gleicher Stellenwert kommt in der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger den konkreten Ergebnissen von Staatshandeln zu.“⁵⁹

Was also ist zu tun?

Schwer zu sagen, wie es einem Rip Van Winkel ergehen würde, der heute im Hudson Valley einschläft und erst in 20 Jahren wieder erwacht. Bestimmt würde er sich auch dann verwundert die Augen reiben, denn der Wandel ist bekanntlich die einzige Konstante. In welchem Zustand er die Demokratien dieser Welt vorfinden würde, hängt jedenfalls ganz entscheidend davon ab, ob es diesen gelingt, dem schleichenden Gift von Selbstzufriedenheit und Erschöpfung etwas entgegenzusetzen. Dieses Gift führt schließlich dazu, dass Demokratien anfangen, die Bedürfnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger zu vernachlässigen und dadurch sowohl an Attraktivität als auch an Legitimität verlieren. Immerhin leben gerade Demokratien von dem Versprechen, diese Bedürfnisse weit besser befriedigen zu können als autokratisch verfasste Regime.

Um das Wohlstandsversprechen einzulösen, das eng mit dem Aufstieg der liberalen Demokratien verbunden ist, müssen diese vor allem innovativ bleiben, den technologischen Wandel nicht nur bewältigen, sondern gestalten und sich insgesamt mehr mit der Frage beschäftigen, wie sich der wirtschaftliche Erfolg der Vergangenheit in Zukunft fortsetzen lässt. Innovation wird bekanntlich begünstigt, indem in Bildung, Infrastruktur und Forschung investiert wird,

administrative Hindernisse abgebaut und Steuersysteme reformiert werden⁶⁰ – alles Bereiche, in denen Deutschland erheblichen Aufholbedarf hat.⁶¹ Gleiches gilt für Investitionen in Zukunftstechnologien wie künstliche Intelligenz, den Ausbau der digitalen Infrastruktur, den Abbau bürokratischer Hemmnisse, die Digitalisierung der Verwaltung und vieles mehr.

Es ist wichtig, die vollmundig angekündigte „Zeitenwende“ tatsächlich mit Leben zu füllen und endlich die eklatante Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu schließen, die die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik seit Jahrzehnten prägt. Das kann geschehen, indem nicht nur kurz-, sondern auch mittel- und langfristig all die notwendigen Investitionen getätigt werden, um dem Anspruch einer gut ausgerüsteten Einsatzarmee, die gleichzeitig zur Landesverteidigung in der Lage ist, gerecht zu werden. Das kann aber auch geschehen, indem die kaum noch zu erfüllenden Ansprüche, mit denen sich die Bundeswehr seit nunmehr zwei Jahrzehnten konfrontiert sieht, auf ein realistisches Maß herabgestuft, die Lehren aus dem gescheiterten Einsatz in Afghanistan gezogen und die Prioritäten in Richtung Landes- und Bündnisverteidigung verschoben werden.

Auch dem Schaden, der der repräsentativen Demokratie durch den Bedeutungsverlust von Parteien droht, muss dringend etwas entgegengesetzt werden. Das fängt bei den Parteien selbst an, die sich nach wie vor schwer damit tun, angemessen auf den rasant voranschreitenden gesellschaftlichen Wandel und die zunehmende Digitalisierung zu reagieren und die dadurch notwendig gewordenen Reformen umzusetzen, hört aber da nicht auf. Es sind die Bürgerinnen und Bürger selbst, denen in einer Demokratie die größte Verantwortung für das Funktionieren des Gemeinwesens zukommt. Demokratie verlangt nun mal die Bereitschaft, Selbstzufriedenheit und Erschöpfung zu überwinden, sich für die eigenen Interessen und das Gemeinwohl zu engagieren, unterschiedliche Meinungen auszuhalten und im Ringen um beste Lösungen zum Fortschritt beizutragen. Dazu gehört auch, sich wieder auf das Wesentliche zu konzentrieren und demokratische Grundwerte in den Mittelpunkt zu rücken. Demokratische Gesellschaften, die sich stattdessen auf Nebenkriegsschauplätzen verkämpfen, vor lauter vermeintlich Trennendem das Gemeinsame aus den Augen verlieren oder sich im alltäglichen Kleinklein demokratischer Aushandlungsprozesse aufreiben, werden es schwer haben, im Systemwettbewerb mit den immer aggressiver auftretenden Autokratien dieser Welt zu bestehen. Es ist deshalb mehr als nur eine witzige Bemerkung, wenn der britische Politiker Tom Tugend hat in der Rückschau auf ein Treffen der G7, inzwischen immerhin so etwas wie der Club einflussreicher Demokratien, sagt: „The West, however you define it, is still by far the most dominant economic bloc in the world, but we are now more interested in fighting over fish than freedom.“⁶²

Autor und Autorinnen

Sebastian Enskat leitet die Abteilung „Demokratie, Recht und Parteien“ bei der Konrad-Adenauer-Stiftung. **Magdalena Jetschgo-Morcillo** ist Referentin für „Globale Ordnung und Systemwettbewerb“ bei der Konrad-Adenauer-Stiftung. **Miriam Siemes** ist Trainee im Auslandsbüro Kenia der Konrad-Adenauer-Stiftung.

- 54 Economist Intelligence Unit 2021: Democracy Index 2020, in: https://www.eiu.com/n/campaigns/democracy-index-2020/#mktoForm_anchor [18.01.2022].
- 55 Jungbluth, Cora 2021: 20 Jahre WTO-Beitritt Chinas – Wie soll die EU mit der neuen Supermacht umgehen?, Bertelsmann Stiftung, 09.12.2021, in: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/deutschland-und-asien/projektnachrichten/20-jahre-wto-beitritt-chinas> [18.01.2022].
- 56 Acemoglu, Daron et al. 2019: Democracy Does Cause Growth, *Journal of Political Economy* 127: 1, S. 47–100, in: <https://www.journals.uchicago.edu/doi/abs/10.1086/700936?mobileUi=0&> [28.01.2022].
- 57 Orlik, Tom/Van Roye, Bjorn 2020: An Economist's Guide to the World 2050, Bloomberg, 12.11.2020, in: <https://www.bloomberg.com/graphics/2020-global-economic-forecast-2050/> [28.01.2022].
- 58 Münkler, Herfried 2021: Populismus, Demokratismus, Cäsarismus. Die Herausforderung der liberalen Demokratie, *Merkur* 75: 4, S. 28, in: <https://volltext.merkurzeitschrift.de/content/preview/99.120210/mr-75-4-26.pdf> [31.01.2022].

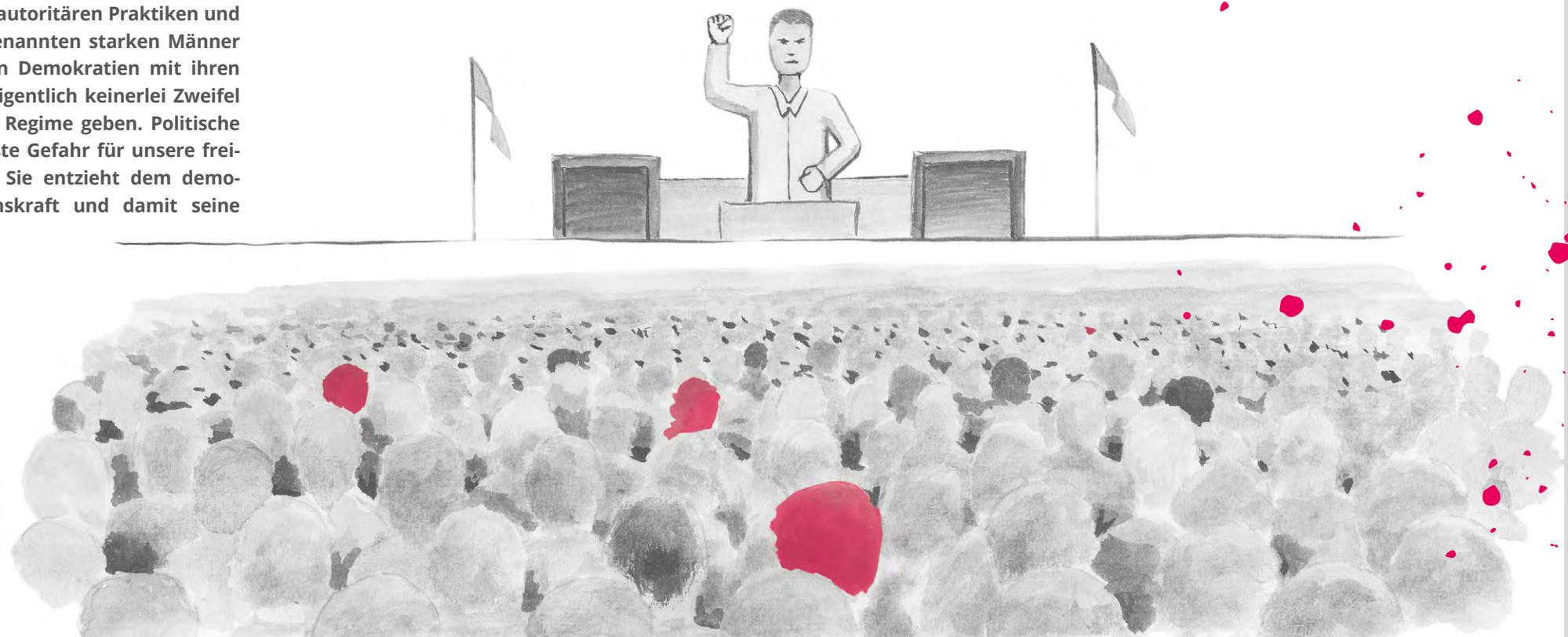
- 59 Dettling, Daniel 2022: Staatsreform 2030: Effektiv, agil und resilient in die Zukunft, Konrad-Adenauer-Stiftung, 20.01.2022, in: <https://www.kas.de/de/einzeltitle/-/content/staatsreform-2030> [01.02.2022].
- 60 OECD 2010: The OECD Innovation Strategy, in: https://read.oecd-ilibrary.org/science-and-technology/the-oecd-innovation-strategy_9789264083479-en#page12 [01.02.2022].
- 61 Deutschland ist weltweit nur auf Platz 7 bei Investitionen in Forschung und Entwicklung und auf Platz 6 des Human Capital Index. Fleming, Sean 2020: These countries spend the most on research and development, *World Economic Forum*, 16.11.2020, in: <https://www.weforum.org/agenda/2020/11/countries-spending-research-development-gdp/> [01.02.2022]; Gray, Alex 2017: These are the 10 best countries for skills and education, *World Economic Forum*, 13.09.2017, in: <https://www.weforum.org/agenda/2017/09/these-are-the-ten-best-countries-for-skill-and-education/> [01.02.2022].
- 62 McTague, Tom 2021: The Leaderless World, *The Atlantic*, 02.11.2021, in: <https://www.theatlantic.com/international/archive/2021/11/joe-biden-g20/620580/> [01.02.2022].

Selbstzweifel und autoritäre Verlockungen

Die Sehnsucht nach dem starken Mann

Simon Backovsky

Nicht selten wird auch hierzulande mit autoritären Praktiken und den vermeintlichen Vorzügen der so genannten starken Männer geliebäugelt. Dabei dürfte es gerade in Demokratien mit ihren „offenen“ Informationsgesellschaften eigentlich keinerlei Zweifel im Hinblick auf das Wesen autoritärer Regime geben. Politische Ignoranz ist insofern die vielleicht größte Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Sie entzieht dem demokratischen Gemeinwesen seine Lebenskraft und damit seine Existenzgrundlage.



Hinterher wollten sie von ihrer Bewunderung am liebsten nichts mehr wissen, die Le Pens, Salvini und Orbans, die Wladimir Putin bis zu seinem Angriff auf die Ukraine bei fast jeder sich bietenden Gelegenheit hofiert und zum Prototypen des „starken Mannes“ stilisiert hatten, den auch Europa so dringend nötig habe. Die von Putin angezettelten Gräueltaten in der Ukraine werfen jedenfalls ein grelles Schlaglicht auf das befremdliche Liebäugeln mit vermeintlich starken Führergestalten nicht nur in rechtspopulistischen Führungszirkeln, sondern durchaus auch in der Mitte liberaler Gesellschaften.⁶³ Dabei dürfte es im Hinblick auf das Wesen autoritärer Regime insbesondere in Demokratien und deren offenen Informationsgesellschaften eigentlich keinerlei Zweifel geben. Hier ist das menschenverachtende Wesen autoritärer Herrschaft in unzähligen Unterrichtsstunden, Zeitungsartikeln, wissenschaftlichen Abhandlungen und Talkshows akribisch dokumentiert und analysiert worden. Dass die Lebensrealität in den 57 Ländern, die der *Democracy Index* aktuell als „authoritarian regimes“ auflistet, von Korruption, rechtlicher Willkür sowie einem politischen, sozialen und kulturellen Atavismus geprägt ist, dürfte hier also wahrlich kein Geheimnis sein – anders als in autoritären Regimen selbst, wo sich die in vielen Fällen verblüffend hohe öffentliche Akzeptanz der jeweiligen politischen Führung zumindest zum Teil durch das staatliche Meinungs- und Informationsmonopol erklären lässt. Warum also wird auch in freiheitlichen Demokratien immer wieder mit autoritären Tendenzen geliebäugelt? Woher kommt die Sehnsucht nach einem „starken Führer“? Warum finden auch hier Kräfte Unterstützung, die einen Umbau der Gesellschaft hin zu autoritären oder gar totalitären Herrschaftsformen anstreben?

Flucht vor der Freiheit

Die Frage nach der Anziehungskraft des Autoritarismus rückte im 20. Jahrhundert angesichts des Aufkommens moderner Parteidiktaturen sowie der traumatischen Erfahrung von zwei Weltkriegen und der Shoah in den Fokus der Forschung. Die klassischen Arbeiten von Erich Fromm, Hannah Arendt oder Theodor W. Adorno führten die öffentliche Unterstützung für faschistische und totalitäre Diktaturen vorrangig auf individualpsychologische Faktoren im Kontext des Aufkommens von industrialisierten kapitalistischen Massengesellschaften zurück: Demnach traten die durch Modernisierung und Krieg entwurzelten, orientierungslosen Menschen angesichts der Unsicherheiten ihrer Zeit „die Flucht vor der Freiheit“ (Erich Fromm) an und suchten ihr Heil unter anderem bei charismatischen Führern und ihren eschatologischen Erzählungen von Stärke, Ordnung und Gemeinschaft. Zudem begünstigte der zeitgemäße punitive Erziehungsstil der „starken Väter“ die Verbreitung eines Charaktertypus, der sich durch Minderwertigkeitskomplexe, rigides Festhalten an Normen und Konventionen, Intoleranz, Machtorientierung und Zynismus auszeichnete. Während aus Sicht der frühen Autoritarismus-Forschung die Masse an

verunsicherten Individuen zum Nährboden der modernen Diktaturen wurde, so war der sadomasochistisch veranlagte „autoritäre Charakter“⁶⁴ (Fromm, Adorno) ihr tragender Akteur.

Angst vor Veränderung

Der auf Freudschen psychoanalytischen Denkfiguren basierende Erklärungsansatz der *authoritarian personality* gilt zwar als überholt. Allerdings bestätigt die aktuelle Forschung, dass die Ursachen des Autoritarismus im Nexus von individuellen Eigenschaften und gesellschaftlichen Begebenheiten zu verorten sind: Autoritäre Einstellungen in Gestalt von Fremdenfeindlichkeit, Sexismus oder Antisemitismus sind keineswegs das Symptom einer selten anzutreffenden Persönlichkeitsstörung, sondern angeborene oder durch soziales Lernen erworbene Persönlichkeitsmerkmale, die bei circa 20 bis 30 Prozent der Bevölkerung empirisch feststellbar sind. Diese Haltungen sind in jeder Demokratie zunächst latent vorhanden. Sie werden erst durch wirtschaftliche, politische und kulturelle Krisen aktiviert, die (insbesondere durch das Framing von Populismus und Medien) von der Öffentlichkeit als kollektive Erlebnisse vom gesellschaftlichen Verfall sowie Kontroll- und/oder Statusverlust wahrgenommen werden.

In der neuesten Forschung setzt sich hierbei die Ansicht durch, dass für die Aktivierung des autoritären Potenzials weniger ökonomische Schief lagen und vielmehr Empfindungen von soziokultureller Gefährdung entscheidend sind. Demnach bilden das Bedürfnis nach Homogenität und Einheitlichkeit – und seine „Kehrseite“ kulturelle, politische und soziale Intoleranz – den wahren Kern von autoritären Einstellungen. Da die Ablehnung der Vielfalt das Markenzeichen des Autoritären ist, werden insbesondere diejenigen Entwicklungen und Krisen zu Katalysatoren antidemokratischen Protests, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die bestehende soziale Ordnung unter Druck setzen. Der Autoritarismus erscheint daher primär als ein Reflex auf den gefühlten Bedeutungsverlust der eigenen Nation im globalen Wettbewerb, auf die Bedrohung der Traditionen und Moral der eigenen Lebenswelt durch Einwanderung, Multikulturalismus oder den „Gender-Wahn“ – generell auf die steigende Mannigfaltigkeit, Komplexität und Beschleunigung der digitalisierten globalisierten Welt.

Autoritäre Eliten

Natürlich dürfen materielle Ursachen autoritärer Einstellungen nicht außer Acht gelassen werden: Erfahrungen von wirtschaftlicher Benachteiligung oder physischer Bedrohung, die mit Verteilungsgungerechtigkeit oder Leistungsschwächen demokratischer Institutionen in Verbindung gebracht werden,⁶⁵ dienen als wichtige Heuristiken, die zur Ablehnung des demokratischen Systems *per se* führen können. In diesem Zusammenhang verstärken geringer Bildungsgrad und fehlende Fähigkeit zum differenzierten Denken die Gefahr, dass die schwarz-weißen Wirklichkeitsdarstellungen des Populismus übernommen werden.

Die Grenzen der populären ökonomischen Erklärungen, die den Autoritarismus lediglich als eine Abwehrreaktion der schlechter gestellten und weniger gebildeten „Verlierer“ der Globalisierung porträtieren, werden jedoch mit Blick auf die demokratieskeptische Haltung eines Teils der besserverdienenden, hochgebildeten Bürgerinnen und Bürger deutlich. Die Frage nach den Ursachen der Demokratiefeindlichkeit eines Teils der gesellschaftlichen „Gewinner“ ist insofern von entscheidender Bedeutung, da die Autokraten auf diese Personengruppe in den Medien, dem Rechtswesen, der Zivilgesellschaft oder Bildung und Forschung bei der Formulierung, Legitimierung und Verbreitung ihrer Botschaften sowie bei der Organisation und Mobilisierung ihrer Wahlunterstützung angewiesen sind. Die Historikerin Anne Applebaum liefert mit ihrer Betrachtung der Fälle Ungarn, Polen, Vereinigte Staaten und Großbritannien eine viel beachtete Erklärung des Phänomens: Aus Applebaums Sicht gründet die autoritäre Versuchung der intellektuellen Eliten grenzüberschreitend in einer Vielfalt von bereits gut erforschten Faktoren, die sich allerdings durch drei zusammenhängende Tendenzen zusammenfassen lassen.

Erstens: *Opportunismus*. Manche Personen sehen die Ursache für die ausbleibende Anerkennung ihrer Lebensleistung vorrangig in den Ungerechtigkeiten und Heucheleien des aktuellen Systems. Dies verleitet sie zu einer zynischen Haltung, wonach die Aufgabe der freiheitlich-demokratischen Werte und ein Tausch der eigenen Loyalität gegen Status, finanzielle Belohnung und Machtzugewinne als legitime Praxis des gesellschaftlichen Fortkommens betrachtet werden. Zweitens: *Kulturpessimismus*. Angesichts der Krisen und Herausforderungen der vergangenen Jahrzehnte hegt ein Teil der Elite eine tiefe Skepsis gegenüber dem *Status quo* der Demokratie, des Liberalismus, des Kapitalismus, des gesellschaftlichen Miteinanders. Die wahrgenommenen Missstände werden als Symptome eines zivilisatorischen Untergangs der Nation oder des „westlichen Abendlandes“ begriffen, der lediglich durch einen radikalen, revolutionären Schritt hin zum Systemwechsel aufzuhalten sei. Drittens: *Ideologie*. Ein Teil der intellektuellen Elite gehörte nie zu den glühenden Demokratinnen und Demokraten und definierte seine politischen Identitäten primär durch alternative Deutungsrahmen: Nationalismus, Monarchismus, Religion, Rasse, Antikommunismus. Die Zustimmung

zur freiheitlichen Demokratie war daher nie bedingungslos. Mit der scheinbar mittelmäßigen Output-Effizienz und Unfähigkeit, sich im globalen Konkurrenzkampf der Regierungssysteme zu behaupten, nehmen auch die Sympathien dieser Gruppe für illiberale und autoritäre Alternativen zu.⁶⁶

Politische Ignoranz

Beim Versuch einer Synthese der genannten Ursachen lässt sich – mit aller gebotenen Vorsicht vor Pauschalisierung – ein zentraler Erklärungsansatz für die Verführungskraft des Autoritarismus identifizieren. Die systemfeindlichen Haltungen sowohl der gesellschaftlichen „Verlierer“ als auch der „Gewinner“ scheinen im Kern in den vielfältigen Schattierungen der negativen Emotionen Unzufriedenheit und Verunsicherung zu liegen. Die autoritären Politikerinnen und Politiker sind darin besonders gewieft, diese Gefühle durch eine Kommunikationsstrategie des emotionalen Aufwühlens und Beruhigens in politisches Kapital umzumünzen. Diese Strategie vollzieht sich in drei wohlbekanntem Schritten: Als erster Schritt werden gesellschaftliche Schieflagen und Bedrohungen konstruiert und/oder übertrieben dargestellt. Als zweiter Schritt werden die Bürgerinnen und Bürger als die „Opfer“ des gesellschaftlichen Verfalls moralisch entlastet und die „wahren Schuldigen“ benannt: nationale und supranationale Eliten, fremde Mächte, Minderheiten, Ausländerinnen und Ausländer. Als letzter Schritt wird ein einfacher Ausweg aus der Krise aufgezeigt: Allein der autoritäre Herrschaftsaspirent verfügt danach über die Kompetenz, Durchsetzungskraft und den Willen, um die „Schuldigen“ ihres Einflusses zu entledigen und das „eigene Volk“ zurück auf den „richtigen Weg“ zu bringen. Ihm allein soll daher ein möglichst umfangreiches politisches Mandat übertragen werden.

Der populistische Anführer steht vor der Herkulesaufgabe, mit seinen komplexitätsreduzierenden Ad-hominem-Botschaften eine hochdiverse Wählerschaft anzusprechen, die sich quer durch soziale Schichten, kulturelle Milieus, Altersgruppen und Bildungsgrade erstreckt. Um dieses Paradox zu lösen, scheint er einen magischen Hut zu besitzen, aus dem er maßgeschneiderte Lösungen für die Sorgen aller Verunsicherten und Enttäuschten ziehen kann: Denjenigen, die der Komplexität der pluralistischen Gesellschaft mit Unbehagen begegnen, stellt er eine staatliche Identitätspolitik in Aussicht, wodurch die kulturelle Einheit und moralische Ordnung wiederhergestellt werden sollen. Für diejenigen, die sich wirtschaftlich abgehängt oder benachteiligt fühlen, wird eine *nation first* orientierte Industrie- und Handelspolitik entwickelt, werden Steuerentlastungen avisiert und der Ausbau sozialstaatlicher Leistungen angekündigt. Die Demokratiekritikerinnen und -kritiker, die fehlende Verantwortlichkeiten der Politik und Ineffizienz der Institutionen beklagen, werden mit Stärkung plebiszitärer Elemente umworben. Für diejenigen, die sich in ihrer physischen Sicherheit bedroht fühlen, soll ein Law-

and-Order-System etabliert werden. Für die Kulturpessimistinnen und -pessimisten wird das Programm einer konservativen Revolution formuliert, welche die Zustände der idealisierten Vergangenheit zurückholen soll. Für die Opportunistinnen und Opportunisten ist eine Pervertierung des meritokratischen Prinzips im Angebot, wonach bedingungslose Loyalität und nicht eigene Fähigkeit durch Posten, Macht und Geld belohnt wird.

Die vielfältigen und oft widersprüchlichen Botschaften, die an und für sich den gesellschaftlichen Pluralismus abbilden und manichäische Weltbilder sowie einfache Lösungen ad absurdum führen, bilden letztlich die Teile eines übergeordneten Paktangebots des autoritären Populismus an alle: freiwillige Entmündigung durch Aufgabe eines Teils der bürgerlichen Freiheiten und Rechte gegen das Versprechen der emotionalen Entlastung durch Wohlstand, Sicherheit und Ordnung. Somit lässt sich abschließend – neben der Vielfalt der genannten kontext- und fallabhängigen Ursachen – die Quintessenz der autoritären Verführung vielleicht am besten als Metapher festhalten: das verlockende Angebot einer Rückkehr in den kindlichen Zustand des wohlbehüteten selbstzentrierten Glücks in Verantwortungslosigkeit und Unfreiheit. Diese zutiefst menschliche Sehnsucht angesichts der Komplexitäten, Gefahren und Ungerechtigkeiten der Welt hat bereits Fjodor Dostojewski in seiner berühmten Großinquisitor-Parabel treffend beschrieben:

„(Sie) werden (...) sich davon überzeugen, daß sie auch darum nicht frei sein können, weil sie kleinstütig, lasterhaft und nichtig sind und voll von Empörung stecken. (...) Ich sage Dir, es ist die Empörung von Kindern und Schulknaben (...). Wir werden sie davon überzeugen, daß sie nur dann frei sein können, wenn sie sich von ihrer Freiheit zu unseren Gunsten lossagen und uns sich ergeben. (...) Die Menschen selber werden davon überzeugt sein, daß wir recht haben; denn sie werden es nie vergessen, zu welchen Schrecknissen der Knechtschaft und Erniedrigung Deine Freiheit sie geführt hat.“⁶⁷

Der Vertrag zwischen den Regierten und den Regierenden gründet in Autokratien und in den freiheitlichen Demokratien auf einer entgegengesetzten Logik. In autoritären Staaten soll die Bevölkerung die öffentlichen Belange der Staatselite überlassen. Passivität, Konformismus und unkritische Regime-Unterstützung werden durch ein Versprechen von materieller und physischer Sicherheit entlohnt. In einem demokratischen Gemeinwesen sorgen die Bürgerinnen und Bürger für ihr Wohlergehen selbst – durch aktive Teilnahme an der Meinungs- und Willensbildung, durch Kontrolle der Verantwortlichen, durch das Einhalten demokratischer Spielregeln. Somit mag dieser Text mit dem Hinweis auf die aktuell größte Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung enden: politische Ignoranz. Vielmehr als kritische Haltung entzieht das Desinteresse (eines Teils) der Bürgerinnen und Bürger gegenüber den Angelegenheiten der *Res Publica* dem demokratischen Gemeinwesen seine Lebenskraft, ja gar

seine Existenzgrundlage. Die Alternative zum aktiven bürgerlichen Engagement? Franklin D. Roosevelt hat sie bereits im Schicksalsjahr 1938 klar benannt:

„Wenn die (...) Demokratie aufhört, als lebendige Kraft voranzuschreiten, um Tag und Nacht mit friedlichen Mitteln das Los unserer Bürger zu verbessern, wird Faschismus in unserem Lande an Kraft gewinnen.“⁶⁸

Autor

Dr. Simon Backovsky leitet die Promotions- und Habilitationsförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

63 2016 stimmten immerhin 31 Prozent der Deutschen der Aussage zu: „Es muss wieder jemanden geben, der sagt, wo es langgeht.“ (Pokorny, Sabine 2016: Was uns prägt. Was uns eint. Integration und Wahlverhalten von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund und in Deutschland lebenden Ausländern, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin).

64 Die Genese und Eigenschaften der „autoritären Persönlichkeit“ wurden treffend durch Heinrich Manns literarische Figur Diederich Heßling (Der Untertan, 1918) karikiert: Durch die drakonische Erziehung des „starken Vaters“ verinnerlichte Heßling die militaristische und obrigkeitshörige Kultur des späten Wilhelminischen Kaiserreichs.

65 Etwa: Corona-Hilfen, die nicht oder zu spät ankommen, Kriminalität in Problemvierteln mit hohem Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund, Diskriminierungserfahrungen in Schulen mit hohem Migrationsanteil.

66 Diese Geisteshaltung dürfte in den jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas besonders ausgeprägt sein. In den *Visegrád*-Staaten wird die Strategie der unkritischen Imitierung des Liberalismus längst als gescheitert angesehen. Für die Unterstützer der polnischen und ungarischen Regierungsparteien stellen die offenen Gesellschaften des „Westens“ vielmehr gar das negative Modell, gegen welches die eigenen Vorstellungen einer national-konservativen Gesellschaftsordnung konturiert werden (Holmes, Seven/Krastev, Ivan 2019: Das Licht, das erlosch. Eine Abrechnung, Berlin).

67 Dostojewski, Fjodor 1880: Der Großinquisitor, in: <https://www.gutenberg.org/files/38336/38336-h/38336-h.htm> [29.06.2022].

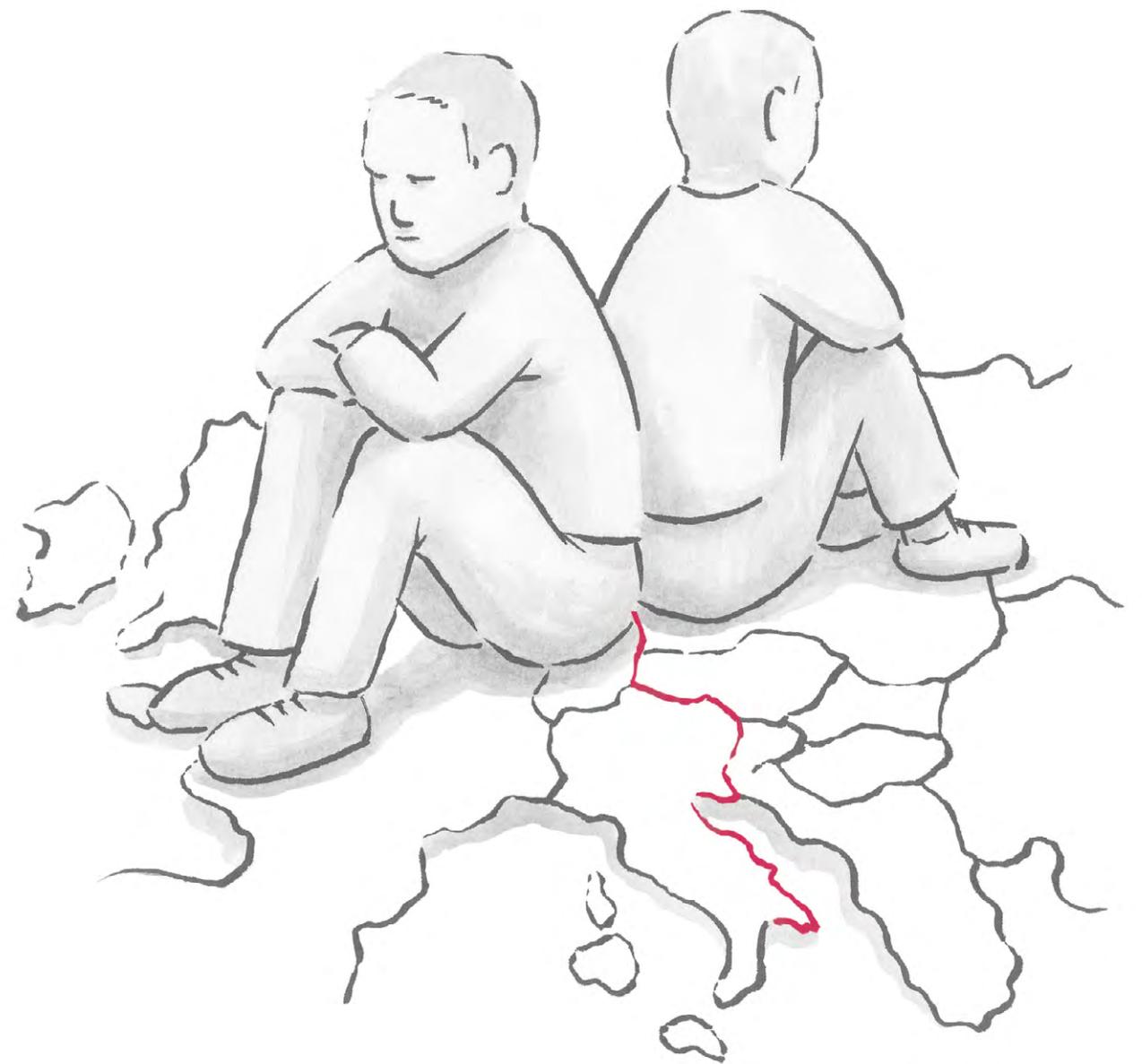
68 Zitiert nach: Eco, Umberto 2020: Der ewige Faschismus, München, S. 40.

Nationalismus und Revisionismus

Rückwärtsgewandt in die Zukunft?

David Gregosz
und Thomas Behrens

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat uns die zerstörerische Wucht nationalistischer und revisionistischer Politik in erschreckender Deutlichkeit vor Augen geführt. Gleichzeitig haben die vergangenen Jahre gezeigt, dass auch vermeintlich bewährte demokratische Traditionen noch lange keinen vollständigen Schutz vor nationalistischen Versuchungen bieten. Die Entwicklungen in Polen und die Erfolge nationalistischer Parteien im Herzen Europas geben insofern Anlass zu großer Sorge. Durch Dämonisierung und Ausgrenzung ist ihnen allerdings nicht beizukommen.



Der Westen ist angegriffen. Seit Frühjahr 2022 stehen in diesem Zusammenhang auch die Phänomene Nationalismus und Revisionismus als Bedrohung der Demokratie – noch stärker als zuvor – im Fokus der Öffentlichkeit. Ursache ist die militärische Invasion Russlands in der Ukraine, die am 24. Februar begonnen hat. Sie bildet die einschneidendste sicherheitspolitische Zäsur seit dem Ende des Kalten Krieges 1989/90 und eine Zeitenwende in den internationalen Beziehungen.⁶⁹

Die von Präsident Wladimir Putin entfesselte Aggression gegenüber dem souveränen „Bruderstaat“ bedeutet den (wiederholten) Bruch des Völkerrechts durch Russland. Sie trifft die Bürgerinnen und Bürger der Ukraine, die in den vergangenen Jahren (in breiter Mehrheit und zunehmend) den Anschluss an die demokratischen Strukturen und die wirtschaftliche Prosperität Europas gesucht haben. Sie richtet sich aber zugleich gegen den gesamten Westen, der einsteht für Demokratie – verstanden als Garantie von Freiheit und Wahrung von Rechtsstaatlichkeit.

Begründet wird der Einmarsch in die Ukraine mit dem Rückgriff auf die Geschichte der eigenen Nation: Putin nimmt Bezug auf das erste ostslawische Staatsgebilde, die Kiewer Rus, sowie historische Fehler Lenins, spricht dem Nachbarn die eigene Souveränität ab und erklärt, die Ukraine sei „ein untrennbarer Teil“ der Geschichte Russlands. So wie schon im Juli 2021 in Form eines Aufsatzes⁷⁰ dargestellt, begreift Putin Russinnen und Russen, Ukrainerinnen und Ukrainer sowie Belarussinnen und Belarussen als ein Volk (im Sinne des Konzepts der sogenannten ostslawischen „Dreieinigkeit“). Es sei daher aus Sicht Moskaus notwendig, zum Schutz der außerhalb der Russischen Föderation lebenden Russinnen und Russen militärisch einzuschreiten, um die Ukraine zu „entnazifizieren“ und zu „entmilitarisieren“. Darüber hinaus sei es das erklärte Ziel der russischen Politik unter seiner Führung, die historische geopolitische Katastrophe des Zerfalls der Sowjetunion zu korrigieren und die Vorherrschaft des Westens zu brechen.⁷¹

Nationalismus als wissenschaftlicher Begriff und der Fall Russland

Tatsächlich ist unkritisch im Rahmen der Berichterstattung zum Krieg in der Ukraine auch von „russischem Nationalismus“, „nationalistischem Revisionismus“ und Putin als „Nationalist“ die Rede.⁷² Doch was bedeutet Nationalismus? Und lässt sich die gegenwärtige Aggression durch Russland tatsächlich als ein Fall von Nationalismus subsumieren?

Nationen, so die vielzitierte Interpretation des britischen Soziologen Benedict Anderson aus den 1980er-Jahren, sind „imaginierte Gemeinschaften“⁷³, vorgestellte soziale Konstrukte, an die Menschen glauben und an denen sie sich ausrichten. Oftmals hinterfragt als bloße „Leerformel“, wird diese Deutung fassbarer, wenn der Nationenbegriff konkreter definiert wird als „politische Kategorie, die wie kaum eine andere in der Lage ist, Solidarität und gegenseitige Hilfsbereitschaft zu mobilisieren“⁷⁴, und die dabei Aspekte wie kulturelle Zugehörigkeit, soziale Bindung, Empathie und Gemeinsinn einschließt. Die wirkmächtige politische Ressource, die aus diesem gesellschaftlichen Phänomen erwächst und Bezug nimmt auf den souveränen Staat als einzig wahre Grundlage der politischen Ordnung und Symbol der Freiheit, heißt Nationalismus. Ohne umfassende theoretische Begründung postuliert dieser, dass jeder Mensch einer Nation angehört und seine Nationalität damit ein entscheidender Bestandteil seiner individuellen Identität ist.

Eine gewisse Attraktivität des Phänomens Nationalismus speist sich aus seiner enorm integrierenden Kraft und dem Umstand, dass er dem Individuum inmitten einer anonymen Massengesellschaft den Glauben verleiht, ein gleichberechtigtes Mitglied einer Gemeinschaft zu sein und trotz politischer und sozioökonomischer Unterschiede Würde zu besitzen. Dies etwa findet, positiv verstanden, Ausdruck im Verfassungspatriotismus oder liberalen Nationalismus.

Doch Geschichte wie politische Gegenwart zeugen vielmehr von etwas anderem: Nationalismus trägt vor allem Abgrenzung, Aggression und Gewalt in sich. In der Überhöhung nationaler Ansichten, die er gesellschaftlichen Regeln, Institutionen sowie dem friedlichen Zusammenleben aller voranstellt, gerät er in Konflikt mit freier Meinungspluralismus und der Vielfalt der Kulturen. Regelmäßig mündet Nationalismus daher in die Zersetzung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Und auf Nationalismus folgt in der Regel Revisionismus: das Bestreben, einen (mitunter völkerrechtlichen) Zustand oder ein (politisches) Programm infrage zu stellen oder dessen Änderung herbeizuführen.

Der russische Krieg in der Ukraine ist als ein Fall von Revisionismus einzustufen. Putin missachtet bewusst und wiederholt die Grenzen und die Souveränität des ukrainischen Staates. Diese aber gelten in der europäischen Sicherheitsordnung auf Grundlage der Schlussakte von Helsinki (1975), der Charta von Paris (1990) und der NATO-Russland-Grundakte (1997) – bestätigt von allen Vertragsparteien, auch Russland – völkerrechtlich als unantastbar.⁷⁵ Putin trachtet somit danach, die vereinbarte Sicherheitsarchitektur Europas eigenmächtig zu revidieren und die Ukraine Russland einzuverleiben.

Fraglich hingegen ist die Einordnung der russischen Aggression als Nationalismus. Solcher stützt sich auf den souveränen Nationalstaat. Putin aber recurriert in seiner Politik gerade nicht auf den russischen Begriff *rossijskij*, der sich auf den offiziellen Staatsnamen der Russländischen Föderation bezieht und all das bezeichnet, was zum Staat (*Rossija*) gehört. Nein, Russlands Staatspräsident sucht seit Jahren den Begriff *Russkij mir* (dt: *russische Welt*) zu prägen, in Anspielung auf den Begriff *russkij*, der sich auf die russische Kultur und die russische Sprache bezieht. Dahinter steht jenseits von Staatlichkeit die Vorstellung von Russland als einer (nichtwestlichen) Zivilisation. Tatsächlich ist die Russländische Föderation ein relativ fragiles Gebilde, das Putin unter Berufung auf unterschiedliche Merkmale wie Religion, Kultur, Sprache und historisches Territorium gegen die Gefahr eines Auseinanderfallens autoritär zu stabilisieren und zu erweitern sucht. Russland versucht heute das aufzubauen, was die meisten Staaten Europas in ihrer Geschichte längst errichtet haben oder sogar schon wieder umbauen. Die Russländische Föderation ist kein russischer Nationalstaat. Sie ist ein Überbleibsel des russländischen und sowjetischen Imperiums, das mit autoritärer Macht – Demokratie wird nur simuliert – zusammengehalten wird. Putins Invasion in der Ukraine gründet somit nicht auf Nationalismus, sondern ist richtig verstanden ein Fall von großrussischem Imperialismus.⁷⁶

Putins Invasion in der Ukraine gründet nicht auf Nationalismus, sondern ist richtig verstanden ein Fall von großrussischem Imperialismus.

Demgegenüber eindeutig als Nationalismus einzuordnen sind die Fälle rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen, die ihren Erfolg bis zur Bedrohung des Westens durch die russische Invasion in der Ukraine der Infragestellung demokratischer Prinzipien verdanken. Die Liste dieser politischen Kräfte allein in Europa ist lang: von der französischen Rassemblement National (bis 2018 Front National) über die Freiheitliche Partei Österreichs bis zur UKIP in Großbritannien, von der Partij voor de Vrijheid in den Niederlanden über die flämische Vlaams Belang, die italienische Lega und Chrysi Avgi in Griechenland, Fidesz in Ungarn, Prawo i Sprawiedliwość (kurz PiS) in Polen und zur Alternative für Deutschland (AfD). Es mag richtig sein, dass diese Akteure angesichts des Krieges und infolge der geschlossenen Reaktion des Westens mancherorts derzeit an politischer Schlagkraft verloren haben. Aber eine Bedrohung für die Demokratie stellen sie nach wie vor dar.

Daher gilt es nachzuvollziehen, was ihr Potenzial in der politischen Auseinandersetzung so groß hat werden lassen und ob und in welcher Weise sie die Demokratie gefährden.

Was macht Politik unter dem Banner des Nationalismus erfolgreich?

Ausmachen lassen sich zumindest drei Begründungslinien, die verdeutlichen, weshalb nationalistische Parteien erfolgreich auftrumpfen: ein materieller, ein kulturell-identitärer und ein auf medial-politische Repräsentationsdynamiken abstellender Erklärungsansatz.⁷⁷

Der materielle Ansatz stellt auf die Kosten-Nutzen-Überlegungen der Bürgerinnen und Bürger ab. Eine steigende Einkommens- und Vermögensungleichheit in verschiedenen Regionen und unterschiedliche Folgen von freiem Wettbewerb auf die Industrie und die Erwerbsbevölkerung führen zu Kritik an der liberalen grenzüberschreitenden Wirtschaftsordnung. Tiefer Unmut sowie Angst vor Globalisierungstendenzen und noch stärkerem Wettbewerb kanalisieren sich in der Unterstützung populistischer Parteien, die ihrerseits eine Verbesserung der sozialen Situation vor Ort in Aussicht stellen. Befürwortet wird deren populistisch-protektionistisch ausgerichtete politische Agenda, die insbesondere die Forderungen nach mehr sozialstaatlicher Umverteilung aufgreift, vor allem von ökonomisch benachteiligten Bevölkerungsgruppen und abstiegsgefährdeten Mitgliedern der Mittelschicht.

Der kulturell-identitäre Ansatz greift dagegen die Bedeutung intersubjektiv empfundener Werte und Identitäten auf. Thematisiert werden seitens nationalpopulistischer Politiker öffentlich wahrgenommene Veränderungen und Bedrohungen in Bezug auf traditionell vorhandene, gesellschaftlich verwurzelte Werte sowie

eine wachsende kulturelle und ethnische Heterogenität. Entscheidend betont werden die Ängste und Sorgen, die die nationale Gemeinschaft angesichts der kulturellen Dynamik psychisch zeichnen.

Ein dritter Ansatz schließlich stellt auf die Bedeutung der Repräsentation ab und rückt das Verhalten meinungsbildender politischer, medialer und kultureller Eliten in den Fokus. Nach dieser Interpretation fühlen sich große Teile der Bevölkerung von einer als verantwortungslos empfundenen Elite nicht mehr angemessen repräsentiert. Folge dessen ist die Unterstützung häufig neuer, kritischer Bewegungen und Parteien oder die Abwendung von etablierten politischen Institutionen.

Deutungsmuster wie die drei skizzierten können den großen Zuspruch für nationalpopulistische Parteien, wie er zumindest bis zuletzt festzustellen war, nicht abschließend erklären. Doch schon die Analyse gegenwärtiger Verhältnisse in einer Nation oder Region anhand der angesprochenen Kriterien sollte verdeutlichen, inwieweit Demokratie heute durch nationalistisches und revisionistisches Denken in Gefahr geraten kann.

Ist die Demokratie in Gefahr?

Dass innerhalb der EU ein derartiges Gefahrenpotenzial grundsätzlich vorhanden ist, haben in den zurückliegenden Jahren Analysen zu postkommunistischen Regionen in Europa gezeigt.⁷⁸ Ausgemacht wurden Entwicklungen eines sogenannten *democratic backsliding*, eines Demokratieverfalls. Offen geblieben ist, ob diese Prozesse als fortschreitende Entdemokratisierung zu deuten sind oder lediglich eine vorübergehende Erscheinung darstellen. Für Erstgenanntes sprechen die These von Yascha Mounk, nach der Demokratien weltweit im Sterben begriffen sind, und auch die Annahme Robert Dahls von der Transformation der Demokratie: vom demokratischen Stadtstaat über die repräsentative Massendemokratie hin zu einer möglichen Dominanz illiberaler Demokratien, in denen populistischer Nationalismus etwa Rechtsstaatlichkeit verdrängt.⁷⁹ Für Letztgenanntes spricht die Annahme des V-Dem Institute, dass bis zuletzt eine Art „demokratischer Rezession“ zu konstatieren war, wobei Demokratien zwar weniger liberal ausgeprägt sind, aber kein globaler Trend eines Abdriftens in den Autoritarismus gegeben ist.⁸⁰ Zwar wird seit Beginn des Krieges in der Ukraine – angesichts der starken einheitlichen Reaktion des Westens – auch wieder stärker von der „Revitalisierung der Demokratie“ gesprochen; so etwa explizit US-Präsident Joe Biden in seiner Rede im Warschauer Königsschloss Ende März 2022.⁸¹ Doch wie nachhaltig dies sein wird, ist abzuwarten.

Um dennoch zu veranschaulichen, wie Demokratie konkret durch Nationalismus und Revisionismus in Gefahr geraten kann, soll auf die Lage in Polen eingegangen werden, wie sie sich bis Februar 2022 präsentierte. Dies scheint angebracht, weil die Regierungskoalition der sogenannten Vereinigten Rechten unter Führung der PiS

in Warschau noch bis zum Ausbruch des Krieges in der Ukraine eine deutliche Abgrenzungspolitik gegenüber der EU als Staatenverbund verfolgte. Zwar wird diese Linie von Polens Regierung angesichts der grundlegend veränderten Sicherheitslage und der enormen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen nicht weiterverfolgt. Doch grundlegende Kritikpunkte und Motive werden nicht von heute auf morgen ausgeräumt sein und sollten weiter beobachtet werden.

Die gefährdete Demokratie Polens – ein Paradebeispiel

Die dramatische Situation in Polen, wie sie sich bis in die Gegenwart darstellt, lässt sich konkret dem Fazit im Transformation Index der Bertelsmann Stiftung (BTI) von 2020 entnehmen: „Die politische Instrumentalisierung des Justizwesens, der öffentlichen Medien und der öffentlichen Verwaltung durch die regierende Partei Recht und Gerechtigkeit hat die Qualität der Demokratie untergraben und zu einer noch tieferen Spaltung der polnischen Gesellschaft beigetragen.⁸² Die Wirtschaftsleistung Polens ist gut und die Prognosen für die Zukunft sind positiv. Die Steuer- und Schuldenpolitik der Regierung fördert im Allgemeinen die makroökonomische Stabilität. Aber die Sozialausgaben sind gestiegen und es werden immer wieder populistische Versprechungen gemacht. Die Gesetzgebung wird häufig von schlecht vorbereiteten Gesetzesentwürfen dominiert, die übereilt verabschiedet werden, sodass es kaum Möglichkeiten für andere Akteure gibt, sich zu äußern.“⁸³ Zu dieser Bilanz passt, dass Polen heute von der Demokratieforschung als ein Fall von *party state capture* gesehen wird: als Staat, der vereinnahmt ist durch eine Partei, die wichtige staatliche Institutionen – einschließlich Gerichte und Unternehmen – kontrolliert.⁸⁴

Die Jahre nach der Überwindung des Kommunismus und der politischen Wende 1989 haben Mittelosteuropa allgemein und Polen besonders geprägt. Die Folgen waren für viele Bürgerinnen und Bürger schwerwiegend: Die Transformation wurde ursächlich für große soziale Opfer, materielle Ausgrenzung, einen hohen Anpassungsdruck aufgrund der auferlegten Bedingungen sowie teilweise auch den Verlust bisherigen relativen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wohlstands. In der Zusammenschau mit den genannten Maßnahmen ergab sich daraus für einen Großteil der polnischen Bevölkerung eine verhängnisvolle Diskrepanz: Die Anerkennung der ökonomischen Ausgrenzung von vielen als dem Preis der Reformen stand in Widerspruch zur politischen Inklusion von Privilegierten einschließlich der ehemaligen Kommunistinnen und Kommunisten – und zugleich bildete sie das Ergebnis der institutionalisierten Hegemonie der Eliten über den demokratischen Prozess.

Entsprechend des aufgezeigten materiellen Ansatzes adressiert die PiS bis heute wie keine andere etablierte Partei in Polen

fortwährend vorhandene soziale Ungleichheiten in der Gesellschaft. Dabei kommt ihr entgegen, dass der Wirtschaftsstandort Polen seit 1990 nahezu ununterbrochen hohes Wachstum generiert, das Niveau der empfundenen sozialen Ungerechtigkeiten im Gefälle West-Ost und Stadt-Land aber nicht gesenkt wurde. Soziale Wohltaten wie das Programm „500Plus“ von 2016 oder die nun versuchte „Polnische Neue Ordnung“ (*Polski Nowy Ład*)⁸⁵, von der sich die Regierung trotz nachträglich notwendiger Korrekturen Wählerzuspruch erhofft, bilden das programmatische Zentrum.

Erfolgreich verfolgt wurde seitens der PiS bis zuletzt die nationalistisch-populistische Idee, die Mobilisierung von Solidarität über das Postulat des starken, souveränen und protektionistischen Staates zu suggerieren. Die PiS beschwor gemäß des zweiten Ansatzes die kulturelle Identität der Polinnen und Polen – dies etwa in der antisolidarischen Haltung der polnischen Regierung während der europäischen Migrationskrise 2015, im wiederholten Schüren antideutscher und antieuropäischer Ressentiments in Wahlkämpfen und in der Abschottung der polnischen Außengrenze mittels nationalistisch effektiver, aber humanitär sowie europa- und völkerrechtlich umstrittener Regierungsmaßnahmen im Grenzkonflikt mit Belarus 2021.

Dass die PiS bis vor kurzem auch nicht nachließ, entsprechend dem genannten dritten Ansatz, der Anklage eines vermeintlich rücksichtslos handelnden Establishments, die eigene nationale Identität durch den behaupteten Gegensatz „Polen“ vs. „Europa“ zu unterstreichen, war unübersehbar. Die Missstände im Land wurden dem verantwortungslosen Handeln der politischen, als Hegemon bezeichneten Elite in Brüssel, dem rücksichtslosen transnationalen Finanzsektor sowie der liberalen Bürgerplattform unter Führung von Donald Tusk, dem Hauptkonkurrenten im polnischen Parteienspektrum, zugeschrieben. Dabei, so bis zuletzt der Subtext, sei offenkundig, dass das demokratische Modell des europäischen Liberalismus (als dessen Hüter die EU auftrate) kein Vertrauen verdiene und der „Westen“ in kulturellen Identitätsfragen die nationale Kultur weiter gefährde (siehe die fortschreitende Säkularisierung im westlichen Europa mitsamt der Unterstützung von Minderheiten wie LGBTQ und das tief katholisch geprägte Polen als Antipoden).

Was aufgrund der schmerzhaften Transformationsungerechtigkeit bei vielen Wählerinnen und Wählern erfolgreich verfiel, war das national und sozial unterfütterte Narrativ der PiS, Polen werde von seinen europäischen Gegenspielern nicht als gleichberechtigter Partner behandelt. Vielmehr wurden die Beziehungen zu Brüssel aufgrund zuvor unter politischem Druck angenommener Mitgliedschaftsbedingungen als asymmetrisch und ungerecht angesehen. Europa, so hieß es, sei in Wahrheit nicht daran interessiert, den Status quo zu verbessern. Ganz im Gegenteil gelte der EU das polnische Postulat nach echter Transformationsgerechtigkeit als Störfaktor. Daher sahen die Verantwortlichen in Warschau bis hinein ins Jahr 2022 nur einen Weg, nämlich eine Revision der laufenden EU-Prozesse zu bewirken, sodass Polen – sei es innerhalb oder außerhalb der europäischen Integration – einen echten Entwicklungssprung machen könne.

Wie das Vertrauen in liberale Politik wiederhergestellt werden kann

Die skizzierten Entwicklungen in Polen⁸⁶ verdeutlichen, dass bis zuletzt ein Großteil der Bevölkerung angesichts materieller Sorgen, kulturell-identitärer Verunsicherung sowie aus Enttäuschung über die so empfundene Verantwortungslosigkeit von Eliten seit 1990 den Verheißungen der rechtspopulistischen PiS gefolgt ist. Zwar mag die Führung in Warschau angesichts der existenziellen Bedrohung durch Putins Aggression im Osten seit dem Frühjahr 2022 von ihrem nationalistischen Postulat eines „Europa der Vaterländer“ (entgegen der EU als supranationaler Einheit) abgerückt sein. Denn auch die PiS hat erkannt, dass für Polen nicht nur die NATO und bilaterale Sicherheitsbeziehungen zur Weltmacht USA allein ausreichend sind, sondern es stattdessen der Gemeinschaft des Westens bedarf, um gegen die Willkür Putins als imperialem Führer der Nuklearmacht Russland anzukommen. Doch dass deshalb die Regierung in Warschau fortan sämtliche Regeln der Demokratie akzeptieren wird, ist keineswegs ausgemacht. Nicht zuletzt, da sicher auch die EU fortan darauf bedacht sein wird, Konfrontationen mit Polen als einem sicherheits- und migrationspolitisch an der EU-Außengrenze zur Ukraine angesehenen Schlüsselstaat milde zu handhaben. Und ob PiS unterdessen nicht weiterhin die gesellschaftliche Unzufriedenheit mittels nationalistischer Propaganda zum Erhalt ihrer autoritären Machtstrukturen zu instrumentalisieren sucht, bleibt abzuwarten.

Vorsicht ist trotz der aktuell vorherrschenden demokratischen Geschlossenheit in Europa ob der langfristigen Entwicklungen nicht nur in Polen angezeigt.

Vorsicht ist trotz der aktuell vorherrschenden demokratischen Geschlossenheit in Europa aber ob der langfristigen Entwicklungen nicht nur in Polen angezeigt. Antidemokratische Erscheinungen sind – wie die Auflistung rechtspopulistischer Parteien zu Beginn andeutet – nicht auf Mitteleuropa beschränkt. So zeigte beispielsweise auch in Deutschland der – gleichfalls transformationsbedingte – Gegensatz zwischen „West“ und „Ost“, dass die demo-

kratische Stabilität des politischen Systems in manchen Regionen auch hier auf die Probe gestellt ist. Historische Prägungen, ökonomische Ungleichheiten und unterschiedliche politische und soziale Orientierungen in der Bevölkerung schürten auch in den neuen Bundesländern Verunsicherungen, die Parteien wie die AfD in den vergangenen Jahren mittels nationalistischer Ideologie aufzugreifen wussten. Gleichfalls konstatiert wurde eine stark polarisierte Gesellschaft, eine mancherorts deutlich ausgeprägte Missachtung demokratisch legitimer Volksvertreterinnen und -vertreter oder bisweilen gar offene Gewalteskalation und die Missachtung des Rechtsstaates – etwa durch sogenannte Reichsbürger, eine Gruppe, die nicht nur offen die Demokratie ablehnt, sondern Revisionismus betreibt.

Zwar befürwortet die große Mehrheit der Deutschen die Demokratie als freiheitlichen Rechtsstaat. Aber Studien zeigen, dass ein nicht unerheblicher Bevölkerungsanteil auch antiplurale Standpunkte vertritt, die zumindest von einem illiberalen Demokratieverständnis und von Vorstellungen der Ungleichwertigkeit diverser Bevölkerungsgruppen zeugen. Eine nicht kleine Minderheit vertritt sogar antidemokratische bis rechtsextreme Positionen.⁸⁷ Auch in Deutschland schien (zumindest bis vor kurzem) somit ein Teil der Mitte seinen demokratischen Kompass zu verlieren. Ausweis dessen waren etwa die illegalen Menschenansammlungen in Sachsen, anlässlich derer sich Rechtsradikale und Corona-Leugnerinnen und -Leugner in offener Ablehnung des Staates vermengten. Diese laute Minderheit war nicht nur radikalisiert, sondern stellte eine veritable Gefahr dar für die offene Gesellschaft.

Nun scheint es angesichts der politischen Zeitenwende ob der menschenverachtenden, völkerrechtswidrigen Aggression Russlands durchaus denkbar, dass Prinzipien der Demokratie – wie Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung sowie der Schutz von Minderheiten und Opposition – gegenüber nationalistischen und revisionistischen Tendenzen aufs Neue sich durchzusetzen imstande sind. Die geeinte und entschiedene Reaktion der Staatengemeinschaft für Frieden und Demokratie kann als gewichtiges Indiz gewertet werden.

Doch die letzte Gewissheit einer Umkehrung des Trends hin zu einer nachhaltig resilienten, revitalisierten Demokratie im Angesicht äußerer Bedrohung wird sich nicht einstellen. Neue Herausforderungen mit demokratiezersetzendem Potenzial werfen bereits ihre Schatten voraus: die grassierende Inflation verbunden mit horrenden Preissteigerungen, die Belastung der Wirtschaft angesichts der umfassenden und notwendigen Sanktionen gegen Russland, steigende Energiekosten angesichts einer Neuordnung des europäischen Energiemarktes, erheblich höhere Finanzausgaben im Bereich Verteidigung, (nicht zuletzt) ein nicht absehbarer Druck sowohl auf die Sozialsysteme als auch auf die Gesellschaften insgesamt aufgrund der größten Flüchtlingskrise seit dem Zweiten Weltkrieg.

Um einer Gefährdung der Demokratie in jedem Fall entschieden vorzubeugen, scheint es daher – unabhängig von aktuellen Vorzeichen – langfristig geboten, das Vertrauen in liberale Politik durch transparente Prozesse und konkrete Politikergebnisse zu stärken. Es ist notwendig, die Bedeutung rechtsstaatlicher Institutionen zu unter-

streichen sowie die Wichtigkeit demokratischer Grundsätze zu kommunizieren und konsensorientierte gesellschaftliche Strukturen fernab von Abgrenzung und Aggression zu fördern. Ferner muss sich Europa als demokratische und supranationale Einheit gerade in Zeiten internationalen Konfliktmanagements und vor allem bei der jungen Generation, die mit Krieg zum ersten Mal in dieser Dimension konfrontiert ist, als stark, geschlossen und effektiv beweisen. Mit Blick auf Regionen, die immer noch unter den Folgen der Transformation leiden, gilt es, in wirtschaftlich noch schwierigerer Zeit umso mehr in offenen, demokratischen Prozessen eine echte Aufstiegsperspektive zu erarbeiten. Eine solche muss die Sorgen der Menschen überall, aber besonders in den Teilen Europas, die regional am stärksten von der Not in der Ukraine betroffen sind, ernst nehmen, eine Angleichung der sozialen Lebensverhältnisse leisten und im unmittelbaren Dialog – falls möglich unter aktiver Einbeziehung der Bürgerschaft in politische Entscheidungsprozesse vor Ort – umgesetzt werden.

Dass dies schwierig, doch nicht ohne Hoffnung ist, belegen die Millionen von Menschen, die während der vergangenen Wochen in ganz Europa und weltweit gegen den Krieg in der Ukraine und für Demokratie auf die Straße gegangen sind.

Kurzfristig soll gelten, was Anne Applebaum in ihrem Buch „Die Verlockung des Autoritären“⁸⁸ wie folgt beschreibt: „Freiheitliche Demokratien haben ihren Bürgern immer etwas abverlangt: Teilnahme, Diskussion, Einsatz und Auseinandersetzung.“ Wird diese Notwendigkeit etwa auf postkommunistische Regionen Europas bezogen, lassen sich die Worte der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel zum Tag der Deutschen Einheit 2021 nahtlos anfügen: „Leute, macht die Türen auf und schaut nach, was dahinter ist. Seid bereit zur Begegnung, seid neugierig aufeinander, erzählt einander eure Geschichten und haltet Unterschiede aus. Das ist die Lehre aus 31 Jahren Deutscher Einheit. Wir brauchen Respekt vor den jeweiligen Biografien und Erfahrungen und auch vor der Demokratie.“⁸⁹

Autoren

David Gregosz leitet das Auslandsbüro Polen der Konrad-Adenauer-Stiftung. **Thomas Behrens** ist Projektkoordinator im Auslandsbüro Polen der Konrad-Adenauer-Stiftung.

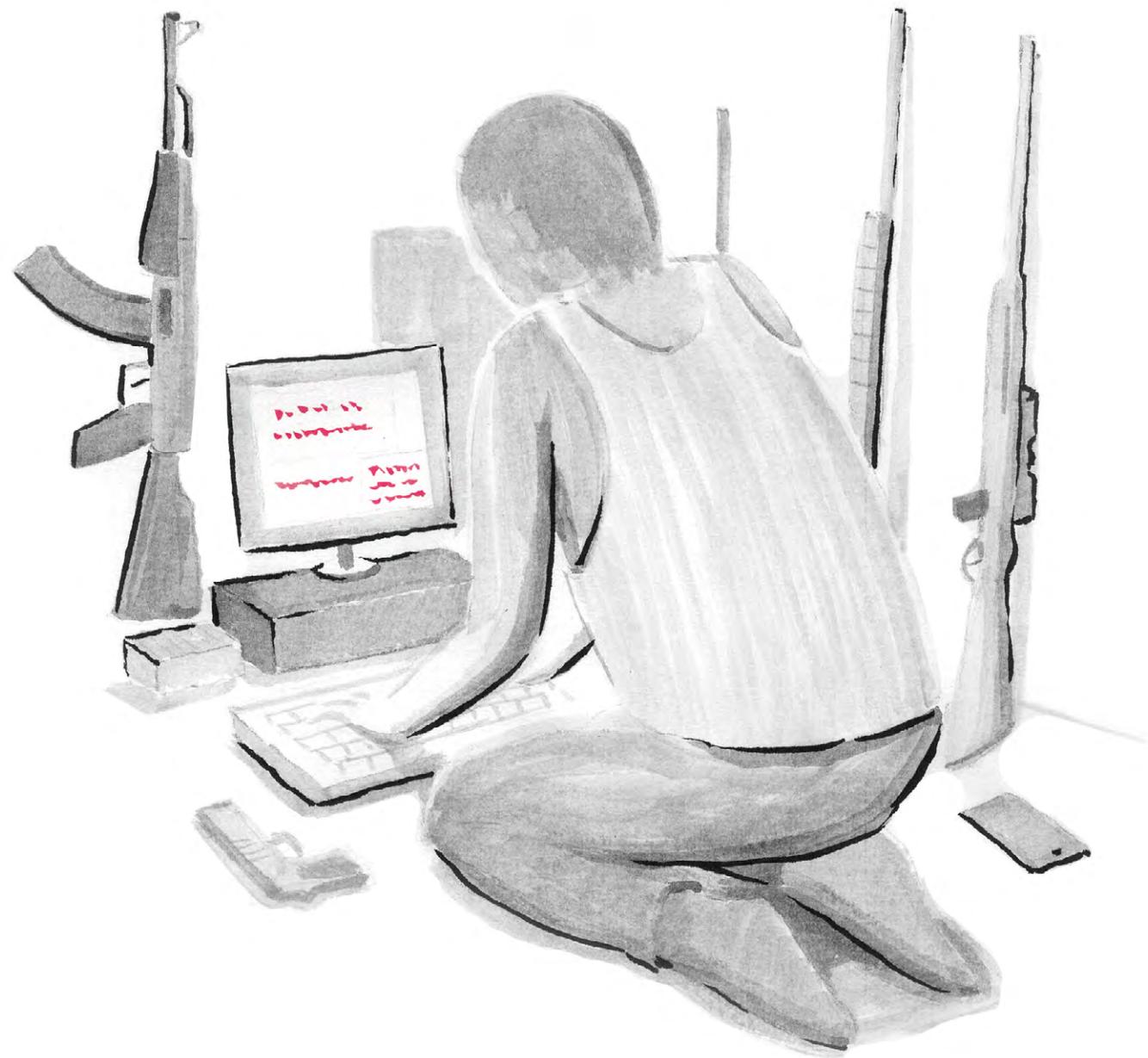
- 69 Major, Claudia/Mölling, Christian 2022: Zusammen mit Russland, das geht nicht mehr, Die Zeit, 24.03.2022, in: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-03/russland-kooperative-sicherheitsordnung-krieg-ukraine-deutschland> [27.03.2022]; Kaim, Markus 2022: „Das ist eine Wegscheide“, Gespräch in DLF Kultur, in: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/markus-kaim-ukraine-100.html> [27.03.2022].
- 70 Putin, Wladimir 2021: On the Historical Unity of Russians and Ukrainians, Essay (in engl. Übers.), 12.07.2021, in: <http://en.kremlin.ru/events/president/news/66181> [27.03.2022].
- 71 Schmid, Ulrich 2022: Russischer Nationalismus, Putins fragile „russische Welt“, Tagesschau, 23.02.2022, in: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/russland-nationalismus-101.html> [25.04.2022]; Ismar, Georg/von Marschall, Christoph 2022: Putin lässt die Maske fallen – warum es ihm um die ganze Ukraine geht, Der Tagesspiegel, 22.02.2022, in: <https://www.tagesspiegel.de/politik/aufmarsch-in-der-ostukraine-putin-laesst-die-maske-fallen-warum-es-ihm-um-die-ganze-ukraine-geht/28090926.html> [25.04.2022]; Belousova, Katja 2022: Geschichtsstunde mit Wladimir Putin, ZDFheute, 21.02.2022, in: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/putin-rede-konflikt-ukraine-100.html>; <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/geschichte-konflikt-ukraine-100.html> [27.03.2022].
- 72 Cedermann, Lars-Erik/Pengl, Yannick 2022: Wladimir Putin: Verrückter Despot oder rationaler Nationalist?, Neue Zürcher Zeitung, 26.02.2022, in: <https://magazin.nzz.ch/nzz-am-sonntag/international/wladimir-putin-verrueckter-despot-oder-rationaler-nationalist-id.1671967> [27.03.2022]; Schmid 2022, N. 3.
- 73 Anderson, Benedict 1983: Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism, London.
- 74 Münkler, Herfried und Marina 2016: Die neuen Deutschen. Ein Land vor seiner Zukunft, Berlin, S. 290.
- 75 Major/Mölling 2022, N. 1.
- 76 Furman, Dmitrij 2021: Russlands Entwicklungspfad, Vom Imperium zum Nationalstaat, Zeitschrift Osteuropa 10/2011, in: <https://zeitschrift-osteuropa.de/site/assets/files/3067/oe111001.pdf> [27.03.2022]; Schmid 2022, N. 3.
- 77 Golder, Matt 2016: Far Right Parties in Europe, Annual Review of Political Science 2016/19, S. 477–497; Hobolt, Sarah/de Vries, Catherine 2016: Public Support for European Integration, Annual Review of Political Science 2016/19, S. 413–432.
- 78 Kaiser, Stefanie 2021: The Rule of Law in Eastern Europe - Hungary and Poland in Comparison, V-Dem, 09.02.2021, in: http://v-dem.net/weekly_graph/the-rule-of-law-in-eastern-europe-hungary-and [11.02.2022]; Buras, Piotr 2018: Poland, Hungary, and the slipping façade of democracy, European Council On Foreign Relations, 11.07.2018, in: https://ecfr.eu/article/commentary_poland_hungary_slipping_facade_of_democracy/ [27.03.2022].
- 79 Vgl. Mounk, Yascha 2018: Der Zerfall der Demokratie: Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht, München; Dahl, Robert A. 1989: Democracy and its critics, New Haven; ders. 1998, On democracy, New Haven.
- 80 Vgl. Lührmann, Anna/Hellmeier, Sebastian (V-Dem Institute, Göteborg) 2020: Populismus, Nationalismus und Illiberalismus: Herausforderung für Demokratie und Zivilgesellschaft, in: Heinrich Böll Stiftung/V-Dem (Hrsg.), E-Paper-Reihe „Demokratie im Fokus“, Nr. 2, Sarajevo; Petrova, Tsveta/Aydin-Düzgit, Senem 2021: Democracy support without democracy: The cases of Poland and Turkey, in: Carnegie. Endowment for International Peace“, online unter: <https://carnegieendowment.org/2021/01/05/democracy-support-without-democracy-cases-of-poland-and-turkey-pub-83485> [27.03.2022].
- 81 Joe Biden 2022: „It's from the darkness moments that the greatest progress follows“, Full transcript of President Biden's speech in Warsaw on Russia's invasion of Ukraine, ABC News, 26.03.2022, in: https://abcnews.go.com/Politics/full-transcript-president-bidens-speech-warsaw-russias-invasion/story?id=83690301&fbclid=IwAR35t_oCILJZGxbiQI-IYkMQc9FN302s0JWAN6SfE9e8FRgfHWrw5dk-FHo [27.03.2022].
- 82 Hingewiesen sei bezüglich des Justizwesens auf die Vereinnahmung des Verfassungstribunals (Trybunał Konstytucyjny, TK), die politische Besetzung des Vorsitzes des Obersten Gerichts (Sąd Najwyższy, SN) und tiefgreifende Justizreformen, insbesondere das Verfahren zur Neubesetzung von Richterstellen betreffend, ferner bezüglich der öffentlichen Medien auf die organisatorische und inhaltliche Vereinnahmung des öffentlich-rechtlichen Senders TVP bei gleichzeitiger Bekämpfung privater Presse- und Rundfunkmedien.
- 83 Bertelsmann Stiftung 2020: The Transformation Index 2020, Polen, in: <https://bti-project.org/de/reports/country-dashboard/POL> [27.03.2022].
- 84 Zu Demokratieverfall und zur Untersuchung von *state capture* in Mittelosteuropa: Sata, Robert/Karolewski, Ireneusz Pawel 2020: Caesarean politics in Hungary and Poland, East European Politics, 36/2020, in: <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/21599165.2019.1703694> [27.03.2022].
- 85 Gregosz, David/Behrens, Thomas 2021: Polens Regierung plant Post-Covid-Ära, KAS-Länderbericht, 06.05.2021, in: <https://www.kas.de/de/web/polen/laenderberichte/detail/-/content/polens-regierung-plant-post-covid-aera> [27.03.2022].
- 86 Klein, Angelika 2020: Polen, Nationalkonservative Bewegungen im Aufwind, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Nationalismus in Europa – Einheit in Vielfalt, S. 66 ff., in: <https://www.kas.de/pl/einzeltitel/-/content/nationalismus-in-europa-einheit-in-vielfalt> [27.03.2022]; Cichocki, Marek 2020: Nord und Süd, Texte über die polnische Geschichtskultur, Polnische Profile Bd. 10, Wiesbaden; Cichocki, Marek 2020: Krise der liberalen Transformation – Der Fall von Polen nach 30 Jahren, Vortrag vom 04.12.2020, in: <https://www.youtube.com/watch?v=cDoS14jDPho> [27.03.2022].
- 87 Küpper, Beate/Zick, Andreas 2020: Verlorene Mitte? (Anti-)demokratische und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, in: LPB Baden-Württemberg (Hrsg.): Deutschland & Europa, Heft 79-2020, S. 78 ff., in: https://www.deutschlandundeuropa.de/79_20/demokratie_krise.pdf#page=79 [27.03.2022].
- 88 Applebaum, Anne 2021: Die Verlockung des Autoritären, Warum antidemokratische Herrschaft so populär geworden ist, München, S. 189.
- 89 Merkel, Angela 2021: Rede zum Tag der Deutschen Einheit, gehalten am 3. Oktober 2021 in Halle/Saale, in: <https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/rede-von-bundeskanzlerin-merkel-anlaesslich-des-festakts-zum-tag-der-deutschen-einheit-am-3-oktober-2021-in-halle-saale-1964938> [27.03.2022].

Cyberangriffe und Trollarmeen

Vom Computerwurm zur Gefahr für die Demokratie

Maximilian L. Knoll

Die Gefahren für die Demokratie sind längst nicht mehr nur analoger Natur. Auch Herausforderungen im digitalen Raum bedrohen nunmehr die Funktionsfähigkeit der demokratischen Ordnung und gelten aufgrund rechtlicher Grauzonen sowie weitgehend ungeklärter Zuständigkeitsfragen als äußerst schwer einzudämmen. An vielen Stellen ist der Staat nicht adäquat gewappnet, um diesen Gefahren entgegenzutreten. Nur ein kluger Spagat zwischen entschlossenem Handeln und Anpassungsfähigkeit kann langfristig zum Erfolg führen.



Ist die Funktionsfähigkeit des demokratischen Staates gefährdet?

Als Robert M. Morris im Jahre 1988 den ersten medienwirksamen Computerwurm in seiner Hochschule entwickelt und anschließend in Verkehr gebracht hat, dürfte ihm das, was ab den späten Nullerjahren zunehmend die Regel werden sollte, als Begleiterscheinung futuristischer Dystopien vorgekommen sein. Nicht nur, dass verschiedene Mittel des Cyber- und Informationsraums in feindlicher Willensrichtung einmal eingesetzt würden, um die Präsidentschaftswahlen der rüstigen Demokratien USA und Frankreich zu beeinflussen oder Gaspipelines und Zentrifugen von Atomreaktoren (ohne physische Einwirkung) physisch zu beschädigen. Während Morris immerhin eine Bewährungsstrafe verbüßte, ist es zunehmend schwerer zu ermitteln, wer sich hinter infantil und euphemistisch anmutenden Trollarmeen beziehungsweise Spionage und Erpressungen mit den Namen *CozyBear*, *Sandworm* oder *WannaCry* verbirgt. Die im Verhältnis zur eher unsichtbaren Anbahnung bisweilen zerstörerische, jedenfalls aber kostspielige Reichweite dient dabei häufig als Anlass, sämtliche Katastrophenszenarien aus der analogen in die digitale Welt zu übertragen, indem das Wort „cyber“ mit Attributen wie 9/11, Pearl Harbor oder Tschernobyl angereichert wird. Erfahrungsgemäß sind staatliche Einrichtungen hierzulande etwas nüchterner mit apokalyptischen Konnotationen und differenzierter hinsichtlich des Wirkungsgrades.

Ohne Zweifel weisen Angriffe aus dem Cyber- und Informationsraum gesellschaftliche und wirtschaftliche Implikationen auf, sei es in Form von „Nadelstichen“, indem verschiedene private oder staatliche Dienste (vorübergehend) nicht in Anspruch genommen werden können, sei es, indem Systeme verschlüsselt werden und deren Weiterverwendung von Lösegeldzahlungen abhängig gemacht wird. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und ihre Gegenwehr finden auch im Cyber- und Informationsraum statt. Dies mag in Gestalt von kriegsüblicher Propaganda, der Inszenierung eigener Truppen, Geländegewinnen und -verlusten wenig überraschen. Eindrücklich ist vielmehr, wie im Zuge dieses Konflikts nicht nur die Dezentralität derer augenfällig wird, die sich auf den digitalen Austragungsorten betätigen und dazu anlassbezogen zusammenfinden, sondern auch deren Wirkmächtigkeit im Verhältnis zu einem Land wie Russland, das bislang auf dem Gebiet der hybriden (im Sinne des Zusammenwirkens analoger und digitaler) Kriegsführung als besonders versiert galt.

Ohne der vorgenannten Hyperbel das Wort reden zu wollen, steht angesichts der potenziell weitreichenden Auswirkungen durch Einflussnahme aus dem Cyber- und Informationsraum die Frage im Raum: Kann hiervon auch die Demokratie – als einer der Grundpfeiler unserer staatlichen Organisation – gefährdet sein? Der Abstraktionsgrad könnte kaum höher sein und die Übersetzungsleistung „Herrschaft des Volkes“ hilft nur bedingt: Ist die Herrschaft mit der Abgabe der Stimme ausgeübt, oder gehört mehr dazu? Selbst wenn die Abgabe der Stimme ohne Komplikationen abläuft und schließlich auch Teil des Gesamtergebnisses wird, das heißt Zähl- und Erfolgswert einander entsprechen: Welche Rolle spielt das Vertrauen in den individuellen (Wahl-)Prozess aber auch in die Funktionsfähigkeit des Staates als Grundlage für Akzeptanz – und kann es konterkariert werden? Ist der Weg bis hierher gebahnt: Wie und durch wen ist Abhilfe zu schaffen?

Stellt man sich einzelne Elemente von Demokratie als konzentrische Kreise vor, dann befinden sich in der Mitte die eigentliche Wahl bzw. Abstimmung, die Wahlrechtsgrundsätze, die politischen Parteien (als Transmissionsriemen partizipativer Politik) sowie die Mehrheitsentscheidung und der Minderheitenschutz. Während das Prinzip des demokratisch organisierten Staates durch die sogenannte Ewigkeitsklausel grundgesetzlich abgesichert ist, müssen Wahlen nicht nur turnusmäßig stattfinden, sondern auch von einer Mehrheit als ordnungsgemäß durchgeführt anerkannt werden. Das Rezept für Erstgenanntes sind allen voran die Wahlrechtsgrundsätze (insbesondere die Zähl- und Erfolgswertgleichheit der abgegebenen Stimmen), das Rezept für Letztgenanntes ist Akzeptanz, die wiederum Vertrauen voraussetzt und ungleich schwerer zu gewährleisten ist. Damit stellt das Vertrauen, um im Bild zu bleiben, den äußeren Kreis dar, der nicht hinweggedacht werden kann, ohne dass eine jede Wahl ihres Zwecks entledigt und zu einem rein bürokratischen Ereignis degeneriert. Dass es sich hierbei weniger um einen akademischen Diskurs als vielmehr die praktische Realität handelt, lässt sich spätestens seit der Präsidentschaftswahl 2020 in den USA beobachten. Obwohl 64 von 65 Versuchen, Wahlergebnisse auf unterschiedlichen Ebenen gerichtlich anzufechten, scheiterten, glauben bis zu zwei Drittel der US-Republikanerinnen und -Republikaner, dass die Wahl regelwidrig ablief und dies kausal für die Niederlage ihres Kandidaten war.⁹⁰

Mittelbare und unmittelbare Einflussnahme

Wie kann sich nun der Einsatz des Cyber- und Informationsraums auf das engere und weitere Beziehungsgeflecht eines demokratischen Prozesses auswirken? Unabdingbar ist die abstrakte Definition eines Cyberangriffs: Im Kern ist allen Ansätzen gemein, dass unter Zuhilfenahme informationstechnischer Systeme auf rechtlich geschützte Güter eingewirkt wird. Informationstechnische Systeme wiederum lassen sich darauf eingrenzen, dass bei ihnen eine Form von Datenverarbeitung stattfindet bei Verwendung von Binärcodes (bestehend aus 0 und 1).

Ein Versuch der Synthese anhand der dargestellten Elemente ergibt: Die Gefahr, eine Wahl in ihrer postulierten allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Weise zu konterkarieren, ist formal insoweit beherrschbar, wie sie sich von informationstechnischen Systemen entkoppeln lässt. Sobald jedoch eine Form von Datenübertragung etwa auf einen Server oder in eine Cloud stattfindet, womöglich noch über das Internet, wäre auch eine Einbruchsstelle – jedenfalls in der Theorie – gegeben, die in Verbindung mit dem „Faktor Mensch“ eine erfolgreiche Einflussnahme ermöglichen kann. Vor einem Großteil der gängigen Cyberangriffe ließe sich nämlich ungeachtet der lückenhaften Systemarchitekturen nahezu sicher schützen, wenn Menschen insbesondere mit dem Öffnen von E-Mail-Anhängen sorgsamer umgingen. Gerade weil es menschlicher Mitwirkung bedarf, ist der Schutz häufig eine Frage von individueller Sorgsamkeit. Die erfolgreiche digitale Beeinflussung einer Kommunal-, Landtags- oder Bundestagswahl erscheint mit Blick auf deren gegenwärtig analogen Ablauf eher unwahrscheinlich – ein zunächst einmal beruhigendes Zwischenergebnis.

Kommen wir – entlang der oben genannten Kreise – zum Vertrauen als akzeptanzschaffende Basis für einen demokratischen Willensbildungsprozess. Um zunächst einmal beim Wahlgang zu bleiben: Wie lässt sich das Vertrauen auf Zähl- und Erfolgswertgleichheit als dem Kern ordnungsgemäßer Durchführung von Wahlen konterkarieren? Hilfreich ist die Überlegung, wie typischerweise von Wahlergebnissen Kenntnis erlangt wird. Überwiegend dürfte dies über öffentlich-rechtliche und private Medienanstalten erfolgen. Man stelle sich vor, die Hochrechnungen einer Bundestagswahl müssten am Wahlabend wiederholt jenseits der typischen Schwankungen korrigiert werden, weil zum Beispiel auf das Ergebnis der Datenübermittlung eingewirkt worden ist. Oder aber der behördliche Zugriff auf Systeme der Stadt- oder Kreisverwaltungen wird im Rahmen von sogenannten Ransomware-Angriffen gesperrt: So geschehen im Juli 2021, als die Kreisverwaltung Anhalt-Bitterfeld mit knapp 900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über Nacht quasi handlungsunfähig wurde.⁹¹

Gleichsam lässt sich bereits im Vorfeld durch geschicktes Streuen von Falschinformationen das Ergebnis einer Wahl in Zweifel ziehen. Ansatzpunkt könnten etwa die Stimmen der Briefwählerinnen und Briefwähler sein, indem entweder vorgetäuscht wird, diese würden aus welchen Gründen auch immer in das Gesamtergebnis nicht einfließen, oder sie seien bereits ausgezählt worden, verbunden mit erfundenen „Vorab“-Hochrechnungen; beides angereichert durch wirkmächtige Bilder und Videos in sozialen Netzwerken. Die Algorithmen der einschlägigen Netzwerke dienen hierbei als wirksames Vehikel. Die auf Maximierung der Verweildauer der Nutzerinnen und Nutzer angelegten Algorithmen reagieren besonders auf reißerische Darstellungen. Daraus erwachsende „Trends“ sorgen dafür, dass die Botschaften einer immer breiteren Öffentlichkeit bekannt werden. Eine Gegendarstellung durch die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten könnte denklogisch nur gegenüber denjenigen verfangen, die ihnen gegenüber aufgeschlossen sind. Definitiv sind solche Ereignisse in der Lage, Vertrauen zu unterminieren, das sich zumeist schwerer zurückgewinnen als initial stören lässt.

Jenseits der Beeinflussung des Wahlergebnisses ist eine weitere Ebene nicht zu vernachlässigen, die weniger auf den demokratischen Ablauf im engeren Sinne abstellt, als vielmehr auf den Meinungsbildungsprozess im Vorfeld. So kann es unmittelbar Auswirkung auf das Wahlverhalten haben, wenn Wahlkampfteams kompromittiert werden, indem auf interne Kommunikation (wie E-Mails) zugegriffen und diese (entsprechend der eigenen Agenda) veröffentlicht wird. Dass dies nicht aus der Luft gegriffen ist, zeigt ein Blick in das Jahr 2017, als im Zuge des „Macron-Hack“ einen Tag vor der Stichwahl im Rahmen der französischen Präsidentschaftswahlen mehr als 20.000 gestohlene E-Mails aus dem Wahlkampfteam einer der Kandidaten veröffentlicht wurden;⁹² dies wohlgernekt zu einem Zeitpunkt, als Wahlwerbung gesetzlich nicht mehr erlaubt war, die Inhalte also unkommentiert im Raum standen.

Abgesehen von den dargestellten Möglichkeiten, mit Cyberangriffen auf staatliche Institutionen und Abläufe einzuwirken, darf ein weiterer Aspekt nicht unberücksichtigt bleiben, der die vorherigen Aspekte einschließt und mittelbar Bezug zum demokratischen Prozess aufweist: die Funktionsfähigkeit des Staates und das Vertrauen hierauf. Besonders wirkmächtig dürfte in diesem Zusammenhang wohl der Angriff auf das Netzwerk des Deutschen Bundestages im Jahr 2015 sein.

Von zentraler Relevanz ist hier aber auch das staatliche Gewaltmonopol. Inhaltlich ist damit gemeint, dass der Staat mit seinen Institutionen im Rahmen der Gesetze befugt und mitunter verpflichtet ist, wesentliche Schutzfunktionen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern selbst wahrzunehmen. Während dies allgemein und nicht speziell für Gefahren aus dem Cyberraum gilt, ist es hier aber besonders herausgefordert.

Der Staat verliert seine „Lufthoheit“

Während Angreiferinnen und Angreifer aus dem Cyberraum stärker werden und sich zunehmend in Sicherheit wiegen, sieht sich der Staat mit institutionellen und organisatorischen Herausforderungen konfrontiert. Ein Blick auf die Nachrichtenlage zeigt, dass Ereignisse wie *Stuxnet*, Angriffe mit flächendeckendem Ausfall der Stromversorgung und sonstige apokalyptisch anmutende Ereignisse im Verhältnis zu dem, was als Cyberkriminalität verstanden wird, bisher – zum Glück – eine untergeordnete Rolle gespielt haben. Cyberkriminelle zielen insbesondere auf Teile der sogenannten öffentlichen Daseinsvorsorge (wie Krankenhäuser) ab sowie in rasant zunehmendem Maße auf privatwirtschaftliche Einrichtungen, mittelständische Firmen und Industriebetriebe.⁹³ Der Angriff zeigt sich in der Regel dergestalt, dass bei einer *Zero-Day*-Sicherheitslücke⁹⁴, die als E-Mail-Anhang oder Link getarnt ist, der Zugang zum jeweiligen Betriebsnetzwerk verschlüsselt wird und die Wiederherstellung des Zugangs von der Zahlung eines Lösegeldes (daher Ransomware-Angriff genannt) in Kryptowährung abhängig gemacht wird. Flankiert wird das Vorgehen in aller Regel mit der Veröffentlichung von Firmengeheimnissen, vertraulichen Daten oder (vorgeblich) kompromittierendem Material über Firmenvertreterinnen und -vertreter, wodurch der monetären Forderung Nachdruck verliehen wird. Nur die wenigsten Betroffenen erhalten nach Zahlung sämtliche Daten zurück. Diese Ereignisse nehmen weltweit rasant zu, zwischen 2019 und 2020 ist allein ein Anstieg von 485 Prozent verzeichnet worden.⁹⁵

In den Fällen der vorgenannten Ransomware-Angriffe wird eine besondere Disparität augenscheinlich. So werden die Angriffe von arbeitsteilig und global organisierten Zusammenschlüssen und Banden unterschiedlicher fachlicher Hintergründe durchgeführt. Dreh- und Angelpunkt sind Plattformen, auf denen sich die Beteiligten ad hoc „projektbezogen“ zusammenfinden. Der Bedarf an terrestrischer Infrastruktur geht gegen Null und beschränkt sich maximal auf einen Funkmast in der weiteren Umgebung; ist dieser vorhanden, ist nur noch Strom für den Betrieb der eigenen Endgeräte nötig. Der Aufenthaltsort und die Jurisdiktion sind dagegen unerheblich. Im Darknet werden die IP-Adressen nicht protokolliert, selbst wenn: Die Dezentralität ermöglicht (auch bei geglückter Rückverfolgung), den eigenen Standort zu verschleiern, sofern dieser nicht ohnehin in anderen Staaten liegt und der Erfolg der Strafverfolgung dadurch erheblich beeinträchtigt ist.

Ein weiterer wesentlicher institutioneller Aspekt ist die Organisation auf staatlicher Ebene. Der Bund ist bis auf wenige Ausnahmen im (vollzugs-)polizeilichen und nachrichtendienstlichen Bereich im Inland nur koordinierend tätig. Dies zeigt eine weitere Schwierigkeit: Während die Auswirkungen unzweifelhaft und sichtbar im Inland sind, ist regelmäßig unklar, wo sich die Urheberinnen oder Urheber befinden. Die Schwierigkeit der Zurechnung eines Cyberangriffs resultiert zum einen aus der institutionalisierten Dezentralität des Cyberraums, zum anderen aus der hieraus entspringenden Möglichkeit der Anonymität und Verschleierung. Das Resultat ist eine in technischer Hinsicht unzureichende, bisweilen unmögliche Rückverfolgbarkeit (*back-tracing*). Dies fordert einen entlang der Trennlinie zwischen „innen“ und „außen“ organisierten Staat heraus. Hieran können auch die Bundeswehr und das dort 2017 aufgestellte Kommando Cyber- und Informationsraum (CIR) nichts ändern, da die Streitkräfte nur entlang des ihnen zugewiesenen gesetzlichen Leitbildes operieren, es aus sich heraus aber nicht fortentwickeln dürfen.

Was gegen Cyberattacken getan wird – und getan werden muss

Nun lässt sich aus dem staatlichen Gewaltmonopol weder ein Anspruch ableiten, der den Staat über den Schutz seiner eigenen Einrichtungen hinaus verpflichtet, vor jedwedem Blackout zu schützen oder sämtliche Gewerbebetriebe schadlos zu halten, noch einseitig eine Prävention zu leisten. Dem hält bereits der analoge Vergleich nicht stand, bei dem die Eigenverantwortlichkeit wesentliches Merkmal und letztlich die Kehrseite allgemeiner Handlungsfreiheit darstellt. Wenn es aber um strukturelle Organisationsleistungen geht, sind diese durch die Betroffenen aber gerade nicht zu bewältigen, sondern typischerweise staatliche Aufgabe.

Zentrale Punkte sind hierbei die Behördenausstattung und -organisation. Ausstattung meint dabei Personal und Material. Beides bedingt einander. Nicht hinreichend qualifiziertes Personal kann keine mündigen Entscheidungen für die materielle Ausstattung treffen, geschweige denn die Organisation anpassen. Die Folge ist bekannt: Abhängigkeit von Beratungsunternehmen und sonstigen Dienstleistern, die den Staat als blauäugigen Kunden schätzen; sinnbildlich in diesem Zusammenhang die sogenannte Corona-Warn-App, die bereits einen hohen dreistelligen Euro-Millionenbetrag verschlungen hat.⁹⁶ Beim Personal ist zu erkennen, dass die qualifizierten Köpfe ihren Preis haben. Für entsprechende IT-Spezialistinnen und -Spezialisten oder ganz konkret Hackerinnen und Hacker, um im Thema zu bleiben, werden nicht zuletzt seitens der *GAFAM* (Google, Amazon, Facebook, Apple und Microsoft) regelmäßig Gehälter bezahlt, die weit jenseits behördlicher Besoldung sind. Während der Markt-

preis zunächst einmal hinzunehmen ist, lässt sich die Vergütung wettbewerbsgerecht anpassen. Dazu bedarf es aber der Erkenntnis, dass Kompetenz und Fähigkeit die entscheidenden Kriterien sind, nicht zwingend die jeweilige Ebene in der Hierarchie oder gar die Dauer der Zugehörigkeit zu einer Verwaltungseinheit. Warum darf eine qualifizierte Person nicht mehr kosten als andere auf ihrer hierarchischen Ebene, wenn sonst externer Sachverstand eingekauft werden müsste, bei dem das Verhältnis von Aufwand und Ertrag der zuvor erwähnten Gefahr ausgesetzt ist? Erschwerend kommt hinzu, dass der Wechsel von der Privatwirtschaft in die Verwaltung und zurück in Deutschland grundsätzlich nicht vorgesehen ist. Wie aber soll ein am Puls der Zeit orientierter Schutz aufgebaut und vor allem laufend angepasst werden, wenn die personelle Interaktion mit der (zumal finanzstarken) Fachwirtschaft nicht möglich ist? All dies lässt sich ändern, entscheidend ist, dass der Handlungsbedarf erkannt wird.

Die Problematik der Attribution von Cyberangriffen hat unmittelbaren Einfluss auf die Staatsorganisation: Das beginnt bei den Kompetenzen (Wer ist wofür zuständig?) und endet bei der Organisation der Verwaltungseinheit. Auch hier ist die Wechselbeziehung mit der personellen Ausstattung augenfällig. Da entsprechendes Personal knapp ist, ist es unklug, sämtliche Strukturen für jedes Bundesland und den Bund (das heißt 16 bzw. 17 Mal) vorzuhalten. In zuständigkeitsbezogener Hinsicht ist ferner die Grundannahme für die Kompetenzverteilung zu überdenken: Weil Angriffe regelmäßig nicht nach äußerer oder innerer Urheberschaft differenziert werden können, macht eine Behördenorganisation entlang dieser Trennlinie wenig Sinn. Effektiver wäre es, diesen Bereich ganzheitlich zu verstehen, ihn von sonstigen Sicherheitsaufgaben zu entkoppeln und entlang von Szenarien oder verschiedenen Beeinträchtigungsgraden zu organisieren. Eine solche Modifizierung könnte Landes- und Bundesbehörden, Polizeien und Nachrichtendienste, aber auch die Streitkräfte in den Blick nehmen. Das vorhandene Nationale Cyber-Abwehrzentrum und die Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich sind jedenfalls kein Ersatz, da sie nur behörden- und institutionenübergreifende Plattformen darstellen, mit denen versucht wird, die Defizite des Status quo abzufedern. Im Grunde ist ihre Existenz Nachweis für den beschriebenen Handlungsbedarf. Im Zentrum müssen dabei Fähigkeiten stehen, nicht Behördennamen. So sind die Streitkräfte mit ihrem Kommando CIR nicht von vornherein am oberen Ende einzuordnen, nur weil sie im kinetischen Bereich die wirkmächtigsten Fähigkeiten besitzen. Im Gegenteil: Um der Debatte des militärischen Inlandseinsatzes zu entgehen, wäre es vielleicht sogar sinnvoll, die Cyberabwehr ganz losgelöst von den Streitkräften zu organisieren. Zu den Fähigkeiten gehört, betroffene IT-Strukturen aufzuklären, zu isolieren, zu reparieren sowie wenn möglich und geboten: zurückzuschlagen.

Im Zentrum müssen Fähigkeiten stehen, nicht Behördennamen.

Im Bereich der Resilienz und Prävention wurde dagegen bereits begonnen, Lasten zu verteilen. So legen die europäischen Rechtsakte zur Cybersicherheit sowie das nationale IT-Sicherheitsgesetz 2.0 Unternehmen, insbesondere solchen mit *kritischer Infrastruktur*, immer strengere Sicherheitsmaßnahmen auf. Der Staat kann den Schutz in der Breite nicht selbst leisten und nimmt die Privatwirtschaft zunehmend in die Pflicht. Beides ist geeignet, die dem Gewaltmonopol innewohnende Aufgabenverteilung zwischen Bürgerschaft und Staat in Richtung eines partnerschaftlichen Miteinanders zu modifizieren. Das kann auch Konsequenzen haben. Sofern der Einzelne mehr in die Pflicht genommen wird, kann dies Begehrlichkeiten wecken. Das „Über-/Unterordnungsverhältnis“ zwischen Staat und Bürgerinnen und Bürgern kann sich verändern. Dies dürfte sich mittelfristig am stärksten dort manifestieren, wo sich der Staat (ausländischer) privater Entitäten behilft, seine eigene IT-Sicherheit zu gewährleisten; neue und historisch eher ungewöhnliche Abhängigkeiten entstehen. Selbst wenn einige der zuvor beschriebenen Strukturmaßnahmen ergriffen werden, wird sich wohl keine vollständige Entkopplung von privater Seite erzielen lassen: Dafür sind der staatliche Nachholbedarf in den erwähnten Bereichen zu erheblich, aber auch die übrigen (sozial)staatlichen Verpflichtungen zu groß, die ebenfalls nicht aus dem Fokus geraten wollen.

Die wesentlichen Assets unseres Staates sind zweierlei. Erstens ist seine im demokratischen Prozess sich fortlaufend erneuernde Ordnungshoheit zu nennen. Diese muss er geschickt nutzen, um seine „Lufthoheit“ gegenüber Einflüssen von Dritten zu wahren. Dass dies organisatorisch im größtmöglichen Rahmen angegangen werden sollte und damit eher europäisch, wenn möglich auch transatlantisch, versteht sich dabei aus der Natur der (entgrenzten) Thematik selbst sowie dem Umstand, dass offene, freiheitliche Demokratien typischerweise ähnliche Verwundbarkeiten aufweisen. Hier sind im Wege eines Europäischen Rechtsakts zur Cybersicherheit sowie der Etablierung eines EU-weit geltenden Rahmens für die Zertifizierung von IT-Sicherheitsprodukten kluge Schritte gemacht worden. In inhaltlicher Hinsicht gehört zur Ordnungshoheit aber auch, zum eigenen Wohl geeignete Instrumente einzusetzen und deren Wirksamkeit fortlaufend zu überprüfen. Die Wirksamkeit ist insbesondere dort abzuklopfen und gegebenenfalls anzupassen, wo (extraterritoriale) Gegnerinnen und Gegner auftreten, die versuchen, offene – weil systemimmanente – Flanken freiheitlicher Demokratien auszunutzen. Konkret heißt das: Wenn der Cyber- und Informationsraum als Machtinstrument genutzt wird, um demokratische Abläufe- und Meinungsbildungsprozesse zu stören, sollte als Mittel der Abschreckung der Einsatz vergleichbarer Mittel nicht ausgeschlossen werden.⁹⁷ Dass Staaten hier generell Nachholbedarf aufweisen, lässt sich auch beim Ukraine-Krieg belegen: Wenn sich der ukrainische Vizepräsident mit der Auf-

forderung an die weltweite Hacker-Gemeinschaft wendet, Russlands staatliche Webseiten und digitale Infrastruktur ins Fadenkreuz zu nehmen,⁹⁸ ist dies nicht nur ein weiterer Beleg für die Existenz der zuvor angeführten Ad-hoc-Kräfte, sondern auch für deren Wert als kritische, weil unzureichend im Dienste des Staates vorhandene Ressource zur Gefahrenabwehr oder gar Landesverteidigung.

Das zweite wesentliche Asset ist ein Alleinstellungsmerkmal: Nur der Staat kann von sich behaupten, kraft des demokratischen Willensbildungsprozesses dem Gemeinwohl verpflichtet zu sein. Dieser Tatsache kommt ein entscheidender Wert in einer Zeit zu, wo private Kräfte an Macht und Einfluss gewinnen und in der Lage sind, das klassischerweise vom Staat beanspruchte Gewaltmonopol – wie aufgezeigt – partiell herauszufordern. Im Unterschied zum Staat sind private Akteurinnen und Akteure nicht dem Gemeinwesen verpflichtet. Hier liegt der entscheidende Unterschied, der doch geeignet sein sollte, für Legitimität und Akzeptanz zu sorgen.

Autor

Dr. Maximilian L. Knoll war Promotionsstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung.

90 Gellman, Barton 2021: Trump's next coup already begun, The Atlantic, 06.12.2021, in: <https://www.theatlantic.com/magazine/archive/2022/01/january-6-insurrection-trump-coup-2024-election/620843/> [23.02.2022].

91 Locke, Stefan 2021: Hacker legen Verwaltung von Anhalt-Bitterfeld lahm, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.07.2021, in: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/anhalt-bitterfeld-hacker-legen-verwaltung-lahm-17436039.html> [23.02.2022].

92 Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik 2021: Die Lage der IT-Sicherheit in Deutschland 2021, in: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/it-digitalpolitik/bsi-lagebericht-cybersicherheit-2021.pdf?__blob=publicationFile&v=3 [23.02.2022].

93 Adam, Sally 2021: The State of Ransomware 2021, Sophos, 27.04.2021, in: <https://news.sophos.com/en-us/2021/04/27/the-state-of-ransomware-2021/> [23.02.2022].

94 Ausgangspunkt ist die „Rückübersetzung“ des Programmcodes. Diese erfolgt über das sogenannte Reverse Engineering. Der Programmcode wird wieder

sichtbar gemacht. Im Zuge der Visualisierung des Codes werden nun auch Einbruchstellen offengelegt. Diese Einbruchstellen heißen „Zero Days“, weil sie vor ihrer Entdeckung nicht vorhanden waren, also „Null Tage“ existent.

95 Coker, James 2021: Ransomware Attacks Grew by 485% in 2020, Infosecurity Magazine, 06.04.2021, in: <https://www.infosecurity-magazine.com/news/ransomware-attacks-grow-2020/> [23.02.2022].

96 Antwort der Bundesregierung vom 14.01.2022 auf eine Kleine Anfrage der Fraktion AfD (auf Bundestagsdrucksache 20/431), in: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/004/2000431.pdf> [24.04.2022].

97 Gordon, Sue/Rosenbach, Eric 2022: America's Cyber-Reckoning, Foreign Affairs, 1/2-2022, in: <https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2021-12-14/americas-cyber-reckoning> [23.02.2022].

98 Pearson, James 2022: Ukraine launches „IT army“, takes aim at Russian cyberspace, Reuters, 26.02.2022, in: <https://www.reuters.com/world/europe/ukraine-launches-it-army-takes-aim-russian-cyberspace-2022-02-26/> [24.04.2022].

Autoritäre Propaganda und Einflussnahme

Glaubwürdig bleiben, Resilienz stärken

Frank Priess

Propaganda und Einflussnahme durch autoritäre Staaten drohen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt in demokratischen Systemen zu unterminieren. Angesichts der immer aggressiver werdenden Versuche von Ländern wie China und Russland, bis in das Herz freiheitlicher Demokratien vorzudringen und diese von innen zu schwächen, ist eine Stärkung demokratischer Resilienz wichtiger denn je. In einem durch Relativismus und hybride Herausforderungen geprägten Zeitalter wird die Demokratie nur überleben, wenn die Unentbehrlichkeit von verantwortungsvollen und unabhängigen Informationen erkannt und konsistent verteidigt wird.



Über autoritäre Propaganda und Einflussnahme zu schreiben, bekommt mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine eine neue Dimension. Das ganze Repertoire einer skrupellosen Regierung findet sich wie unter dem Brennglas für alle sichtbar, in Wirkung und Absicht noch einmal unterscheidbar zwischen dem einheimischen und dem internationalen Publikum. In abgeschotteten Informationsräumen, wo sich viele Menschen – gerade die älteren unter ihnen fast ausschließlich – aus zensiertem Fernsehen „informieren“ und wo sie über die Jahre mit entsprechenden Narrativen gefüttert wurden, darf man sich über die bis heute anhaltende große Zustimmung zu Putins Aggression kaum wundern. Woanders aber verliert Russland gerade nicht nur den Krieg der Bilder und Diskurse, wie seine Verurteilung durch 141 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen gezeigt hat: Nur vier Getreue standen letztlich noch an der Seite Moskaus. Ein Desaster. Viele Enthaltungen zeigen – neben der Abwägung von Interessen vor Ort – aber auch: Es ist ein beständiger Kampf um die Wahrheit und die öffentliche Meinung – in autoritären Staaten selbst, wo sich letzte Freiheiten auf das Internet und Messenger-Dienste reduzieren, in „gemischten“ Systemen und nicht zuletzt in den Demokratien selbst, die eigene Werte nicht verraten dürfen und doch wehrhaft bleiben müssen. Selbst in diesen zeigen sich die verstörenden Anfälligkeiten für Kreml-Propaganda, wie nicht nur pro-russische Autokorsos in deutschen Städten schmerzlich bewusst machen.

Bei der Bundestagswahl 2021 wurde sie nicht wirklich vermisst: die von manchen erwarteten Manipulationsversuche von außen, um das Wahlergebnis im eigenen Sinne zu beeinflussen, was auch immer das etwa im Falle von Russland oder China, den meistgenannten üblichen Verdächtigen, denn gewesen wäre. Oder war die Einflussnahme so subtil, dass sie nicht bemerkt wurde? Gerade das zeichnete ja über die Jahre diese Form der Interventionen aus, seit sie bei den US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen 2016 Legendenstatus erreichte und immer noch gemunkelt wird, ohne diese Art der Hilfe hätte es Donald Trump nicht ins Weiße Haus geschafft. 2016 scheint ein Schlüsseljahr der Aufmerksamkeit für diese Herausforderungen. Oliver Georgi formulierte seinerzeit in der FAZ: „Der Cyber War spielt sich nicht mehr nur in der verdeckten Sphäre von Nachrichtendiensten und staatlichen Sicherheitssystemen ab, sondern vor allem als Meinungskrieg in den sozialen Netzwerken.“⁹⁹ Und Stefan Heumann prognostizierte in der Internationalen Politik: „Die Konflikte um den freien Fluss von Daten werden sich international ausweiten.“¹⁰⁰

Die Einflussnahmen auf die Brexit-Kampagnen in Großbritannien galten schon wenig später als weitere Beispiele, nicht zuletzt unter Nutzung von Firmen wie Cambridge Analytica und der tätigen Mithilfe von Facebook und anderen Plattformen. Massenweise waren sogenannte Bots im Einsatz, die mit fast in industriellem Maßstab generierten Desinformationen das Netz fluteten und für Verwirrung sorgten. Von regelrechten „Trollarmeen“ ist seitdem die Rede (siehe dazu auch Kapitel 9 „Cyberangriffe und Trollarmeen“), manche davon werden ganz konkret dem Umfeld des russischen Präsidenten Putin zugerechnet und etwa in Sankt Petersburg verortet.

Propaganda war und ist eine vergleichsweise preiswerte Form, unterhalb der Ebene kriegerischer Mittel die Widerstandskraft als gegnerisch angesehener Staaten zu schwächen. Jill Kastner und William C. Wohlforth formulierten in *Foreign Affairs*: „Great power competition has returned, and with it, so has great power subversion.“¹⁰¹ Und weiter: „Subversion combines the aggression of war with the stealth of espionage [...], it is secret, active, and transgressive.“¹⁰² Natürlich besteht ein weiterer Vorteil für potenzielle Angreifer darin, dass der Ursprung der Attacken nicht immer genau nachzuvollziehen und transparent ist – eine Tatsache, die sich bei Cyberangriffen auch andere Länder ganz offenbar zunutze machen. In der Öffentlichkeit ist es dann gegenüber *Naming and Shaming* nicht schwer, entsprechende Geheimdienstberichte zu diskreditieren und ins Reich von „man hört“ und „man sagt“ abzudrängen.

Propaganda war und ist eine vergleichsweise preiswerte Form, unterhalb der Ebene kriegerischer Mittel die Widerstandskraft als gegnerisch angesehener Staaten zu schwächen.

Der Systemwettbewerb innerhalb Europas zwischen NATO und Warschauer Pakt ist noch nicht so lange her, um nicht mehr die Versuche der DDR in Erinnerung zu haben, die westdeutsche Friedensbewegung im eigenen Sinne durch geeignete Narrative zu instrumentalisieren, wo nötig auch durch handfeste Korruption – nach der Öffnung der Archive mussten sich einige Medien unangenehme Fragen gefallen lassen. Auch die gezielte Diffamierung, um als unfreundlich eingeschätzte Politikerinnen oder Politiker mit kompromittierendem Material nachhaltig zu beschädigen, hat eine lange Geschichte und scheint bis heute gut zu funktionieren. Dass sich andererseits auch demokratische Politikerinnen und Politiker von autoritären Systemen „einkaufen“ lassen, um die öffentliche Meinung ihrer Heimatländer mit den gewünschten „Erzählungen“ zu fluten, gehört ebenfalls zur traurigen Wahrheit. Hier erzielen auch kleine autoritäre Staaten beträchtliche Erfolge, wie schon seit längerem Aserbaidschan beweist.

Längst haben Russland und China für alle sichtbar bei der Außendarstellung und Adressierung eines ausländischen Publikums aufgerüstet: Beide Länder verfügen über reichweitenstarke

eigene Programme. Vor allem China hat auch tüchtig in den Kauf von Medien investiert, besonders in Afrika, wie ausführliche Analysen der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und anderer zeigen. Tiefe Taschen der Käuferinnen und Käufer und die angeschlagene Verfassung traditioneller Medien aufgrund der Krise ihrer Werbefinanzierung haben diese zu leichter Beute gemacht. Gerade fremdsprachige Angebote sind weltweit erfolgreich, oft deutlich präsenter als etwa die Deutsche Welle. Deren vergleichsweise geringe finanzielle Ausstattung passt schlecht zur wirtschaftlichen Stärke der Bundesrepublik, die als exportorientiertes Land auf internationale Zustimmung besonders angewiesen ist. Ihr kann es allerdings auch nicht recht sein, ansonsten international ausschließlich über angelsächsische Medien wie BBC und CNN wahrgenommen zu werden. Eine Lehre wäre, soll die eigene *Soft Power* gestärkt werden, hier bedeutend mehr zu tun, parallel zu einem deutlich gesteigerten Stipendienangebot für Journalistinnen und Journalisten, Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und einer Verstärkung der Arbeit von Goethe-Instituten und deutschen Auslandsschulen.

„Propaganda der Tat“

Parallel gibt es eine „Propaganda der Tat“, wie an der Impfdiplomatie zu sehen war. Bilder prägen sich ein: hier dankbare europäische Staatsmänner wie der serbische Präsident, die chinesische Impfstoff-Lieferungen mit dem Küssen der chinesischen Flagge quittieren, dort massive Kritik an dem, was der Europäischen Union angeblich alles nicht gelingt. Und in der Tat: Brüssel könnte wieder lernen, den alten Spruch „Tue Gutes und rede darüber“ besser mit Leben zu erfüllen. Strategische Kommunikation hat an Bedeutung gewonnen, wird aber nicht überall angemessen ernst genommen.

Erfolgreich sind Staaten wie China auch damit, Selbstzensur hervorzurufen. Wissenschaft und Journalismus können ein Lied davon singen, wie schnell kritische Beiträge zu Visa-Verweigerungen führen. Die berühmten *Wolf Warriors* im chinesischen Außendienst sorgen mit einem gut organisierten „Einheitsfront-department“ beim Parteivorstand der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) dafür, dass auch die Auslandscommunity ihre Rolle spielt und abweichlerische Landsleute „im Auge behält“ – gut nachzulesen in Peter Martins „China’s Civilian Army – The Making of Wolf Warrior Diplomacy“. Umgekehrt wird mit lukrativen Anzeigengeschäften belohnt, wer „rote Linien“ zu respektieren weiß. Gleiches gilt beim Einfluss auf ausländische Thinktanks, die sich privat finanzieren müssen, oder Universitäten, die trotz aller Problematik für freie Forschung und Lehre an Konfuzius-Instituten festhalten. Großzügig ist China auch bei Stipendien im Bereich Journalismus – erstaunlich, in welchem Umfang etwa Medienschaffende aus Afrika auch für längere Aufenthalte die Gelegenheit erhalten, das Reich der Mitte kennenzulernen.

Troll-Kultur und Cancel Culture

Verschwörungstheorien und die Stiftung von Verwirrung sind besonders beliebte Mittel, das Publikum in demokratischen Ländern mindestens nachhaltig zu verunsichern und die Systeme zu unterminieren. Die Corona-Krise zeigt, was passiert, wenn niemand niemandem mehr traut, wenn alle alles für möglich halten. Umfragen belegen schon jetzt deutlich, dass weltweit das Vertrauen in die Institutionen der demokratischen Staaten geschwächt ist – aus unterschiedlichen Gründen.

Die sogenannten sozialen Medien werden fast immer als einer der Auslöser genannt. Der frühere US-amerikanische Präsident Barack Obama hat vollkommen recht, wenn er formuliert: „Wenn wir nicht in der Lage sind, das Wahre vom Falschen zu unterscheiden, dann funktioniert unsere Demokratie grundsätzlich nicht.“¹⁰³ Dass Jonathan Rauch, der ihn in einem Spiegel-Beitrag entsprechend zitiert, neben der Troll-Kultur dafür auch eine eher einheimische Cancel Culture verantwortlich macht, zeigt, dass Demokratie auch von innen zersetzt werden kann und es dazu keineswegs immer externe Akteure braucht. Der Einfluss von außen und dahinterstehende Interessen sind gleichwohl nicht zu unterschätzen, wie Rauch mit einem Zitat von Peter Pomerantsev Richtung Kreml deutlich macht: „Im Kommunismus wollte man die Menschen davon überzeugen, dass eine großartige sozialistische Zukunft vor ihnen liege. Die neue Propaganda konzentriert sich darauf, Verwirrung zu stiften und Verschwörungstheorien zu verbreiten.“¹⁰⁴

Unterschätzte Bedrohungen

Die Resilienz demokratischer Gesellschaften ist dafür heute deutlich weniger ausgeprägt: Früher wurde sich auf die *Gatekeeper*-Funktion gut ausgestatteter Medienredaktionen verlassen, heute ist ihre Funktion erschüttert. Früher hieß es, die ARD-Tageschau könne in Latein und bei Kerzenlicht immer noch auf Einschaltquote vertrauen. Ein Anchorman wie Karl-Heinz Köpcke lief Gefahr, mit dem Regierungssprecher verwechselt zu werden, der letzte Wahrheiten verkündet. Heute schallt den öffentlich-rechtlichen Angeboten der Begriff der „Lügenpresse“ entgegen. Sogenannte Querdenker sind nicht mehr bereit, etablierte wissenschaftliche Standards zu akzeptieren. Minderheitenmeinungen werden über Gebühr gewichtet. Das Korrektiv der Regionalzeitungen steht massiv unter Druck, weil traditionelle Werberubriken ins Internet abgewandert sind. Für junge Menschen ist es eher die Ausnahme, ein lokales Blatt zu abonnieren. Gleichzeitig tun sich digitale Bezahlangebote nach wie vor schwer, obwohl jeder weiß: Guter Journalismus, gute Recherche kosten Geld, ohne sie aber ist eine wirksame Kontrolle der Mächtigen kaum möglich. Verlautbarungsjournalismus oder solcher, der anfällig ist für unlautere Werbeangebote, nimmt zu.

Zu mehr Resilienz und kritischer Aufmerksamkeit für Einflussversuche von außen trägt auch die Abwesenheit fast jeglichen Bedrohungsgefühls speziell in der deutschen Gesellschaft nicht gerade bei. Immer noch fühlen sich nicht wenige „von Freunden umzingelt“, während längst andere Zeiten eingeleitet sind. Eine „Bedrohungslage wie seit dem Höhepunkt des Kalten Krieges nicht mehr“¹⁰⁵, konstatiert KAS-Sicherheitsexperte Nils Wörmer, nachdem schon Chrystia Freeland zu dem Ergebnis kam: „The truth is that authoritarianism is on the march – and it is time for liberal democracy to fight back.“¹⁰⁶. Schwierig für ein „Schaf unter Wölfen“¹⁰⁷, wie der österreichische Wirtschaftswissenschaftler Gabriel Felbermayr die EU sieht, oder den sprichwörtlichen „Vegetarier unter Fleischfressern“¹⁰⁸, wie der ehemalige deutsche Außenminister Sigmar Gabriel formulierte. „Wir sind“, so Gabriel, „mental und politisch nicht gut vorbereitet auf eine Welt, die sich in rasantem Tempo verändert und auch noch ruppiger werden wird. Während wir gerne über Werte diskutieren, prägt zunehmend knallharte Interessenpolitik die Welt.“¹⁰⁹

Besonders problematisch ist dabei, dass demokratisch legitimierte Politiker zur Unterhöhlung von Vertrauen einen enormen Beitrag leisten, allen voran Donald Trump. Dass heute fast die Hälfte der republikanischen Wählerschaft in den USA glaubt, die jüngste Wahl wurde gestohlen und manipuliert, ist dafür ein Beispiel. Die Art und Weise, wie ein aufgehetzter Mob im Januar 2021 das Capitol stürmte, wird gerade aufgeklärt, die Untersuchungen zeigen aber ein sehr begrenztes Interesse gerade der Republikanischen Partei. Die Missachtung von Medienvertretern bei Pressekonferenzen wurde von Trump auf ein ganz neues Niveau gehoben, die Fake News haben nachhaltige Konsequenzen, wie zu sehen ist. Gleichzeitig verlassen viele ihre eigene digitale Nachrichtenblase nicht mehr. Sobald dissonante Inhalte geteilt werden, ist etwa bei Facebook die Gefahr, „entfreundet“ zu werden. Studien der Plattform für die USA weisen nach, dass die Anhängerschaft von Republikanern und Demokraten mittlerweile komplett unterschiedliche Nachrichten zur Kenntnis nehmen, Überschneidungen gibt es kaum. Dass skrupellose Medienunternehmerinnen und -unternehmer – auch hier sind die USA wie auch Großbritannien besonders abschreckende Beispiele – zu all diesen Tendenzen einen großen Beitrag leisten, gehört ebenfalls ins Panorama.

Diese Art der Selbstbeschädigung in Demokratien ist Wasser auf die Mühlen autoritärer Narrative. Nicht zuletzt China ist erfolgreich darin, einerseits die Führungsauslese demokratischer Staaten infrage zu stellen und mit Kompetenzvermutungen im eigenen Land zu verbinden, gleichzeitig aber auch den Dekadenzverdacht liberaler Staaten immer wieder zu untermauern. Stefan Meister von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) wird nicht müde, die westliche Mithilfe bei russischer Einflussnahme anzuprangern, speziell die fehlende internationale Finanzkontrolle, die erst die Mittel für Desinformation und Korruption in großem Stil im Ausland ermöglichen. Diese Offenheit allerdings ist keineswegs populär: Im aktuellen Meinungsklima ist die Gefahr, bei derartiger Kritik als unverbesserlicher Kalter Krieger wahrgenommen und mundtot gemacht zu werden, Entspannungspolitik und Dialog sind ja auch so viel schö-

ner. Dabei ist klar, wie erfahrungsgesättigt der ehemalige deutsche Botschafter in Moskau, Rüdiger von Fritsch, in seinen diplomatischen Memoiren erinnert: „Wer alles nur schweigend hinnimmt, wird nicht ernst genommen.“¹¹⁰ Natürlich: Zu vermeiden sind doppelte Standards, die der Kritik in bestem Whataboutism entgegengehalten werden und leider zahlreich sind, wie Alexander Rahr in seinem jüngsten Russlandbuch anmerkt, in dem er speziell Bedenken vor einer grünen Hypermoral artikuliert.¹¹¹

Ungleicher Wettbewerb

Demokratien befinden sich in einem problematischen Wettbewerb: Sie und ihre Medien sind daran gehindert, die Menschen in autoritären Systemen mit unabhängigen Informationen zu versorgen, auch wegen immer wirkungsvolleren Firewalls. Gleichzeitig gebietet der eigene pluralistische Ansatz, auch Medien aus dem Ausland nicht auszuschließen und Übernahmen einheimischer Medien nicht von vornherein zu verhindern. Allerdings zeigen gerade aktuelle Maßnahmen der EU gegen staatliche russische Propagandasender, dass eine wehrhafte Demokratie gegebenenfalls auch auf „Ausschluss“ setzen kann und nationalstaatliche Regulierung da ergänzt, wo die Angebote mit Journalismus und freier Meinungsäußerung nun auch rein gar nichts mehr zu tun haben. Auch gehört ein freies Internet zum Selbstverständnis jeder Demokratie. Alles, was auch nur als Einschränkungsvorstoß erscheint, wird von der Nutzercommunity mit heftigsten Protesten begleitet. Die Asymmetrie wird eher noch wachsen, zeigt die aktuelle chinesische Politik der verschärften Kontrolle gerade im Internet: Schon mehr als dreistündiges Gaming pro Woche soll den unter 18-Jährigen verboten werden.

Auf internationaler Ebene und in ihren Organisationen versucht eine „autoritäre Internationale“ parallel, über Standardsetzungen Einfluss zu nehmen und die Souveränität der Nationalstaaten auch im virtuellen Raum nachhaltig zu verankern (siehe dazu auch Kapitel 11 „Wirtschaftliche und technologische Abhängigkeit“). Mit Verweis auf mögliche „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ sollen Anbieter von unliebsamen Inhalten ferngehalten werden, auch große US-amerikanische Plattformen sind aus Angst vor dem Ausschluss vom chinesischen Markt schon in die Knie gegangen und blockieren, was dort nicht genehm sein könnte. Oft fliegt diese Regulierungsmaterie unterhalb des Radars der Aufmerksamkeit in demokratischen Staaten, oft sind Mehrheiten in den Vereinten Nationen und ihren Unterorganisationen auch so, wie sie eben derzeit sind. Schon die Zusammensetzung des UN-Menschenrechtsrats spricht Bände – das Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Genf dokumentiert regelmäßig das entsprechende Abstimmungsverhalten und die Schief lagen bei den Bewertungen. Gern stützen sich autoritär regierte Staaten dabei auch gegenseitig und koordinieren ihre Aktionen weit besser als Vertreter der demokratischen Welt. Der Ausschluss Russ-

lands aus dem Menschenrechtsrat – bei 93 Ja-Stimmen und einer Zweidrittelmehrheit der UN-Generalversammlung – zeigt allerdings auch, dass es für solche Art „Solidarität“ Grenzen gibt, nämlich da, wo man sich augenscheinlich auch gegenüber der eigenen Öffentlichkeit zu Hause auf die Seite von Kriegsverbrechern stellen würde. Das ist dann wohl nur ganz Hartgesottene wie Nordkorea, Eritrea und Syrien oder abhängigen Satelliten wie Belarus egal.

Auf internationaler Ebene und in ihren Organisationen versucht eine „autoritäre Internationale“, über Standardsetzungen Einfluss zu nehmen.

Das wirkungsvollste Gegenmittel bleibt daher die Suche nach Verbündeten für demokratische Standards. Die Bildung einer Allianz der Multilateralisten zur Unterstützung einer liberalen, regelbasierten internationalen Ordnung geht da in die richtige Richtung, ersetzt aber nicht Eigenverantwortung und entsprechend robustes Einstehen für die eigenen Werte. Nur so lässt sich Respekt generieren, nur so merken gerade zweifelnde Regierungen, dass es auch Demokratien ernst meinen, Konsequenzen ziehen und nicht nach rhetorischen Pflichtübungen zur Tagesordnung übergehen.

Was tun?

Bei diesen Diskussionen zeigt sich allerdings auch schnell, dass es einer gewissen technologischen Souveränität bedarf, um wirkungsvoll handeln zu können. Agieren im Cyberraum braucht entsprechende Fähigkeiten, gerade Europa scheint im Vergleich mit den entsprechenden Fortschritten anderswo nicht gerade die Avantgarde zu bilden. Dies betrifft neben dem Kampf um Narrative und *Soft-Power*-Einfluss ganz direkt auch Fragen des Schutzes kritischer Infrastrukturen. Hacking im staatlichen Auftrag sowie Hacking aus kriminellen Netzwerken heraus haben oft ähnliche Ansätze und richten ähnliche Schäden an. Es ist sicher verdienstvoll, mit der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) Weltmarktführer in diesem Bereich zu sein, die Diskussion aber, ob eine Absolutsetzung hier dringend notwendige technologische Innovationen behindert und Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt, ist längst eröffnet. Emblematisch dafür der chinesische Zuruf in Pandemiezeiten: „Ihr schützt Daten, wir schützen Leben!“

Die Arbeit an den rechtlichen Rahmenbedingungen bleibt wichtig und ist zugleich besonders sensibel, sollen eigene Ansprüche in Demokratien nicht beschädigt werden. Was bedarf klarer, auch justizialer Bestimmungen, was kann und muss in der Eigenverantwortung von Plattformanbietern verbleiben? Welche Auswirkungen hat es, wenn Plattformen monopolartigen Einfluss gewinnen, Wettbewerb und den Zugang neuer Anbieter verhindern? Wo reichen das Zivil- und das Strafrecht, wo braucht es spezielle medienrechtliche Gesetze? Wie weit soll Anonymität im Netz gehen? Alles Fragen, die sowohl im Verhältnis zu externen Akteuren als auch im Binnenverhältnis demokratischer Staaten eine Rolle spielen. Diesen Fragen widmet sich zum Beispiel Daphne Wolter in Kapitel 5 „Desinformation und Hassrede“.

Sicherlich nötig sind massive Investitionen in Medienkompetenz, Medienpädagogik und die Stärkung von Eigenverantwortung – und das nicht nur für junge Menschen: Nur wer die Mechanismen und Wirkungsweisen in der heutigen Medienlandschaft und speziell im virtuellen Raum versteht, kann hinreichend sensibel für das sein, was ihm gegebenenfalls an Manipulationsversuchen begegnet. Völlig zu durchschauen ist gleichwohl auch dann vieles nicht ohne technische Hilfen, die Aufdeckung von Deep Fakes ist mittlerweile eine echte Herausforderung. Die Nutzung von Systemen der elektronischen Bild- und Videobearbeitung hat, wie auf vielen Kanälen zu beobachten ist, einerseits einen hohen Spaßfaktor, verwischt aber immer mehr auch die Grenzen zwischen Realität und Fiktion. Und das ist gerade im öffentlichen und politischen Raum keineswegs trivial.

Neben den genannten Aspekten sind die Stärkung der Zivilgesellschaften weltweit, die Unterstützung ihrer Akteurinnen und Akteure, die Etablierung eines kritischen unabhängigen Diskurses und nicht zuletzt die nachhaltige Förderung eines unabhängigen Journalismus wesentliche Mittel, sich gegen manipulative Einflüsterungen und Propaganda zu wappnen. Die Verleihung des Friedensnobelpreises 2021 an den russischen Journalisten Dmitrij Muratow von Nowaja Gaseta und die philippinische Journalistin Maria Ressa ist ein wichtiges Signal, die Arbeit von Organisationen wie Reporter ohne Grenzen verdient jegliche Unterstützung. Auch muss es ein Anliegen bleiben, Übergriffe auf Journalistinnen und Journalisten zu brandmarken, wobei anzumerken ist, dass dieser Berufsstand nicht nur in autoritären Systemen ein überaus gefährliches Leben führt – die Zahl ermordeter Medienschaffender etwa in Mexiko ist ein Alarmsignal, relativiert die Kritik an Zensur und Bedrohung in autoritären Staaten aber keineswegs. Gleichwohl muss der, der Propaganda und Einflussnahme externer Akteure anprangert, zu Hause glaubwürdig bleiben und dafür sorgen, dass die Korrektive der Macht stark sind. Neben der unabhängigen Gerichtsbarkeit gehört dazu natürlich ein plurales Mediensystem. Wenn Regierungen demokratischer Staaten der Europäischen Union hier den Eindruck erwecken, auch sie kaufen sich letztlich Einfluss und manipulieren die Berichterstattung in ihrem Sinne, erweisen sie der Demokratie und ihrer Widerstandskraft einen Bärendienst!

Frank Priess ist stellvertretender Leiter der Hauptabteilung „Europäische und Internationale Zusammenarbeit“ bei der Konrad-Adenauer-Stiftung.

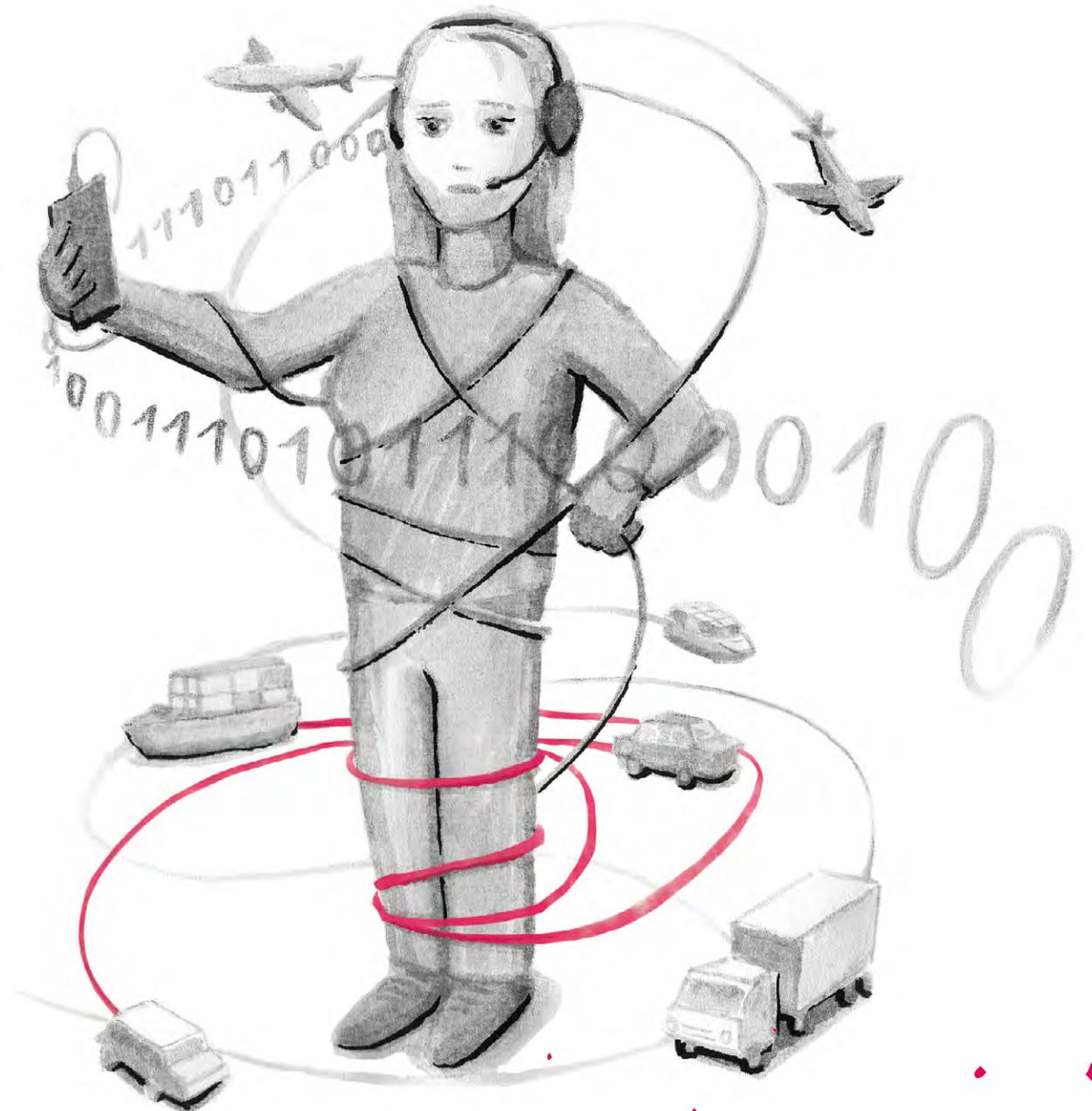
- 99 Georgi, Oliver 2016: Software Roboter, Automatisierter Hass im Netz, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.05.2016, in: <https://www.faz.net/aktuell/politik/automatisierter-hass-im-netz-dank-software-robotern-14245829.html> [14.02.2022].
- 100 Heumann, Stefan 2016: Staat gegen Netz, Wer kontrolliert die zentralen Zukunftstechnologien des 21. Jahrhunderts?, Internationale Politik, 9/10-2016: 5, S. 38–44.
- 101 Kastner, Jill/Wohlforth, William C. 2021: A Measure Short Of War, Foreign Affairs, Juli/August 2021, S. 119.
- 102 Ebd.
- 103 Rauch, Jonathan 2021: Das Ende unserer Diskussionskultur, Wenn alle um Sie herum mit Ihnen übereinstimmen, machen Sie etwas falsch, Der Spiegel, 40/2021, in: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/zerstoerung-der-wahrheit-essay-von-jonathan-rauch-aced41bb8-c26b-4a64-b7be-b59966cdaaaf> [14.02.2022].
- 104 Ebd.
- 105 Wörmer, Nils 2019: Schwindende Gewissheiten?, Die Politische Meinung 558, 9/10-2019, Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 29, in: <https://www.kas.de/de/web/die-politische-meinung/artikel/detail/-/content/schwindende-gewissheiten> [14.04.2022].
- 106 Munich Security Report 2019: The Great Puzzle: Who Will Pick Up the Pieces?, in: https://securityconference.org/assets/02_Dokumente/01_Publikationen/MunichSecurityReport2019.pdf [14.02.2022].
- 107 Felbermayr, Gabriel 2018: Ein Schaf unter Wölfen? Die Europäische Union und der Freihandel, Aus Politik und Zeitgeschichte, 4–5/2018: S. 18, in: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/263045/ein-schaf-unterwoelfen-die-europaeische-union-und-der-freihandel/> [14.02.2022].
- 108 Der Spiegel 2018: Münchner Sicherheitskonferenz: Die EU – der Vegetarier unter Fleischfressern, 17.02.2018, in: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/muenchener-sicherheitskonferenz-die-eu-der-vegetarier-unter-fleischfressern-a-1194085.html> [14.02.2022].
- 109 Gabriel, Sigmar 2021: Globale Konflikte auf dem Vormarsch, Merkel entlässt uns schlecht gerüstet in die Krisenzeit, Der Tagesspiegel, 05.08.2021, in: <https://www.tagesspiegel.de/politik/globale-konflikte-auf-dem-vormarsch-merkel-entlaesst-uns-schlecht-geruestet-in-die-krisenzeit/27481542.html> [14.02.2022].
- 110 von Fritsch, Rüdiger 2020: Russlands Weg, Als Botschafter in Moskau, Berlin.
- 111 Rahr, Alexander 2021: Anmaßung, Wie Deutschland sein Ansehen bei den Russen verspielt, Berlin.

Wirtschaftliche und
technologische Abhängigkeit

Schattenseiten der Globalisierung

Von Sebastian Weise

Was lange Zeit als Friedens- und Demokratisierungskatalysator galt, ist heute zum Ausdruck staatlicher Vulnerabilität geworden. Abhängigkeiten und enge Verflechtungen rund um den Globus haben sich spätestens seit Chinas Aufstieg und dem brutalen Angriff Russlands auf die Ukraine als zweischneidiges Schwert entpuppt. Wirtschaftliche und technologische Interdependenzen müssen fortan stärker hinterfragt werden, denn nur so kann die Wahrung staatlicher Souveränität und Sicherheit langfristig gelingen.



Lange Zeit galt Verflechtung als Treiber von Wohlstand, Demokratie und Menschenrechten. Seit einigen Jahren jedoch wird das, was die Welt eigentlich verbinden und einen sollte, immer öfter zum Austragungsort politischer Konflikte und Treiber demokratieschädlicher Entwicklungen.¹¹² Was dies für Demokratien bedeutet und welche Risiken sich hieraus ergeben, ist Gegenstand des Beitrags.

Das Ende des Kalten Krieges als Aufbruch in eine neue Welt

Bis zur Zeitenwende 1989/90 war die Welt geteilt. Zwischen den Blöcken bestanden tiefe mediale, wirtschaftliche sowie kulturelle Gräben. Als der Zerfall der Sowjetunion einsetzte, implodierte nicht nur eine Supermacht. Es war eine Zeitenwende, bei der Interdependenz und Verflechtung diese Gräben überwinden sollten. Zwar waren die Anfänge keineswegs frei von Verwerfungen. Anders als zu Zeiten des Kalten Krieges war nun aber die Weltgemeinschaft willens, die neuen Herausforderungen mithilfe starker multilateraler Organisationen, internationaler Kooperationen sowie der Ausbreitung von Demokratie und Marktwirtschaft zu adressieren. Hierbei fiel globaler Verflechtung eine entscheidende Rolle zu, herrschte doch die Überzeugung, dass da, wo sich Gesellschaften über nationale Grenzen hinweg engmaschig vernetzen und gegenseitige Abhängigkeiten verfestigen, nicht nur wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand entstehen. Verflechtung galt ebenso als ein politisches Mittel, das autoritäre Gesellschaften öffnet und deren Transformation zu Demokratien vorantreibt.¹¹³ In einer dann vernetzten und demokratischen Welt sollten zugleich auch zwischenstaatliche Kriege ein Phänomen der Vergangenheit werden.

Nicht wenige hofften, dass durch Globalisierung und Digitalisierung eine grundlegende Transformation des Politischen erreicht werden kann. Schien doch in einer Welt, in der Menschen über nationale Grenzen hinweg verbunden sind, die Entstehung einer globalen und kosmopolitisch geprägten Öffentlichkeit möglich, auf deren Basis sogleich eine neue „Weltinnenpolitik ohne Weltregierung“ aufbauen könnte.¹¹⁴ Im Zuge einer solchen Weltinnenpolitik sollten Menschen rund um den Globus neue Formen der politischen Organisation etablieren, die jenseits des Staates und dessen Kategorien von hierarchisch organisierter Macht, Territorialität und nationaler Identität operieren. Konkret bedeutete dies, dass sich das Politische – angelehnt an das frühe Internet – in dezentrale Netzwerke verlagern sollte, in denen Menschen harmonisch je nach ihren Bedürfnissen, Kompetenzen und Interessen zusammenfinden und neue politische Gemeinschaften begründen.¹¹⁵ Die Motoren hinter dieser Transformation waren einerseits die neuen technischen Möglichkeiten. Andererseits waren es aber auch die enormen Herausforderungen, welche globale Verflechtung und Entgrenzung

an die Regierungsfähigkeit territorial gebundener Staaten stellten, die der Internetpionier John Barlow daher auch als überkommene Riesen aus Stahl und Kohle bezeichnete.¹¹⁶ Selbst in westlichen Hauptstädten dominierte damals die Meinung, dass Staaten nur sehr eingeschränkt Verflechtungszusammenhänge adäquat gestalten können, sodass Digitalisierung und Globalisierung lange vor allem im Lichte ihrer positiven Potenziale gefördert wurden.¹¹⁷ Der politischen Gestaltung von negativen Effekten wurde ebenso wenig Beachtung geschenkt wie den autoritären Bemühungen, sich Verflechtung Untertan zu machen; schienen – mit den Worten Bill Clintons – die Bemühungen doch genauso vielversprechend wie der Versuch, Pudding an die Wand zu nageln.¹¹⁸

Die Realität globaler Verflechtung im Zeitalter von Systemkonkurrenz

Drei Jahrzehnte nach dem Ende des Kalten Krieges ist der Verflechtungsoptimismus in einen Verflechtungspessimismus gekippt. Hat sich doch gezeigt, dass Verflechtung zwar eine mächtige Kraft der Veränderung ist, die Ergebnisse dieses Wandels aber weitaus ambivalenter sind als ursprünglich gedacht.

Ein Beispiel hierfür stellt der digitale Strukturwandel der Öffentlichkeit dar, im Zuge dessen Menschen heutzutage einerseits die Möglichkeit haben, sich über Grenzen hinweg viel leichter zu vernetzen, im öffentlichen Raum zu artikulieren und sich politisch zu organisieren. Welche demokratiefördernden Potenziale damit einhergehen, ließ sich etwa in den Anfängen des Arabischen Frühlings beobachten. Waren es hier doch gerade soziale Medien, die den digitalen Raum aufspannten, in dem sich das Aufbegehren der Bürgerschaft über die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Missstände in ihren Ländern sammeln, konzentrieren und organisieren konnte.¹¹⁹

Gleichzeitig ist die Digitalisierung aber auch das Vehikel für eine transnationale antidemokratische Gegenbewegung, eine Art „noisy counter-revolution“.¹²⁰ Ein Blick etwa auf die populistische Rechte der Gegenwart zeigt sehr schnell, welche herausragende Rolle das Digitale für diese transnationale Bewegung darstellt: um sich über Grenzen hinweg zu vernetzen, Menschen zu radikalisieren und zu mobilisieren, „alternative Informationsangebote“ zu verbreiten oder Gegenöffentlichkeiten zu konstruieren.¹²¹ Die Geschichte der digitalen Vernetzung des öffentlichen Raums ist aber nicht allein geprägt durch die Gleichzeitigkeit von demokratischer Emanzipation und populistischer Gegenbewegung. Es ist zugleich eine Geschichte von einseitigen Abhängigkeiten, zeigt sich doch, dass der digitale öffentliche Raum heute in den Händen einiger weniger Plattformunternehmen ist.

Im Zuge dessen kontrollieren Unternehmen wie Meta (Facebook), Twitter und neuerdings auch TikTok wesentliche Diskursinfrastrukturen des digitalen Zeitalters. Aus dieser Position heraus setzen diese Unternehmen dann die Regeln, wie Informationen und Meinungen verbreitet sowie Äußerungen gewichtet werden. Letztlich entscheiden sie gar, wer an Diskursen im Digitalen teilnimmt – wie etwa der viel diskutierte Ausschluss Donald Trumps von Twitter im Januar 2021 anschaulich verdeutlichte.

Unternehmen wie Meta (Facebook), Twitter und neuerdings auch TikTok kontrollieren wesentliche Diskursinfrastrukturen des digitalen Zeitalters.

Mit der Herausbildung einer neuen digitalen Öffentlichkeit hat sich also nicht allein eine Abhängigkeit von Plattformunternehmen etabliert, die die Entstehung des von Shoshana Zuboff sezierten Überwachungskapitalismus ermöglichte. Es hat sich ein Diskursrahmen im Digitalen aufgespannt, bei dem an die Stelle demokratischer Diskursansprüche und journalistischer Qualitätskriterien die ökonomischen Interessen global agierender Unternehmen getreten sind.¹²² Infolgedessen zählt im digitalen Raum nicht das fundierte Argument, wie es idealtypisch in der liberalen bürgerlichen Öffentlichkeit seit dem 18. Jahrhundert angelegt ist. Es zählt das Lautere, das Radikalere und das in der Echokammer Konforme; ist es doch letztlich das, was die Aufmerksamkeit von Menschen bindet und damit das Geschäftsmodell dominierender sozialen Plattformen befeuert. Zwar sind soziale Medien und deren *Free-service-for-your-data*-Geschäftsmodell nicht die alleinige Ursache von Falschinformationen, Hate Speech, Polarisierung oder Echokammern. Mit ihren auf Gewinnmaximierung statt Demokratiestärkung ausgerichteten algorithmischen Regelsetzungen und ihrer Omnipräsenz in allen Lebensbereichen wirken sie allerdings wie Brenngläser für gesellschaftliche Fehlentwicklungen. Als solche bündeln und verstärken sie diese in einem Maß, dass gesellschaftliche Grundlagen von Demokratien auch im Analogen erodieren, ob gesellschaftlicher Zusammenhalt, Konsensfähigkeit oder Debattenkultur.¹²³

Während im Falle sozialer Medien die Effekte eher eine Nebenfolge darstellen, sind sie im Falle Chinas Ergebnis jahrzehntelanger strategischer Bemühungen.¹²⁴ China ist es nicht nur gelungen, zu einem der zentralen Herausforderer von Demokratien und liberaler Ordnung aufzusteigen und einen neuen Systemwettbewerb zu entfachen. Das Land hat auch den Beweis angetreten, dass wirtschaftliche

und technologische Verflechtung autoritäre Strukturen stärken und durch diese als Machtinstrument eingesetzt werden können. Ein zentraler Baustein hierfür ist der digitale Autoritarismus Chinas, der nicht weniger ist als ein umfassendes technologisch-soziales Ordnungsmodell für das 21. Jahrhundert.¹²⁵

Nach innen gerichtet impliziert der digitale Autoritarismus die Nutzung modernster Informations- und Kommunikationstechnologie zur Überwachung und Steuerung der chinesischen Gesellschaft. Dies umschließt den flächendeckenden Einsatz von Überwachungskameras, die Nutzung modernster KI-Systeme zur Auswertung von Überwachungsdaten oder auch die Errichtung der sogenannten Great Firewall, sodass der Behördenapparat in China heute in der Lage ist, einen überwachten sowie überwachenden digitalen Raum zu errichten.¹²⁶ Zusätzlich hat China ein alle Lebensbereiche erfassendes Social-Credit-System geschaffen, durch das gewünschtes Verhalten von Bürgerinnen und Bürgern, aber auch von Unternehmen honoriert und unerwünschtes Verhalten sanktioniert wird.¹²⁷ Teil des digitalen Autoritarismus ist zugleich ein staatlich unterstütztes Unternehmens- und Innovationsökosystem im Hochtechnologiebereich. Dieses stellt nicht nur Überwachungstechnologie direkt bereit. Es schafft ein Hochtechnologieumfeld, dass die Transformation Chinas zu einer führenden Innovations- und Wirtschaftsmacht trägt. Diese Transformation ist zentral, da diese den machtpolitischen Aufstieg Chinas verstetigt.

Der Aufstieg wird weiterhin befördert, indem dieses Modell und die zugehörige Technologie an autoritäre Staaten exportiert werden. Zusätzlich setzt sich China in internationalen Gremien für eine autokratiefreundliche Ordnung ein. Dies beinhaltet sowohl das Engagement zugunsten eines staatszentrierten Governance-Modells für das Internet als auch die Versuche, bestimmte Standards voranzutreiben, welche etwa die Architektur des digitalen Raums nachhaltig verändern würden (New IP). Doch damit nicht genug. Nach außen gerichtet beinhaltet Chinas Ordnungsmodell ebenso den Einsatz von Cyberangriffen, die digitale Überwachung von Dissidentinnen und Dissidenten im Ausland, E-Spionage und die machtpolitische Instrumentalisierung wirtschaftlich-technologischer Verflechtung. Diese zeigt sich innerhalb Europas nicht nur bei südost- und südeuropäischen Ländern wie Griechenland, das lange als Drachenkopf der chinesischen Seidenstraße galt.¹²⁸ Sie offenbarte sich ebenso in der deutschen 5G-Debatte.¹²⁹

Hierbei kommt sicherlich vielen die Drohung der Erhebung von Zöllen auf deutsche Exporte nach China in den Sinn; eine Drohung, deren Wirkmächtigkeit auf der starken Abhängigkeit vieler deutscher Großunternehmen von China als Absatzmarkt fußte. Kaum berücksichtigt wird oft der Umstand, dass Deutschland gegenüber einem Ausschluss chinesischer Hersteller auch deshalb zurückhaltend war, weil diese bereits in erheblichem Maße in Mobilfunkstrukturen eingebettet sind. Da das 5G-Netz in Deutschland auf diesen aufgebaut wird, hätte ein Ausschluss eine Umrüstung von Infrastrukturen in erheblichem Umfang zur Folge gehabt. Außerdem können chinesische Unternehmen wie Huawei oder ZTE – dank staatlicher

Unterstützung – Produkte in hoher Stückzahl zu günstigen Konditionen anbieten. Daher waren sie aus Sicht vieler Netzbetreiber auch ein wichtiger Baustein für einen schnellen und flächendeckenden 5G-Ausbau in Deutschland. Dieser wiederum ist unerlässlich, da schnell und preisgünstig verfügbare 5G-Netze ein *enabler* für bedeutende Zukunftsindustrien und -anwendungen darstellen und damit auch für die Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Verflechtung schafft, wenn sie einseitig ist, also nicht nur ein direktes Einfallstor für die Beeinflussung von Dritten, es entstehen ebenso Pfadabhängigkeiten, die den Handlungsspielraum von Demokratien gegenüber Autokratien erheblich einschränken.

Bei Verflechtungsrisiken kommt niemand umhin, sich Russlands Gasexporten zuzuwenden – zeigt sich doch hier, wie kritische Abhängigkeiten instrumentalisiert werden können. Bereits ab Januar 2021 hatte das russische Unternehmen Gazprom begonnen, seinen Verkauf von Erdgas nach Deutschland über seine eigene Handelsplattform zu reduzieren. Drei Monate später stellte Gazprom den zusätzlichen Verkauf von Gas jenseits langfristiger Lieferverträge ein, sodass sich allein bis September 2021 die Preise für Erdgas auf dem Weltmarkt verdreifachten. Einen weiteren Monat später – zum Beginn der Heizperiode und trotz steigender Preise – drosselte Gazprom nicht nur temporär die Gaslieferungen nach Deutschland über die Nord-Stream-1-Pipeline, obwohl es zusätzliche Reserven hätte liefern können. Über die durch Polen verlaufende Gaspipeline Jamal floss gar kein Gas mehr. Parallel zu der systematischen Reduzierung der Gaslieferungen hatte Gazprom außerdem für die Erfüllung langfristiger Lieferverträge vermehrt Gas aus seinen deutschen Speichern abgeführt (die rund 25 Prozent der gesamten deutschen Gasspeicherkapazitäten bilden). Infolgedessen war etwa der größte Gasspeicher Deutschlands in Rehden, der seit 2015 in den Händen einer Tochterfirma Gazproms ist, im Januar 2022 nur noch zu 4,3 Prozent gefüllt – wodurch sich die Abhängigkeit Deutschlands von russischen Gaslieferungen nochmals verstärkt hat.

Wurde lange Zeit angenommen, hierbei handelt es sich um politischen Druck Russlands, um die Zulassung des hochumstrittenen Nord-Stream-2-Projekts durchzusetzen, offenbarte sich mit der Zäsur vom 23. März 2022 das reale strategische Kalkül. Aufgrund der Maßnahmen Gazproms – konträr zu einer rein wirtschaftlich orientierten Handlungsweise eines Unternehmens – ist eine Situation entstanden, in der Europa nicht nur jeden Tag 660 Millionen Euro überweist, die den Krieg Russlands in der Ukraine mitfinanzieren. Zugleich besitzt Deutschland als europäische Führungsmacht noch weniger Gasreserven und damit letztlich Handlungsspielraum, um sich der zwei Jahrzehnte währenden Abhängigkeit von russischem Erdgas zu entziehen – einem Rohstoff, der im Vergleich zu Öl und Kohle weitaus schwieriger zu substituieren ist.

Politik im Lichte der Ambivalenz von globaler Verflechtung

Mit der Zunahme von globaler Verflechtung für Demokratien im Kontext des Systemwettbewerbs sind neue Herausforderungen entstanden. Diese beginnen bei der Erosion gesellschaftlicher Grundlagen von Demokratien und reichen über die Einschränkung von politischen Handlungsräumen gegenüber autoritären Regimen bis hin zu strategischen Vulnerabilitäten.

Gleichzeitig ist die Sensibilität für die Schattenseite globaler Verflechtung bei politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern sowie in der Expertenlandschaft gestiegen. Infolgedessen gibt es gegenwärtig eine Vielzahl an Initiativen gerade im europäischen Rahmen, welche darauf abzielen, wirtschaftliche und technologische Verflechtung strategischer zu gestalten.

Im Hinblick auf die Dominanz weniger Plattformunternehmen etwa gibt es eine Vielzahl weitreichender Gesetzesvorhaben und staatlicher Initiativen, um den wirtschaftlichen Wettbewerb in Zeiten der Plattformökonomie zu stärken (siehe Digital Markets Act, Data Act) und demokratieschädliche Effekte der Digitalisierung des öffentlichen Raums einzuhegen (siehe Digital Services Act). Darüber hinaus wird daran gearbeitet, der starken Konzentration von digitalen Infrastrukturen und zentralen Dienstleistungen im digitalen Zeitalter entgegenzuwirken (siehe Gaia-X), problematische Abhängigkeiten durch den Aufbau eigener Kapazitäten abzubauen (siehe EU Chips Act) und die Wettbewerbsfähigkeit sowie die Innovationskraft der europäischen Wirtschaft im Bereich von Schlüsseltechnologien und Zukunftsindustrien zu stärken.

Mit Blick auf China gibt es ebenso eine Vielzahl an Bemühungen, ein *Level Playing Field* zu etablieren und dem Einfluss des digitalen Autoritarismus entgegenzutreten. Sei es dabei durch die Stärkung von Netzwerken unter Wertepartnern in internationalen Organisationen und Standardisierungsgremien, stärkere Investitionskontrollen zur Verhinderung des Abflusses von Spitzentechnologie nach China oder auch eine stärkere Kooperation mit den USA im Technologie- und Digitalbereich, wofür die Gründung des EU-US Trade and Technology Councils die Tür zumindest aufgestoßen hat. Darüber hinaus werden aber auch gezielt Maßnahmen ergriffen, um problematische (!) Abhängigkeiten von China in einigen Bereichen zu reduzieren (siehe etwa die EU-Initiativen in den Bereichen Seltene Erden und 6G). Klar ist hier, dass Deutschland und Europa einen Weg einschlagen, bei dem sie sich nicht vom zweitgrößten Handelspartner grundlegend entkoppeln, wohl aber problematische Abhängigkeiten zunehmend adressieren.

Dies ist bei der starken Abhängigkeit Deutschlands gegenüber Russland im Energiebereich anders, wo eine grundlegende Entkoppelung angestrebt wird. Entsprechend intensiv sind die Bemühungen um eine stärkere Diversifizierung der Energieimporte und -zulieferer, den Ausbau erneuerbarer Energieträger oder die Diskussionen um die Verlängerung der Laufzeiten von Atommeilern. Zusätzlich werden außerdem Möglichkeiten für die Senkung des Energieverbrauchs diskutiert wie auch Wege, die Folgen von steigenden Energiepreisen für Wirtschaft und Bevölkerung abzufedern. Gerade aber bei dem als Brückentechnologie ausgemachten Energieträger Gas existieren besonders hohe Hürden beim Abbau von Abhängigkeiten.

Zunehmend macht sich eine Art Gegenentwurf zum Verflechtungsoptimismus der 1990er-Jahre breit, bei dem weniger die Ambivalenz als vielmehr die Risiken und Gefahren der Globalisierung und Digitalisierung im Vordergrund stehen. Infolgedessen gewinnen Deglobalisierungs- und Entflechtungsforderungen im politischen Raum ebenso an Einfluss wie stark staatszentrierte Ansätze zur Reduzierung von Abhängigkeiten. Das Problem der ersten Tendenz liegt darin, dass sowohl die enormen wirtschaftlichen Vorteile und Wohlfahrtseffekte von Verflechtung in den Hintergrund treten als auch die machtpolitischen Potenziale für Demokratien, können diese sich doch ebenso Verflechtungszusammenhänge strategisch zunutze machen. Das Problem bei staatszentrierten Ansätzen wiederum ist, dass staatliche Übersteuerung – gerade im Technologie- und Innovationsbereich – die hohe Gefahr von Ineffizienz, Fehlsteuerung oder gar Wirkungslosigkeit impliziert.

Ansatzpunkte für einen strategischen Umgang mit globaler Verflechtung

Globale Verflechtung strategisch zu gestalten, ist eine Aufgabe, die nahezu alle Politikfelder umfasst und in diesen sehr spezifische Lösungen verlangt. Gleichzeitig bedürfen einzelne Lösungen aber der Einbettung in einen größeren strategischen Rahmen.

Globale Verflechtung ist ein definierendes Merkmal der Gegenwart. Sie birgt für Demokratien sowohl enorme wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Potenziale als auch große Herausforderungen. Soll Verflechtung adäquat politisch gestaltet werden, ist es entscheidend, den vermeintlich einfachen Reflexen der Entflechtung und Deglobalisierung zu widerstehen. Stattdessen sollte deren Ambivalenz mit dem Ziel in den Blick genommen werden, sie im Sinne eigener Interessen und Ordnungsvorstellungen strategisch zu gestalten. Dies bedeutet, dass nicht allein eine defensive Orientierung

verfolgt werden sollte, die darauf abzielt, die Möglichkeiten der Einflussnahme Dritter auf Europa und Deutschland über Abhängigkeiten und Verflechtungszusammenhänge klug zu minimieren. Es ist zugleich zu eruieren, wie Verflechtung offensiv genutzt werden kann, um eigene Interessen und Ordnungsvorstellungen durchzusetzen und die Wettbewerbsfähigkeit sowie Innovationskraft Europas und Deutschlands nachhaltig zu stärken. Aufgrund ihrer Offenheit, globalen Verflochtenheit, Innovationskraft und wirtschaftlichen Stärke haben Demokratien eine Vielzahl an Einflussmöglichkeiten, die bis heute nur teilweise ausgeschöpft werden.

Damit Demokratien Verflechtungszusammenhänge im Sinne eigener Interessen und Ordnungsvorstellungen gestalten können, wird es entscheidend sein, als Wertepartner stärker zu kooperieren. Ein möglicher Schritt wäre, einen Technologierat der Demokratien zu gründen, in dem Demokratien aus Europa, Nordamerika, Lateinamerika, Asien und Afrika vertreten sind. In diesem könnten dann zentrale technologie-, wirtschafts-, forschungs- und digitalpolitische Gestaltungsfragen adressiert und Kooperationspotenziale im Bereich von Schlüsseltechnologien und Zukunftsindustrien ausgelotet werden. Ein solcher Rat könnte sich an die Struktur des EU-US Trade and Technology Councils mit seinen Arbeitsgruppen und der Einbindung verschiedener Stakeholder anlehnen. Alternativ könnten diese Fragen aber auch in bestehenden Formaten, wie dem neu gegründeten Summit for Democracy, verankert werden – dies müsste allerdings dauerhaft geschehen. Durch eine stärkere Kooperation können Demokratien nicht nur ihre Gestaltungsmacht und Synergien im Innovationsbereich besser nutzen. Letztlich ist im Kontext des Systemwettbewerbs der Beweis anzutreten, dass Demokratien bei Innovationen, Wohlstand, Freiheit und Nachhaltigkeit die besseren Ergebnisse hervorbringen. Zusätzlich zu institutionellen Neuerungen wird es ebenso entscheidend sein, dass Demokratien in bestehenden internationalen Organisationen und Foren – die für die Gestaltung wirtschaftlicher und technologischer Verflechtungszusammenhänge bedeutend sind – sich stärker koordinieren. Es gilt, bestehende informelle und formale Netzwerke weiter auszubauen. Ebenso wäre es an der Zeit, Freihandelsabkommen zwischen liberalen Gesellschaften wieder stärker als ein strategisches Werkzeug im Systemwettbewerb einzusetzen.

Dafür müssen Institutionen geschaffen werden, die dies leisten können. Die strategische Gestaltung von Verflechtungszusammenhängen ist eine querschnittliche Aufgabe, die in ihrer Gleichzeitigkeit von Breite und Tiefe anzunehmen ist. Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, in Deutschland die Schaffung eines Bundessicherheitsrats weiter voranzutreiben. Ein Bundessicherheitsrat wäre ein strategisches Analyse-, Koordinierungs- und Entscheidungsgremium, das einen essenziellen Beitrag zur strategischen Gestaltung von Verflechtung leisten kann. Neben Vertreterinnen und Vertretern aus allen relevanten Ressorts sollte dieser sowohl um ein Element der strategischen Vorausschau als auch einen Beirat aus Wissenschaft und Wirtschaft ergänzt werden. Dadurch könnten sowohl die Expertise weiterer Stakeholder mobilisiert sowie Analysen und Entscheidungen zukunftsorientiert ausgerichtet werden. In die-

ser Position kann ein Bundessicherheitsrat zugleich eine Debatte über marktwirtschaftlich fundierte Instrumente anstoßen, um Verflechtung nicht nur im Sinne, sondern auch im Geiste liberaler Ordnungsvorstellungen mit den Mitteln des Marktes, des fairen Wettbewerbs und staatlich kluger Rahmenseetzungen zu gestalten.

Autor

Sebastian Weise ist Referent für „Digitale Demokratie“ bei der Konrad-Adenauer-Stiftung.

- 112 Leonard, Mark 2016 (Hrsg.): Connectivity Wars: Why Migration, Finance and Trade are the Geo-Economic Battlegrounds of the Future, European Council on Foreign Relations, London.
- 113 Friedman, Thomas L. 2000: Censors Beware, The New York Times, 25.07.2000, S. 25.
- 114 Habermas, Jürgen 1998: Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie: Politische Essays, Frankfurt a. M.
- 115 Knopf, Alfred A./Katz, Jon 1997: Birth of a Digital Nation, Wired, 01.04.1997, in: <https://www.wired.com/1997/04/netizen-3/> [03.03.2022].
- 116 Barlow, John Perry 1996: A Declaration of the Independence of Cyberspace, Electronic Frontier Foundation, 08.02.1996, in: <http://homes.eff.org/~barlow/Declaration-Final.html> [03.03.2022].
- 117 Pohle, Julia/Thiel, Thorsten 2019: Digitale Vernetzung und Souveränität, Genealogie eines Spannungsverhältnisses, in: Borucki, Isabelle /Schünemann, Wolf Jürgen (Hrsg.): Internet und Staat, Perspektiven auf eine komplizierte Beziehung, Baden-Baden, S. 57–80.
- 118 Merkel-Hess, Kate/Wasserstrom, Jeffrey N. (2010): Will the Real Chinese Internet Please Stand Up?, Dissent Magazine, 11.02.2010, in: https://www.dissentmagazine.org/online_articles/will-the-real-chinese-internet-please-stand-up [03.03.2022].
- 119 Breuer, Anita 2013: The Role of Social Media in Mobilizing Political Protest: Evidence from the Tunisian Revolution, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, 10/2012, in: https://www.die-gdi.de/uploads/media/DP_10.2012.pdf [03.03.2022].
- 120 Rensmann, Lars 2017: The Noisy Counter-Revolution: Understanding the Cultural Conditions and Dynamics of Populist Politics in Europe in the Digital Age, Politics and Governance 5 (4): 123–135.
- 121 Weisskircher, Manès 2020: Neue Wahrheiten von rechts außen? Alternative Nachrichten und der „Rechtspopulismus“ in Deutschland, Forschungsjournal Soziale Bewegungen 33: 2, S. 474–490; Jasser, Greta/Wankmüller, Agnes 2020: Alt-Right, Alt-Tech, Alt-Internet? Rechte Online Plattformen und ihre Funktion, Forschungsjournal Soziale Bewegungen 33: 2, S. 506–512.
- 122 Diese Situation beschrieb der US-amerikanische Professor Nate Persily einmal treffend wie folgt: „Google and Facebook have more power over the information ecosystem than any institution since the pre-Reformation Catholic Church. Their algorithms and their content moderation policies are taking the form of law.“ Milano, Brett 2018: The algorithm has primacy over media ... over each of us, and it controls what we do, Harvard Law School, 18.11.2021, in: <https://today.law.harvard.edu/the-algorithm-has-primacy-over-media-over-each-of-us-and-it-controls-what-we-do/> [03.03.2022].
- 123 Persily, Nate 2017: Can Democracy Survive the Internet?, Journal of Democracy 28: 2, S. 64–76.
- 124 Taubman, Geoffrey 1998: A not-so World Wide Web: The Internet, China, and the challenges to nondemocratic rule, Political Communication 15: 2, S. 255–272, hier S. 262.
- 125 Für eine umfassende Übersicht siehe US Senate 2020: The New Big Brother, China and Digital Authoritarianism, in: <https://www.foreign.senate.gov/imo/media/doc/2020%20SFRC%20Minority%20Staff%20Report%20-%20The%20New%20Big%20Brother%20-%20China%20and%20Digital%20Authoritarianism.pdf> [03.03.2022].
- 126 Polyakova, Alina/Meserole, Chris 2019: Exporting Digital Authoritarianism, The Russian and Chinese Models, Brookings Policy Brief, in: https://www.brookings.edu/wp-content/uploads/2019/08/FP_20190827_digital_authoritarianism_polyakova_meserole.pdf [03.03.2022].
- 127 Für einen Eindruck zum *Social Scoring System* siehe die grafische Übersicht von Bertelsmann Stiftung 2022: China's Social Credit System, in: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/aam/Asia-Book_A_03_China_Social_Credit_System.pdf [03.03.2022].
- 128 Brattberg, Erik et al. 2021: China's Influence in Southeastern, Central, and Eastern Europe, Vulnerabilities and Resilience in Four Countries, Carnegie Endowment for International Peace Report, in: https://carnegieendowment.org/2021/10/13/china-s-influence-in-southeastern-central-and-eastern-europe-vulnerabilities-and-resilience-in-four-countries-pub-85415&ved=2ahUKewj3_r7E1pr2AhVrk-0kEHawZCH8QtWj6BAgAEE&usq=AOvVaw0YjNNHIm-ckEti7JnGgrbMS [23.02.2022].
- 129 Für die Grundlagen des Abschnitts siehe Weise, Sebastian 2021: Eine Bilanz der 5G-Debatte, Analysen und Argumente, 18.03.2021, in: <https://www.kas.de/de/analysen-und-argumente/detail/-/content/eine-bilanz-der-5g-debatte> [23.02.2022].

Russlands Angriff auf die Ukraine hat die Frage nach der Wehrhaftigkeit der Demokratie in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses katapultiert. Dabei sollte jedoch nicht in Vergessenheit geraten, dass Panzer und Raketen nicht die einzige Bedrohung für unsere freie Gesellschaft sind. Der vorliegende Essayband widmet sich deshalb neben der sicherheitspolitischen Bedrohungslage in Europa auch einer Reihe von „weicheren“, zumindest nicht im klassischen Sinne militärischen Gefahren für die Demokratie. Dazu gehören Gefahren im Inneren, seien es Extremismus oder Polarisierung, genauso wie Entwicklungen, die eher von außen auf unsere Gesellschaft einwirken, seien es nationalistische Strömungen in Europa oder Versuche autoritärer Einflussnahme. Die einzelnen Beiträge begnügen sich aber nicht damit, die Gefahren, denen sich Demokratien heute ausgesetzt sehen, lediglich aufzuzeigen und so gewissermaßen nur den Teufel an die Wand zu malen. Sie sind dem Leitbild der wehrhaften Demokratie vielmehr auch insofern verpflichtet, als sie davon ausgehen, dass Demokratien sehr wohl in der Lage sind, allen hier aufgezeigten Gefahren etwas entgegenzusetzen – und am Ende auch mit ihnen fertigzuwerden.

